Nr. 54. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 5. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Berliner Wohnungsfrage.

Der zur Vorberatung des Antrags Singer betreffend die Wohnungsnot niedergesetzte Ausschuß hat Montagabend seine Beratung fortgesetzt. Zur Diskussion standen folgende Anträge:

Singer-Heimann:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage, durch welche die Errichtung von Häusern mit gesunden und billigen kleinen Wohnungen auf städtischem Terrain schleunigst in die Wege geleitet wird. Die Höhe der Miete ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung der Gebäude aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung der Häuser entstehenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags wird folgender Eventualantrag gestellt:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, ihr eine Vorlage zu machen, durch welche Bestimmungen getroffen werden, nach denen städtische Terrains zur Errichtung von Häusern mit gesunden und billigen kleinen Wohnungen im Wege des Erbbaurechts (B. G. B. §§ 1012—17) abgegeben und diese Häuser aus städtischen Mitteln beliehen werden. Die Höhe der Mieten ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung der Gebäude aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung der Häuser entstehenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden.

Haberland:

1. Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, in der Erkenntnis, daß durch die gemeinnützigen Baugenossenschaften die socialen Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens in zweckmäßiger Weise bekämpft werden können, der Stadt Berlin gehörige Ländereien solchen Baugenossenschaften im Erbbaurechte oder in einer dem Erbbaurechte gleichkommenden Art, welche die Aufnahme von Hypotheken ermöglicht, zu überlassen, sofern der Stadtgemeinde die Gewähr geboten wird, daß die von den gemeinnützigen Baugenossenschaften errichteten Baulichkeiten in zweckentsprechender Weise der Wohnungsfürsorge für die ärmeren Klassen dienen.

2. Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, zur Anregung der Bauthätigkeit für Häuser mit kleinen Wohnungen erststellige Beleihungen bis zur Maximalhöhe von ⅔ des effektiven Werts auf neu zu errichtende Grundstücke, deren Bau in den Kalenderjahren 1901/1902 begonnen wird und welche dem Wohnungsbedürfnis für die ärmeren Volksklassen in zweckentsprechender Weise dienen, zu gewähren. Gemeinnützige Unternehmungen sind bei diesen Beleihungen zu bevorzugen. Die dazu erforderlichen Kapitalien sind aus Anleihemitteln zu beschaffen. Die Stadt soll berechtigt sein, diejenigen Teile der von ihr bewilligten Hypotheken, welche pupillarisch sicher sind, an die städtische Sparkasse oder an Stiftungen zu begeben. Die Höhe des auszugleichenden Kapitals ist derart zu bemessen, daß die der Stadt verbleibenden Hypotheken die Summe von 3 Millionen nicht übersteigen. . . . .

Wallach: Ich beantrage, den Antrag Haberland 2 wie folgt zu fassen:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, auf neu zu errichtende Häuser, welche größtenteils kleine, gesunde Wohnungen enthalten und deren Bau in den Kalenderjahren 1901/1903 begonnen wird, Beleihungen bis zur Maximalhöhe von ⅔ des effektiven Wertes an gemeinnützige Unternehmungen zu gewähren.

Die dazu erforderlichen Kapitalien sind aus einem Fonds zu beschaffen, welcher unter dem Titel Wohnungsanleihe von der Stadt in Höhe von 10 Millionen aufgenommen wird und einem besonders zu bildenden Wohnungs-Kuratorium untersteht.

Dr. Nathan: Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt:

Wir ersuchen den Magistrat, mit gemeinnützigen Baugenossenschaften und gemeinnützigen Aktien-Gesellschaften für die Herstellung kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten, die Modalitäten festzusetzen, wie durch Unterstützung seitens der Stadt (Hergabe von Grund und Boden, Hypothekenübernahme, Zinsgarantie 2c.) kleine Wohnungen zu mäßiger Miete seitens jener Genossenschaften und Gesellschaften in erheblicher Anzahl hergestellt werden können, und die Versammlung erwartet alsdann eine dementsprechende Vorlage seitens des Magistrats.

In der Diskussion machte der Oberbürgermeister die Mitteilung, daß am 1. Januar 1901 leerstehende Wohnungen ohne Gewerberäume vorhanden waren **1737** gegen 8230 am 1. Jan. 1900 und 8446 am 1. Januar 1899. Die Zahl der zur Zeit leerstehenden Wohnräume beträgt also nur 2 pro Mille. Im einzelnen verteilen sich die Räume auf:

	1901	1900	1899
Wohnungen mit 1 heizbaren Zimmer . .	524	1202	4363
„ „ 2 „ Zimmern . .	276	562	1408
„ „ 3 „ „ . .	169	330	727
„ „ 4 u. mehr heizb. Zimmern	768	1136	1496

In der sehr lebhaften Debatte begründeten die Antragsteller ihre Anträge. Die Anträge Singer-Heimann fanden außer bei den Antragstellern nur noch bei den Stadtvv. Rosenow und Dr. Nathan Zustimmung. Die Stadtvv. Kyllmann, Wallach, Rast, Haberland und Mommsen sprachen gegen die Anträge, weil die Stadt nicht selbst bauen und Wohnungen vermieten dürfe. Allseitig wurde anerkannt, daß gegenüber der Wohnungsnot Mittel zur Abhilfe angewendet werden müssen.

Stadtv. Singer erklärte, keinem Antrage zuzustimmen, der nicht die Ausbeutung des Grund und Bodens durch hohe Mietspreise ausschließt. Nach Ansicht des Redners dürfen städtische Terrains und städtische Mittel nur gegeben werden, wenn die Sicherheit vorhanden ist, daß die mit städtischer Hilfe hergestellten Wohnungen nicht zu höheren Preisen vermietet werden, als die landesübliche Verzinsung des aufgewendeten Kapitals und der Instandhaltung erfordert.

Außerdem empfahl der Redner den Weg des Erbbaurechts zu beschreiten.

Von diesen Anschauungen ausgehend, und namentlich die Hergabe städtischer Mittel an Privatunternehmer verwerfend, beantragte Singer — für den Fall der Ablehnung seiner Anträge — folgende Zusätze zu dem Antrag Dr. Nathan:

1. den Worten „Hergabe von Grund und Boden" zuzufügen die Worte „zu Eigentum oder in Erbbaupacht".

2. dem Antrag Nathan folgenden Zusatz zu geben:

„Die Höhe der Mieten ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung 2c. 2c. entstehenden Aufwendungen, sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden."

Der Stadtv. Kyllmann beantragte noch statt „kleiner Wohnungen" zu setzen „gesunde und billige Wohnungen". Stadtv. Wallach beantragte den Zusatz, daß die erforderlichen Mittel auf dem Wege der Anleihe zu beschaffen sind. Der Stadtv. Nathan acceptierte die beantragten Zusätze.

Nach längerer Diskussion wurden die Anträge Singer-Heimann bei 13 Anwesenden gegen 4 Stimmen, die Anträge Haberland Nr. 1 gegen 3 Stimmen, Nr. 2 gegen 2 Stimmen, der Antrag Wallach gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Die **Amendements Singer zu dem Antrag Nathan** wurden **mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.**

Die Amendements Kyllmann und Wallach zu dem Antrag Nathan wurden gleichfalls angenommen und der danach gestaltete Antrag Dr. Nathan einstimmig angenommen.

Der Beschluß des Ausschusses lautet folgendermaßen:

„Wir ersuchen den Magistrat, mit gemeinnützigen Baugenossenschaften und gemeinnützigen Aktiengesellschaften für die Herstellung gesunder, kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten und die Modalitäten festzusetzen, wie durch Unterstützung seitens der Stadt (Hergabe von Grund und Boden zu Eigentum oder Erbbaupacht, Hypothekenübernahme, Zinsgarantien 2c.), kleine Wohnungen seitens jener Genossenschaften und Gesellschaften in erheblicher Anzahl hergestellt werden können. Die Höhe der Mieten ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung 2c. entstehenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden.

Die erforderlichen Mittel sind auf dem Wege einer Anleihe zu beschaffen, und sieht die Versammlung einer Vorlage des Magistrats entgegen."

Die Beratung der noch restierenden Anträge Singer-Heimann (Aenderung der Grundsteuer, Wohnungsamt und Wohnungsinspektoren) sowie der Antrag Haberland (Bau von Wohnungen für städtische Arbeiter) wurden wegen vorgerückter Zeit vertagt und der Stadtv. Dr. Nathan zum Berichterstatter über die bisherigen Beschlüsse des Ausschusses ernannt.

Nun haben Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat das Wort. Hoffentlich verflüchtigt sich das Bestreben, die Arbeiterwohnungen einigermaßen vor privatkapitalistischer Ausbeutung zu bewahren, nicht wieder in den verschwiegenen Räumen der Fraktionen oder des Magistrats.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März.

Der Reichstag

erledigte am Montag ein recht umfangreiches Tagespensum. Zunächst wurde die Einführung der letter boxes, der Abholungsfächer, einstimmig beschlossen. Da für das Abholen der Briefe bisher keine Gebühr von der Post erhoben werden durfte, jetzt aber eine Art Miete für ein dem Empfänger unmittelbar zugängliches, verschließbares Abholungsfach eingeführt werden soll, trat die Reform in Gestalt einer Novelle zum Posttaxgesetz auf. Eine Debatte entspann sich hier nur über den Vorschlag des freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Sagan, 20 M. als Höchstgrenze für diese Miete im Gesetz festzulegen.

Der Antrag fiel gegen die Stimmen der Linken. Die übrigen Parteien haben das übliche Vertrauen zur Postverwaltung, daß sie auch ohne diese Grenze ihre Kunden nicht überteuern wird.

Der Rest des Militäretats wurde ohne wesentliche Debatte erledigt. Beim Etat des Reichs-Militärgerichts beantragte das Centrum die Aufnahme einer Statistik der Begnadigungen in Militärstrafsachen, offenbar in Erinnerung an die letzte Duelldebatte. Einen ähnlichen Antrag will es auch beim Justiz-Etat für die Begnadigung in bürgerlichen Strafsachen einbringen. Der Kriegsminister sah in der Resolution einen Eingriff in das Begnadigungsrecht des Landesherrn und äußerte sich dem Abgeordneten Gröber gegenüber fast ebenso ungnädig, wie jüngst zu dem armen Renommierhandwerker der Konservativen, dem Abgeordneten Jacobskötter. Seine Bedenken halfen ihm aber nichts, die Resolution wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Recht lebhaft ging es beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern her. Hier gab es wieder eine Art Probetournier für die kommenden großen Kämpfe beim neuen Zolltarif. Eugen Richter eröffnete die Diskussion mit einem heftigen Angriff auf das Syndikat der Papierfabrikanten, die unverschämte Preiserhöhungen besonders für Druckpapier durchgesetzt haben. Er forderte die Aufhebung des Papierzolls, um dem Kartell, das jetzt den inneren Markt fast unumschränkt beherrscht, durch die Konkurrenz des Auslands das Handwerk zu legen. Von einer Zollermäßigung wollten die Redner der Rechten Graf Kanitz und v. Kardorff selbst in diesem flagranten Fall nichts wissen. Sie schoben alle Schuld auf das Syndikatswesen, natürlich nur auf die industriellen Ringbildungen.

Um so wuchtiger wirkten deshalb die Angriffe, die Genosse Wurm, dem Eugen Richter sekundierte, gegen einen durchaus agrarischen Ring, gegen das Zuckerkartell erhob. Die Verteuerung des Zuckers für die heimischen Konsumenten, denen ein wichtiges Nahrungsmittel zu Gunsten einer Hand voll Magnaten verteuert war, übersteigt alle Vorstellungen. Der geduldige Deutsche muß **20 Pf. für das Pfd. Zucker mehr** bezahlen als der Engländer. An der Spitze des Zuckerkartells stehen aber auch außerordentlich einflußreiche Leute. Der vielseitige Herr Bueck, der die Personifikation der Miquelschen Sammelpolitik ist, dient dem Raffinerie-Syndikat mit gleicher Treue als Geschäftsführer wie dem Centralverband der Industriellen. Neben ihm wirken bekannte konservative und ultramontane Politiker im Aufsichtsrat. Da braucht das Kartell nicht zu befürchten, daß ihm seine Ausbeutung der deutschen Konsumenten bald gelegt werde. Als Hauptwortführer der Rübenbarone trat wieder Herr Paasche in die Schranken. Neben ihm fochten als mindere Streiter der heisere Herr v. Staudy und der lungenkräftige Herr v. Wangenheim. In beliebter Manier thaten die Herren so, als sei ihre heißeste Sorge das Schicksal der Arbeiter der Zuckerindustrie. Wurm diente ihnen mit einer kräftigen Erwiderung, die auf die elende Lage der Zuckerarbeiter hinwies.

Den Schluß des Tags bildete eine Unterhaltung zwischen den Abgg. Rösicke-Dessau, Speck (C.), Beckh (frs. Vp.) über die Vorzüge des nord- und süddeutschen Bieres und die Verwendung von Surrogaten beim Bierbrauen.

Dienstag steht an erster Stelle der Etat des Auswärtigen Amts auf der Tagesordnung. Die Alldeutschen rüsten sich auf eine große Debatte mit dem Grafen Bülow.

Die Beratung des Kultusetats.

Die Beratung des Kultusetats, die am Montag im Abgeordnetenhaus fortgesetzt wurde, hat eine eigentümliche Wendung angenommen. Die Klagen des Centrums sind durch die Rede des Ministers Studt vom Sonnabend, wenn auch nicht verstummt, so doch bedeutend gemildert worden, während die Nationalliberalen über das scheinbar zu weite Entgegenkommen des Ministers aus dem Häuschen geraten sind und wie sich der Abg. v. Eynern drastisch ausdrückte, bereits fürchten, daß sie alle wieder katholisch werden müßten. Thatsächlich aber hat der Minister sich keineswegs anders als seine Vorgänger geäußert, er hat die übertriebenen Forderungen des Centrums auf kirchenpolitischem Gebiet entschieden zurückgewiesen. Natürlich in höflicher Form, denn gegen eine Partei, die sich als die treueste Stütze der Regierung in allen kulturfeindlichen Bestrebungen gezeigt hat, darf doch ein Minister nicht grob werden.

Anstatt der programmatischen Kulturkampf-Paukereien zwischen den katholischen und den protestantischen Heißspornen gab es zur Abwechselung wieder mal eine Polendebatte, in der sich auch das Centrum gegen die extrem-nationalpolnische Agitation erklärte. Die Herren sind dadurch verärgert, daß die Polen ihnen in Oberschlesien einige Mandate entrissen haben und predigen nun aus Rache dafür den Kampf gegen die radikalen Elemente unter den Polen, die die Bevölkerung nur verhetzen. Abg. Bachem rief den Polen zu, sie sollten dafür sorgen, daß die patriotischen Teile der polnischen Bevölkerung die Bewegung in die Hände bekommen. Das einzige, was das Centrum an der Polenpolitik der Regierung auszusetzen hat, ist der Sprachenerlaß. Es sei besser, so meinte der Abg. Glowatzki (C.), daß die Kinder in polnischer Sprache unterrichtet werden, als daß sie gar nichts lernen und dann der Socialdemokratie und dem Anarchismus verfallen. Es lohnt nicht, auf die Summe von Unkenntnissen, die in diesen wenigen Worten des tapferen Gottesstreiters liegt, näher einzugehen. Der Minister will übrigens trotz der großen Gefahr, die darin liegt, die Sprachenverordnung nicht rückgängig machen.

Wichtiger als die Polendebatte ist die Forderung des Abg. Frhrn. v. Zedlitz (fk.), durch die Lostrennung der Medizinalabteilung und durch Decentralisation des Schulwesens eine Entlastung des Kultusministeriums herbeizuführen. Ebenso verdient die Anregung des Abg. Kopsch (frs. Vp.) auf Gleichlegung der Ferien an den verschiedenen Anstalten und Erlaß eines Gesetzes über die Schulpflicht große Beachtung. Es ist nämlich nach den jetzigen Bestimmungen zweifelhaft, ob die Schulpflicht am Tage der Vollendung des 14. Lebensjahrs oder erst an dem darauf folgenden Ostern- bezw. Michaelis-Termin erloschen ist. Der Regierungsvertreter gab eine ausweichende Antwort.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Die wirtschaftliche Lage im Ruhrrevier.

Man schreibt uns aus Essen:

Die rückläufige Bewegung auf dem Wirtschaftsmarkt ist noch nicht zum Stillstand gekommen, es geht im Gegenteil immer weiter bergab. Es giebt im Industriegebiet kaum noch eine Grube oder Hütte, die nicht in umfangreicher Weise mit Feierschichten, Entlassungen — und Lohnreduktionen operiert. Lohnabzüge bis zu 25 Proz. sind an der Tagesordnung. Besonders ist es die Eisenindustrie, welche von dem Rückgang betroffen wird. Am Dienstag voriger Woche wurden in Mühlheim a. M. wegen Abnahmeverzuges 125 000 Kilogramm Eisen, Halbfabrikate, versteigert. Aus eignem Interesse haben eine ganze Anzahl Eisenwerke und Großhändler große Posten Aufträge, für welche die Auftraggeber keine Deckung hatten, gelöscht. Aber das hat den Preissturz auf dem Eisenmarkt nicht aufhalten können. Die durch deckungslose Orders, die bei den Werken gewaltige buchmäßige Aufträge darstellten, die dann wieder antreibend auf die Preise einwirkten, künstlich geweckte Meinung, man habe in Bälde mit einer „Roheisennot" zu rechnen, ist in Nichts zerfallen. Heute sind die Läger bereits mit Rohmaterialien gefüllt und das Ausblasen der Hohöfen beginnt. Eines der bedeutendsten Werke, die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" in Bruckhausen, hat in der vergangenen Woche den dritten ihrer fünf Hohöfen ausgeblasen. Das künstliche Gebäude von den glänzenden Verhältnissen in der Eisenindustrie, schnell und gründlich brach es zusammen. Aber nicht nur die künstliche Steigerung der Nachfrage, die von den Händlern weit über das Bedürfnis hinausgehenden Orders, die sowohl in der Produktion als auch in der Preisgestaltung eine ungesunde Spannung hervorriefen, führte zur jetzigen Depression, diese wurde noch gefördert durch eine planmäßig einsetzende Baissespekulation. Scheinofferten, Alarmnachrichten an der Börse, tendenziöse Börsenberichte, kein Mittel wurde verachtet, wenn es nur geeignet war, den im Hintergrunde operierenden Industriehaien die kleinen Goldfischlein zuzutreiben. Jetzt während der Krisis blüht der Weizen der Könige auf dem Papiermarkte. Zur Zeit der Hochkonjunktur, als die Werte der Papiere auf dem Zenith standen, überließ man dieselben dem kleinen spekulierenden Publikum, dann setzte die Baisse ein, die Kurse sanken und nun nahmen die Gewaltigen des Papiermarkts den mit kolossalem Gewinn abgesetzten Papierbesitz wieder für ein Butterbrot an sich. Mögen die Kleinen sehen, wo sie bleiben, die Expropriation geht weiter.

Zum guten Teil tragen die Kohlenbarone Schuld mit an der völligen Abwürgung der bei den kleinen Werken Engagierten, durch die Hochhaltung der Kohlen- und Coakspreise trotz der ganz enorm gefallenen Preise für Eisenfabrikate. Auch in dem Verhältnis der Kohlenfürsten gegenüber der Eisenindustrie tritt die Vernichtungstendenz, die Aufsaugung der Kleinen durch die Großen, in Erscheinung. Die größeren Eisenwerke, wie Krupp, Bochumer Verein-Bochum, Hörder Verein-Hörde, Deutscher Kaiser-Bruckhausen usw. haben eigne Gruben, aus denen sie ihren Kohlenvorrat fast vollständig decken, die kleinen aber müssen dem Kohlensyndikat die hohen Preise zahlen. Jetzt, nachdem die Eisenpreise bereits auf einem tiefen Niveau angekommen sind, werden sich die Kohlenmagnaten ihres mitfühlenden Herzens bewußt. In der letzten, am Freitag stattgefundenen Zechenbesitzer-Versammlung regte Generaldirektor Kirchdorf an, nunmehr wieder dazu überzugehen, den Bedarf an Eisenmaterial durch Abschlüsse zu decken. Eine Anregung zu solchem Verfahren wurde bereits vor einem Vierteljahr in einem Hausse-Organ gegeben — aber in den Kreisen der Zechengewaltigen reagierte man bisher nicht darauf. Da die Preise jetzt den gewünschten Tiefstand erreicht haben, lohnt sich das System der Abschlüsse ja auch besser.

Wenn durch das Kohlensyndikat, trotz des Nachlassens der Nachfrage und trotz der gedrückten Lage der kleinen Eisenwerke, die Preise für Coaks auf der erreichten außerordentlichen Höhe gehalten werden, dann spielt hier auch das Konzentrations-Bestreben mit. Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung" mitteilt, soll durch das Anhalten der Coakspreise der Fusionsgedanke zwischen reinen Eisen- und Coakswerken Anstoß erhalten.

Konzentration der Kapital- und Direktionsmacht über den Wirtschaftsmarkt in immer weniger Hände, das ist die treibende Tendenz. Der tollste Krach zeitigt die wildesten Orgien des Kapitalismus.

Die Folgen der wirtschaftlichen Depression machen sich nun auch im Eisenbahnverkehr bemerkbar. Der Güterverkehr hat ganz bedeutend nachgelassen. Während bis vor kurzem der reguläre Betrieb zur Bewältigung des Verkehrs nicht genügte und täglich eine Anzahl Extrazüge im Nah- und Fernverkehr in Betrieb gestellt werden mußten — ist jetzt, fast plötzlich, ein vollständiger Umschwung eingetreten. Nicht nur sämtliche Extrazüge konnten ausfallen, nein, die fahrplanmäßigen Güterzüge finden nicht einmal mehr volle Belastung.

Die ganze Schwere der wirtschaftlichen Not trifft natürlich die Arbeiterschaft. Durch Betriebseinschränkung und Verschleuderung nach dem Ausland werden hier die Preise für Kohlen und Coaks auf schwindelnder Höhe gehalten. Die Preishöhe des Urprodukts wirkt lähmend auf die übrige Produktion und preishaltend auf allen Gebieten, was für den Arbeiter bei Feierschichten und Lohnreduktionen niederdrückend auf das Niveau der Lebenshaltung wirkt. Dabei schwillt die Armee der Arbeitslosen immer mehr an. In Dortmund fand am Freitag eine Versammlung der Arbeitslosen statt. Der Andrang zum Lokal war so stark, daß schon vor Beginn der Versammlung der überfüllte Saal polizeilich abgesperrt wurde. In Essen versuchte kürzlich der Oberbürgermeister die Zahl der in der Stadt Beschäftigungslosen als verhältnismäßig gering erscheinen zu lassen — aber obwohl man sehr vorsichtig bei der Auswahl der „würdig Befundenen verfährt, sind doch schon über **400** Personen, die sich arbeitslos und unterstützungsberechtigt meldeten, bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Aus Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Ruhrort usw. wird ebenfalls über erschreckende Zunahme der Arbeitslosen berichtet. In tausenden Familien ist bereits direkte Not vorhanden — und dabei drohen noch die Brodwucherpläne der Junker.

Eine Kaiserrede.

Aus Wilhelmshaven wird telegraphiert:

„Nach dem Frühstück im Marine-Kasino nahm Se. Majestät der Kaiser auf dem Torpedobootplatz die Parade über die 800 Mann starken Stammcompagnien des 3. Seebataillons ab, welche am 7. d. M. mit dem Dampfer „Andalusia" die Reise nach Tsingtau antreten werden. Se. Majestät hielt an die Truppen eine Ansprache, erinnerte sie an die Waffenthaten der Kameraden in China, **ermahnte sie zur Nachahmung,** und sprach die Hoffnung aus, daß sie als deutsche Soldaten opfermutig ihre Pflicht thun würden, wie es die deutschen Truppen in Ostasien gethan hätten."

Kornwucher-Proteste.

Mannheim, 3. März.

Hier fand am Sonntag eine imposante Kundgebung gegen die agrarische Reichspolitik statt, die Gelegenheit bot zu zeigen, daß gegenüber dem gemeinsamen Feinde, dem Junkertum mit seiner Gefolgschaft aus andren Parteien, aller Hader der übrigen ruht. Die Ortsgruppe Mannheim des Handelsvertragsvereins hatte die Anregung zu einer Versammlung gegeben, in der sich Angehörige der verschiedensten Parteien und Berufe zusammenfanden, um gegen die Politik der Agrarier einmütig Protest zu erheben. Gegen 3000 Personen hatten sich aus Mannheim und seiner Umgebung eingestellt. Die Handelskammer der Schwesterstadt Mannheims, Ludwigshafen, hatte 35 Delegierte zur Versammlung entsandt. Als Referenten traten auf der Sekretär der Mannheimer Handelskammer, je ein Anhänger der freisinnigen und demokratischen Partei und von der unsrigen Genosse Dreesbach. Das kaiserliche Wort vom Brotwucher erfuhr so eine vielseitige Beleuchtung.

Genosse Dreesbach erinnerte in seinen Ausführungen u. a. an Aeußerungen des Reichstags-Abgeordneten Bassermann, der sich jetzt für eine Getreidezoll-Erhöhung erwärmt, während er im Mannheimer Bürgerausschuß, als es galt, das Octroi abzuschaffen, erklärte, er könne es im Gegensatz zu seinen Parteigenossen nicht mit seiner Ueberzeugung vereinen, gegen die Abschaffung zu stimmen, weil seiner Meinung nach eine derartige Abgabe in letzter Linie auf die Konsumenten abgewälzt würde. Den vielen Nationalliberalen, die an der Protestversammlung teilnahmen, war diese Reminiscenz freilich nicht angenehm. Herrn Abg. Bassermann und seinem hiesigen Moniteur, dem „General-Anzeiger", der bei der unbestimmbaren Haltung der Nationalliberalen einen merkwürdigen Eiertanz zwischen Liebe und Haß gegen die Brotwucherpolitik aufzuführen genötigt ist, dürfte sie aber noch unangenehmer sein, zumal die Protest-Versammlung von einem hervorragenden Anhänger seiner Partei, Mitgliede der Ersten badischen Kammer, Geheimen Kommerzienrat Diffené, geleitet wurde, dessen Name als Vorsitzender der Mannheimer Ortsgruppe an erster Stelle unter den Einberufern der Protest-Versammlung zu lesen stand. Der **Abgeordnete** Ernst Bassermann von Jena wird peinlich berührt werden, wenn er im Reichstag seine Volksfremdlichkeit mit den Worten des **Stadtrats** Ernst Bassermann von Mannheim geschlagen sehen wird.

Gegenüber der Zerrissenheit der nationalliberalen Partei, die sich so in der Versammlung dokumentierte, trug den Erfolg des Tags unsre Partei davon. Sie hatte auch schon am Morgen des Sonntags den Boden für den Protest durch Verbreitung des Flugblatts **„Was kosten die Junker?"** in allen Teilen der Stadt bearbeitet.

Nach kurzer Diskussion, an der der Vorsitzende des Mannheimer Gewerbevereins, der Handelskammersekretär von Ludwigshafen und ein Vertreter der Mühlenindustrie, alle in zustimmendem Sinne, teilnahmen, fand eine Resolution einstimmige Annahme, die sich mit Entschiedenheit gegen jede Erhöhung der Zölle erklärt.

* * *

Apolda, den 3. März.

Heute nachmittag fand in der städtischen Turnhalle eine von über 700 Personen besuchte Protestversammlung gegen den Brotwucher statt, in welcher Genosse Reichstags-Abg. v. Vollmar das Referat übernommen hatte. Einstimmig wurde die Berliner Protestresolution angenommen.

* * *

Von einer vorzüglich verlaufenen socialistischen Versammlung gegen den Kornwucher wird uns ebenfalls aus Thorn (Westpr.) berichtet. Auch hier wurde einstimmig eine Protestresolution beschlossen.

Panzerplatten-Patriotismus.

Im Bericht der Budgetkommission zum Marine-Etat werden die tollen Preistreibereien der Firmen **Krupp** und **Stumm** des näheren geschildert. Es wird, wie die „Freis. Ztg." dem Bericht entnimmt, mitgeteilt, daß jedes Linienschiff für 6 Millionen Mark, jeder große Kreuzer für 4 Millionen Mark Nickelstahl-Panzerplatten erfordert. Es wird dann hervorgehoben, daß es dem Marine-Amt der Vereinigten Staaten von Nordamerika gelungen ist, Kruppsche Panzerplatten zu einem Preise von **1920 M.** zu erlangen, während die deutsche Marine-Verwaltung **2320 M.** pro Tonne, oder ca. **400 M. mehr pro Tonne** zahlen muß. Den niedrigeren Preis hat das amerikanische Marineamt erst erzielt, als der Kongreß 4 Millionen Dollar ausgeworfen hatte zur Herstellung einer Panzerplattenfabrik der Regierung. Die amerikanischen Lieferungsofferten gingen von dortigen Gesellschaften aus, welche Krupp und Harvey für ihre Patente eine Gebühr von 35,5 Dollars die Tonne zu zahlen haben. Der Bericht der Budgetkommission rechnet nun aus, daß jeder Jahresetat der deutschen Marine etwa 7500 Tonnen Nickelstahlpanzerplatten und bei einem um 400 M. höheren Preis pro Tonne die Nachforderung der deutschen Fabrikanten einen Nachteil von etwa **3 Millionen Mark jährlich für das Deutsche Reich** oder einen Gesamtnachteil von **60 Millionen Mark für die Dauer der Bauzeit des Flottenprogramms** enthält.

Wörtlich heißt es alsdann in dem Kommissionsbericht: „Gegenüber einer solchen unerhörten Preistreiberei der beiden deutschen Fabriken, welche sich dieses Monopol geschaffen hätten, wurde es für erforderlich gehalten, entweder die ausländische Konkurrenz zu den Lieferungen heranzuziehen oder die Errichtung eines Nickelstahlpanzerplattenwerks für Rechnung des Reiches anzustreben. Eine dahin gehende Resolution wurde mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen."

Den Bau der ostafrikanischen Bahn Dar-es-Salaam-Mrogro will die Regierung durch einen Garantievertrag mit der **Diskonto- und Deutschen Bank** durchführen. Der Vertrag ist der Budgetkommission zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden. Das Grundkapital für die Bahn ist auf 24 Millionen Mark festgesetzt, welche mit 3 pCt. vom Reich verzinst und vermittelst jährlicher Zahlungen (Zins und Amortisation) von 815 113 M. zu 120 durch Auslosung getilgt werden sollen. Nach der Regierungsvorlage sollte die Bahn 15 Millionen Mark kosten, welche, mit 3½ Proz. zu verzinsen, 525 000 M. beanspruchen würden. Der von den Banken zu gründenden Gesellschaft sollen also jährlich **290 000 M. mehr in den Schoß** geworfen werden. —

Der hessische Antisemitenhäuptling Köhler hat Diäten sehr nötig. Er hat in der Zweiten hessischen Kammer einen Antrag eingebracht dahingehend, gewissermaßen als Repressalie gegen die Diätenverweigerung für die Reichstags-Abgeordneten, das Gehalt des hessischen Gesandten in Berlin sowie die Diätenbezüge und Transportbezüge des hessischen Bundesbevollmächtigten zu streichen, bezw. herabzumindern. —

Aus Meiningen, 1. März. (Eig. Ber.) Zwei Sitzungen des Landtags genügten vollauf, um dem Lande eine **neue Gesinde-Ordnung** zu geben; war die Majorität doch entschlossen, auf alle Fälle den Regierungsentwurf so schnell als möglich durchzubringen. So mühten sich denn unsre Genossen vergeblich, um wenigstens für das „Gesinde" noch etwas herauszuschlagen. Der bei Eintritt in die Generaldebatte gestellte principielle Antrag der socialdemokratischen Fraktion, „die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, nach welchem die Dienstboten der Gewerbe-Ordnung unterstehen", fand natürlich ebenso prompte Ablehnung durch die Majorität.

Am Donnerstag nun stand wiederum eine „bedeutende" Vorlage auf der Tagesordnung, nämlich die Bewilligung zur Bereitstellung von 350 000 M. behufs Hergabe von Darlehen zu billigstem Zinsfuß zum Bau gesunder Wohn- und Arbeitsräume für Minderbemittelte. Die bürgerliche Presse hatte bereits bei Ankündigung der Vorlage auf das „Großartige" der Idee hingewiesen und zugleich dabei Bezug genommen auf die Undankbarkeit der Socialdemokraten im Landtage, welche trotzdem verlangt hätten, daß die Hofverwaltung für einen größeren Wildabschuß in den Waldungen des Unterlandes Sorge tragen möge. Dort ruiniert das Wild nämlich ganze Flächen jungen Waldes. Die Regierung hat allerdings beantragt, 100 000 von den verlangten 350 000 M. der Domänenkasse zu entnehmen, d. h. es zahlt somit die Hofkasse zu den 100 000 M. auch die Hälfte, da 50 Prozent aller Domäneneinnahmen in die Hofkasse fließen. Ist das nun aber für die Hofkasse wirklich ein so großes Opfer? Keineswegs! Die Hofkasse hat nämlich allein aus den Waldungen eine jährliche Mehreinnahme von 350 000 M. gegenüber vor 10 Jahren. Und dabei wird heute nicht etwa mehr, sondern sogar bedeutend weniger Holz geschlagen! Die Mehreinnahme resultiert lediglich aus der kolossalen Steigerung der Holzpreise. Und wer kauft einen großen Teil des teuersten Holzes, d. h. das sogen. Schnittholz? Niemand anders als die ärmsten im Volke, die armen Schnitzer des Meininger Ober- und Unterlands, die nachgewiesenermaßen selten ein Einkommen von über 600 M. haben! Und da wird nun die Zurückgabe von 50 000 M. zum Besten dieser ärmsten, oft in wahren Spelunken hausenden Menschen als eine Großthat ersten Rangs und die „Undankbarkeit" der Socialdemokraten, die die Angelegenheit vom richtigen Standpunkte aus beurteilen, als eine dito Niederträchtigkeit bezeichnet. Wollte man die Wohnungsfrage bei uns ernsthaft in Angriff nehmen, dann bedeuten diese 350 000 M. nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Socialdemokraten im Landtage stimmten natürlich für die Vorlage in der bestimmten Voraussicht, daß die Regierung sich bald genötigt sehen wird, weitere Mittel zu diesem Zwecke flüssig zu machen. —

Für die Pfandbriefgläubiger der Grundschuldbank

ist es jetzt — so wird uns geschrieben — Zeit, ihre Ansprüche den Spekulationen der Finanzgruppen, die sich den Teufel um die Interessen der Inhaber der Grundschuld-Obligationen kümmern, zu entreißen. Alle kleinen Blätter in der Provinz sollten in diesem Augenblick darauf aufmerksam machen, daß die Liquidatoren der Grundschuldbank den Konkurs der Bank anmelden, nicht um die Interessen der Pfandbriefgläubiger wahrzunehmen, sondern um durch Mehrheitsbeschluß einen Zwangsvergleich zu Ungunsten der Gläubiger durchzusetzen und so dem Finanzplan der Deutschen Bank und ihrer Verbündeten mit der Preußischen Hypotheken-Aktienbank den Weg zu ebnen. Die im Zwangsvergleich zu erwerbenden Vermögensstücke und Forderungen der Grundschuldbank sollen einer **Immobilienbank übertragen, d. h. der Ableger Grundschuldbank soll** der zu reorganisierenden Preußischen Hypothekenbank in andrer Form wieder angeklebt werden. Der Konkurs hat also nur den Zweck, sich der unbequemen Gläubigeransprüche in einem „unantastbaren" Verfahren zu entledigen.

Nun haben aber die Grundschuldgläubiger es in der Hand, diesen Plan gründlich zu nichte zu machen, — vorausgesetzt, daß nicht etwa inzwischen zu den niedrigen Kursen die Mehrzahl der Obligationen schon in der Hand der Deutschen Bank ist.

Ist die Mehrheit der Gläubigerstimmen noch in Privathänden, so können diese Privaten **jetzt einen Gläubigerausschuß nach ihrem Sinn** zu stande bringen, und die Regreßansprüche gegen den Aufsichtsrat 2c. und die Hypothekenbank energisch verfolgen. Wir hoffen, daß sich nun auch die Behörden endlich zum Einschreiten gegen die Schädigung der kleinen Leute, aus denen die Grundschuldgläubiger bestanden, aufraffen. —

Die gewerbliche Sonntagsruhe.

Dem Bundesrat ist der Entwurf von Bestimmungen über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen auf Grund des § 105e Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung zugegangen. Der Entwurf beschränkt sich darauf, für die Zulassung von Ausnahmen diejenigen Grundsätze allgemein festzusetzen, von denen die Landes-Centralbehörden beim Erlaß der auf die Durchführung der gewerblichen Sonntagsruhe bezüglichen Ausführungs-Anweisungen bereits übereinstimmend ausgegangen sind. Die allgemeinen Bestimmungen lauten:

1. Die höheren Verwaltungsbehörden haben für die im § 105e Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Gewerbe nur so viel Sonntagsarbeit zu gestatten, als nach den örtlichen Verhältnissen geboten erscheint. In der Regel wird ein Bedürfnis für Sonntagsarbeit nicht anzuerkennen sein, wenn und soweit sie bisher nicht üblich war.

2. Die Regelung der Ausnahmen für ein bestimmtes Gewerbe braucht nicht für den ganzen Verwaltungsbezirk einheitlich zu erfolgen, sondern sie kann für den Fall, daß die Verhältnisse an den einzelnen Orten des Bezirks verschieden liegen, für einzelne Teile des Bezirks oder für einzelne Orte verschieden gestaltet werden.

3. Für den ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag sind Ausnahmen nicht oder nur in thunlichster Beschränkung zuzulassen.

4. Für Betriebe mit Tag- und Nachtarbeit kann die Zulassung einer beschränkten Arbeit an Sonn- und Festtagen davon abhängig gemacht werden, daß während bestimmter Stunden an diesen Tagen der Betrieb ruht.

5. Für nicht ununterbrochen arbeitende Betriebe, denen Ausnahmen von den im § 105b Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung getroffenen Bestimmungen bewilligt werden, ist die Ruhezeit gemäß § 105c Absatz 3 zu regeln, sofern deren Durchführung ohne erhebliche Beeinträchtigung möglich erscheint; andernfalls ist die Beschäftigung der Arbeiter an Sonn- und Festtagen von der Freigabe eines Nachmittags an einem Wochentag und der Gewährung der Gelegenheit zum Besuch des Gottesdienstes mindestens an jedem dritten Sonntag abhängig zu machen.

6. Arbeiter, welche in einem Betriebe der im § 105b Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Art auf Grund der gemäß § 105c Absatz 1 zugelassenen Ausnahmen mit Sonntagsarbeiten beschäftigt werden, dürfen — wenn nicht Gefahr im Verzuge ist — während der ihnen ausbedungenen Ruhezeit weder zu Arbeiten, die in dem betreffenden Betrieb auf Grund des § 105c Absatz 1 zulässig sind, noch zu Arbeiten in dem etwa mit dem Betriebe verbundenen Handelsgewerbe herangezogen werden. Abweichungen können für bestimmte Gewerbe von der höheren Verwaltungsbehörde zugelassen werden.

Für Betriebe mit Wind oder unregelmäßiger Wasserkraft ist eine Reihe besonderer Bestimmungen angefügt. —

Ausland.

Der ostasiatische Konflikt.

Nach einer Meldung der „Times" aus Peking verschärft sich der Konflikt wegen des russisch-chinesischen Sonderabkommens. Angeblich sollen alle in China beteiligten Mächte außer Frankreich Vorstellungen gegen Verhandlungen Chinas mit einer einzelnen Macht erhoben haben. Gleichwohl bestehe, so sagt die Meldung weiter, aller Grund, anzunehmen, daß China das Abkommen mit Rußland unverkürzt unterzeichnen wird, da ihm Rußland dasselbe in aller Form als unwiderruflich bezeichnet habe. Li-Hung-Tschang habe keiner Macht den Wortlaut der Uebereinkunft mitgeteilt; auch sei keine Macht in der Lage gewesen, China irgendwelchen materiellen Beistand zu versprechen, wenn es die Unterschrift verweigere. Indessen hat Japan China angezeigt, wenn Rußland irgendwelche Gebietsvorteile oder Handelsvorteile gewährt **werden, so werde es gleichwertige Vorteile beanspruchen.**

Diesen Protest der andren Mächte tritt Rußland in bewährter Diplomatie entgegen. Es erklärt einfach: Unsre Absichten sind entstellt worden, wir denken gar nicht daran, Sondervorteile in Nordchina zu erstreben. Die „Russische Telegraphen-Agentur" meldet:

> Wir erfahren aus vollkommen glaubwürdiger Quelle, daß der Text einer russisch-chinesischen Konvention bezüglich der Mandschurei durch die auswärtige Presse **absichtlich verstümmelt worden ist, um Mißtrauen gegen Rußland zu erwecken.** Namentlich fällt in die Augen durch seine Unvereinbarkeit der im Auszuge citierte Artikel betreffend Niutschwang. Wenn Rußland mit China einen Specialvertrag abschließen wollte, so könnte dies nur den einzigen Zweck haben, den Wunsch zu verwirklichen, **die Mandschurei an China zurückzuerstatten** und die **Bedingungen** festzustellen, unter welchen die Räumung dieser Provinz ermöglicht werden könnte."

Es ist ein reizvolles Gegenstück zur deutschen Lärmpolitik, wie Rußland Provinzen erobert, indem es die Bedingungen ihrer Räumung festsetzt.

Zugleich führt Rußland seine Schützerrolle gegenüber China fort, indem es Li-Hung-Tschang Mitteilung hat zukommen lassen, daß es sich an dem Verlangen andrer Mächte nach Hinrichtung von Provinzbeamten nicht beteiligen werde. —

Schweiz.

Kunst- und Socialdemokratie. Zürich, 1. März. (Eig. Ber.) In unsrer Stadt findet nächsten Sonntag eine Volksabstimmung statt, die von den Socialdemokraten veranlaßt wurde. Es handelt sich dabei darum, ob die Stadt dem einer Aktien-Gesellschaft gehörigen Theater eine einmalige Subvention von 50000 Fr. geben

oder verweigern soll. Unsre Genossen bekämpfen dieselbe und fordern die Stimmberechtigten zur Verwerfung auf, aber selbstverständlich nicht aus irgend welcher Feindschaft gegen die Kunst als solche, sondern aus andren Gründen. Da ist zunächst die in der Verwaltung des Theaters praktizierte Tendenz des Bildungs-Protzentums und der Ausschließlichkeit, welche das Theater sozusagen nur für die oberen Zehntausend reservieren wollen, indem derart hohe Eintrittspreise erhoben werden, daß die große Masse der Arbeiter davon absehen muß, das Theater zu besuchen. Alle Anregungen und Versuche unsrer Genossen, das Theater im besten Sinne des Worts zu einem Volksbildungs-Institut zu machen, sind bisher an der ablehnenden Vornehmheit der Verwaltung gescheitert. Jetzt auf die Volksabstimmung hin wird allerdings versichert, daß alle Wünsche des Volks erfüllt werden würden, allein sind die 50 000 Fr. bewilligt, so macht die Verwaltung, was sie will und es bleibt bei der Ausschließlichkeit. —

Frankreich.

Die Enthüllungen Déroulèdes beschäftigen noch immer die Presse und sie haben auch bereits ein Duell zur Folge. Déroulède hat André Buffet, den Vertreter des Herzogs von Orleans, telegraphisch zum Duell gefordert, weil durch dessen Telegramm die Behauptungen Déroulèdes dementiert wurden und er sich dadurch beleidigt fühlt. Der „Temps" glaubt zu wissen, daß der Plan Déroulèdes zu dem Putschversuch, der am Tage der Beisetzung Felix Faures stattfinden sollte, durch folgende Thatsache vereitelt wurde: Die Polizeipräfektur erhielt die Nachricht, daß von 4000 Stadtbriefen, die am Vorabende des Putschversuchs bei der Post aufgeliefert worden waren, eine große Anzahl unbestellbar blieb, da die Adressaten ihre Wohnungen geändert hatten. Die Post öffnete auf Grund ihres Rechts diese Briefe, aus denen hervorging, daß die Mitglieder der Patriotenliga ersucht werden, sich an gewissen Punkten der Stadt an dem Tage der Beisetzung einzufinden. Die Polizeipräfektur traf danach ihre Vorbereitungen und verhinderte den Putschversuch. —

Eine Ministerrede. In Sceaux hielt am Sonntag der Minister für öffentliche Arbeiten Baudin aus Anlaß des Jahrestags der Revolution von 1848 und der Proklamation der zweiten Republik eine Rede, in welcher er sagte, die kürzlich erfolgten Enthüllungen hätten gezeigt, wie recht die Regierung hatte, als sie die unverjährbaren Gesetze in aller Strenge gegenüber den Teilnehmern an den Unruhen zur Anwendung brachte, welche mit gewissen Mitschuldigen eine Herrschaft der Scheinheiligkeit und der Lügen im Lande zu errichten versuchten. Baudin erklärte schließlich, man werde, wenn ähnliche Umstände wieder eintreten sollten, noch immer wissen, im Namen der wieder im Besitz der Macht befindlichen republikanischen Partei die Gesetze der Republik mit Strenge anzuwenden. —

Kapitän Dreyfus giebt in den nächsten Tagen ein Buch heraus, betitelt: „Fünf Jahre meines Lebens, 1894—1899." —

Italien.

Ein Attentat auf den König geplant? Der „New York Herald" meldet aus Rio de Janeiro, dort seien 20 Italiener verhaftet worden, die beschuldigt werden, an einem Komplott gegen den König von Italien beteiligt zu sein. Die Gefangenen hätten einen ihrer Kameraden der Polizei angezeigt, welcher Montevideo verlassen hat, um sich nach Genua einzuschiffen. Er soll den Auftrag haben, den königlichen Palast in Rom mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Die italienische Polizei hat eine strenge Ueberwachung des Hafens von Genua angeordnet, um den Betreffenden bei seiner Ankunft sofort festzunehmen.

England.

Die Gemeinderatswahlen in London, welche am vergangenen Sonntag stattfanden, ergaben folgendes Resultat: Es wurden 87 Progressisten, 29 Gemäßigte und 2 Unabhängige gewählt. Die Progressisten gewannen 17 Sitze, die Gemäßigten verloren 19.

Serbien.

Das neue Kabinett ist folgendermaßen gebildet: Karawelow Präsidium und Finanzen, Michael Sarafow Inneres, Danew Aeußeres, Alexander Radew Justiz, Ivan Slaveikow Unterricht, Ivan Belinow öffentliche Arbeiten, Alexander Ludskanow Handel und Ackerbau und Paprikow Krieg. —

Der Boeren-Krieg.

Stillschweigender Waffenstillstand

soll, wie „Daily Expreß" aus bester Quelle erfahren haben will, dem General Botha gewährt worden sein, um ihn in den Stand zu setzen, mit Krüger in Verbindung zu treten, an welchen er sehr bestimmte Fragen richtete. Präsident Krüger habe als letztes Zufluchtsmittel versucht, in Petersburg unter Berufung auf die Haager Konferenz zu sondieren. Die Antwort sei aber unbefriedigend ausgefallen.

De Wets Entkommen.

Präsident Steijn und De Wet haben mit 1500 Mann am Sonntag bei Lilienfontein den Oranjefluß in der Nähe der zerstörten Brücke von Colesberg unter dem Feuer der Kolonialschützen überschritten. Die Schützen standen in guter Deckung und töteten mehrere Boeren. Das Feuer wurde nicht erwidert. Trotz des hohen Stands und der reißenden Strömung des Flusses brachten die Boeren 8 Wagen über den Strom, mußten aber fünf Wagen und viele Pferde zurücklassen. Ein Farmer von Lilienfontein berichtet, Steijn habe sehr elend ausgesehen und das ganze Kommando leide entsetzlichen Hunger.

Köln, 4. März. Die „Köln. Ztg." erhält einen Brief eines als britischer Kriegsgefangener in Ceylon festgehaltenen Deutschen aus Natal, der beim Einbruch der Boeren in das nördliche Natal gezwungen worden war, den Boeren Polizeidienste zu leisten. Die britischen Behörden in Newcastle forderten den Deutschen eines Tags auf, dorthin zu kommen, um Auskunft zu geben. Sie warfen ihn ins Gefängnis und schoben ihn nach Ceylon ab, obwohl ihm und den englischen Behörden der deutsche Konsul in Natal durch ein amtliches Schreiben bestätigte, daß er durch jene erzwungenen Dienste im boerischen Lager die Neutralität nicht gebrochen habe.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen der Provinz Hessen hielten kürzlich einen Parteitag ab, auf dem sehr eingehend über die schwierige Lage der Parteipresse in der Provinz verhandelt wurde. Das in Cassel täglich erscheinende „Volksblatt" hat leider mit einem bedenklichen Defizit zu rechnen und auch das Kopfblatt „Der Wegweiser", das wöchentlich einmal erscheint, deckt sich noch nicht. Nach langen, erregten Debatten wurde beschlossen, beim „Volksblatt" die Dienstag-Beilage fallen zu lassen und den Preis des „Wegweisers" von 20 Pf. auf 25 Pf. monatlich zu erhöhen.

Die eignen Einnahmen des Agitationskomitees beliefen sich auf 500 M., dazu kommen 1900 M. vom Parteivorstande. Außer einer längeren Debatte über die Verbesserung der Agitation behandelte der Parteitag noch die Zollfrage, dazu eine Protestresolution gegen die Erhöhung der Getreidezölle annehmend, und zum Schlusse die nächsten Aufgaben der socialdemokratischen Gemeindevertreter. Auch dazu wurde eine Resolution angenommen, die den Genossen die Richtschnur für die Betreibung der Wahlagitation giebt.

Gemeindewahlen. In Steinbeck (Schleswig) wurde in der 3. Klasse ein Parteigenosse mit allen gegen drei Stimmen ins Gemeindekollegium gewählt.

Polizeiliches. Gerichtliches usw.

Zu 50 M. Geldstrafe wurde in Reichenbach i. V. der Genosse Martin, der Vorsitzende des Wahlvereins für den 22. sächsischen Reichstagswahlkreis verurteilt, weil er in einem Wahl-Flugblatt den dortigen Polizei-Stadtrat Krippendorf beleidigt haben soll. In dem Flugblatt hieß es, daß Krippendorf es nicht verstanden habe, sich die Sympathien der Bevölkerung Wurzens, seinem früheren Wirkungskreise, zu erwerben, aber für Reichenbach sei er gut genug gewesen. Das sollte eine so schwere Beleidigung des Herrn sein, daß der Staatsanwalt sie nur durch eine Freiheitsstrafe für genügend gesühnt halten wollte.

— **Wegen Verteilung von Flugblättern ohne polizeiliche Genehmigung** wurden 5 Genossen in Unna zu je 15 M. Polizeistrafe verurteilt. Die Bestrafung erfolgte auf Grund des § 10 des preußischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851, das insoweit noch zu Recht besteht. Die Voraussetzung für die Anwendbarkeit dieser Vorschriften ist jedoch, daß die Verteilung der Schriften auf öffentlichen Straßen oder an andren öffentlichen Orten erfolgte, denn nur insoweit schreibt das preußische Gesetz vor, daß eine Genehmigung nötig sei.

Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter

kam am Montag vor dem Einigungsamt zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Gewerbegerichts-Direktor von Schulz, als Beisitzer fungierten seitens der Arbeitgeber: Hutfabrikant Lucht und Fraiseriebesitzer Koch, seitens der Arbeitnehmer: Buchdrucker Massini und Former Körsten.

Wie die Vertreter beider Parteien übereinstimmend ausführten, hat der Verein der Marmorwaren-Fabrikanten im vorigen Jahre den von den Arbeitern aufgestellten Tarif anerkannt, der Tarif ist aber im November von den Arbeitgebern gekündigt und deshalb seit dem 1. März abgelaufen. Die Arbeiter haben nun einen neuen erhöhten Tarif eingereicht, den die Fabrikanten nicht anerkennen.

Mitschke als Vertreter der Arbeiter begründete die erhöhten Forderungen mit dem Hinweise auf die gesteigerten Kosten des Lebensunterhalts und der ganz besonders hohen Gesundheitsschädlichkeit des Berufs. Auf Grund statistischer Erhebungen sei festgestellt, daß das Durchschnittsalter der Berliner Steinmetzen nur 34 Jahre beträgt, und daß die Steinarbeiter nächst den Tabakarbeitern die höchste Ziffer der Sterblichkeit aufweisen. Diese ungünstigen Umstände würden mitverschuldet durch die ungesunden Verhältnisse in den Werkstätten der Marmorindustrie. Dieselben seien infolge des Wassergebrauchs beim Schleifen oft naß, dumpfig und zeigen Pilzbildungen an den Wänden. Zur Besserung der hygienischen Verhältnisse in den Werkstellen könnte seitens der Fabrikanten wohl etwas gethan werden. Mit Rücksicht aber auf die Gesundheitsschädlichkeit, die die Arbeit der Steinmetzen auch unter sonst guten Verhältnissen mit sich bringt, rechtfertige sich eine Lohnforderung, die dem Arbeiter gestattet, sich durch ausreichende Ernährung möglichst widerstandsfähig zu machen. Bei der Bezahlung nach dem bisher geltenden Tarif betrage der durchschnittliche Jahresverdienst, der bei 40 Arbeitern, die schon bis 13 Jahre im Beruf thätig sind, ermittelt worden ist, nur 1207 M. Da diese Summe unter den geschilderten Verhältnissen nicht ausreicht, so sei der erhöhte Tarif aufgestellt worden.

Tauchert, Vorsitzender des Vereins der Marmorwarenfabrikanten erklärt, daß die Arbeitgeber sowohl wegen der auswärtigen Konkurrenz, als auch wegen der von einzelnen Berliner Unternehmern gemachten Schundkonkurrenz höhere Löhne wie bisher unter keinen Umständen zahlen könnten, allenfalls würden sie bereit sein, den Tarif von 1899 mit einigen Aenderungen weiter bestehen zu lassen. Auch könnte vielleicht die zehnstündige anstatt der neunstündigen Arbeitszeit eingeführt werden. Fabrikant Stiekfel behauptet, die Steinmetzen erzielten bis zu 2300 M. So lange man nicht Berlin mit einer chinesischen Mauer gegen auswärtige Konkurrenz umgeben könne, und so lange selbst staatliche und städtische Behörden Steinmetzarbeiten für ihre Bauten von auswärts beziehen, könnten die Berliner Fabrikanten keine höheren Löhne zahlen. So würden z. B. Platten, die hier 1,30 M. Arbeitslohn kosten, von außerhalb für 40 Pf. geliefert. Weiter wird seitens der Fabrikanten eingewandt, daß die Organisation der Arbeiter nicht im stande sei, die Schmutzkonkurrenz mit Erfolg zu bekämpfen.

Dagegen bemerken die Vertreter der Arbeiter, daß sie, wenn sie gegen Schundgeschäfte vorgegangen seien, bisher niemals die Unterstützung der reellen Geschäftsinhaber gefunden hätten. Wenn jetzt ein Tarif festgelegt werde, und die Fabrikanten verpflichten sich, die Arbeiter in der Bekämpfung solcher Firmen zu unterstützen, die den Tarif nicht zahlen, dann würde die Schmutzkonkurrenz bald beseitigt sein. Gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit seien die Arbeiter ganz entschieden, sie wünschten sogar eine Herabsetzung auf 8½ Stunden. Die Behauptung, daß Steinmetzen bis zu 2300 M. verdienen, werde entschieden bestritten. Wenn die Herren Fabrikanten — sagte Mitschke — uns einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1500 M. zusichern, dann pfeifen wir auf den ganzen Tarif!

Nachdem die allgemeinen Erörterungen beendet waren, traten die Vertreter beider Parteien zu einer Kommissionsberatung zusammen, die fünf Stunden währte und das Resultat hatte, daß an dem alten Tarif einige kleinere Aenderungen vorgenommen wurden. Ferner schlägt die Kommission vor: Der so geänderte Tarif soll bis zum 1. September 1902 gelten. Er tritt auf ein weiteres Jahr in Kraft, wenn er nicht drei Monate vor seinem Ablauf gekündigt wird. Neue Vereinbarungen müssen einen Monat vor Ablauf der alten beendet sein. Bei Neueinstellung von Arbeitern sollen die Organisierten in erster Linie berücksichtigt werden. — Während sich die Kommission über die vorstehenden Punkte geeinigt hatte, konnte über einige andre Bedingungen keine Einigung erzielt werden. Auf Vorschlag des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz sollen unter seinem Vorsitz die Kommissionsberatungen am Donnerstag fortgesetzt und am Freitag, nachmittags 1½ Uhr, ein neuer Termin des Einigungsamts abgehalten werden.

Die Sitzung währte von vormittags 10 bis abends 7 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Auf vielfache Anfragen seitens der Gewerkschaften bestätigen wir, daß wir jederzeit bereit sind, Gelder für die ausgesperrten Glasarbeiter in Nienburg usw. auf unsrem Bureau entgegen zu nehmen.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschafts-Kommission.
Engel-Ufer 15, I, Zimmer 8.

Ueber die Lohnbewegung der Fabrik-Schuhmacher wurde am Sonntag in einer stark besuchten, im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung berichtet, daß bis dahin 5 Fabriken mit 100 Arbeitern die Forderungen bewilligt haben, während in 3 Fabriken mit 145 Arbeitern die Verhandlungen noch schweben, voraussichtlich aber ein günstiges Resultat ergeben werden. 6 Fabrikanten, die zusammen 200 Arbeiter beschäftigen, verhalten sich ablehnend, und wird es in diesen Betrieben wahrscheinlich zur Arbeitsniederlegung kommen. Weitere 2 Fabrikanten wollen sich bis Dienstag zu den Forderungen erklären. Im allgemeinen sind es die dem Unternehmerverband angehörenden Fabrikanten, die sich ablehnend verhalten, während sich die außerhalb des Rings Stehenden entgegenkommender zeigen. — Die Versammlung sicherte durch Annahme einer Resolution den Kollegen derjenigen Fabriken, welche bisher keine Zugeständnisse gemacht haben, die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung zu.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter in der mechanischen Schuhwaren-Industrie. Bisher haben 16 Fabriken mit zusammen 486 Personen den Fabrikanten Lohnforderungen unterbreitet. Lohnforderungen bewilligt haben folgende Fabriken: Fr. Mauf, Brohm, Klaus, Goldstein, Benkmann, Wahlich, Senger u. Stockwald und Haase, welche zusammen 245 Personen beschäftigen. In den Ausstand eingetreten sind die Arbeiter der Fabriken Mellnick, Schillingstraße 12. Erstein u. Panitsch, Reibelstr. 39, Rosenberg, An der Stadtbahn 47. Erpel, Kaiserstr. 41. Glaser, Stromstr. 72. Chr. Mauf, Oranienstr. 184, mit zusammen 173 Personen. In zwei Fabriken ist die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen.

Achtung, Rahmenvergolder! Zuzug ist streng fernzuhalten nach Gent in Belgien, da sich die Rahmenvergolder der Firma Maisarth u. Co. in einem Abwehrstreik befinden, wegen Abschaffung der Lohnarbeit und Einführung der Accordarbeit unter äußerst niedrigen Preisen. Verband der Vergolder. J. A.: H. Späthe.

An die Barbiere und Friseurgehilfen in Charlottenburg!

Am Mittwoch, den 6. März, findet in Charlottenburg, Gambrinus Brauerei, Wallstr. 94, abends 10 Uhr, eine öffentliche Versammlung statt, welche den Zweck verfolgt, eine Lohnerhöhung für die Gehilfen herbeizuführen.

Kollegen! Wir sind zu einer Lohnerhöhung voll und ganz berechtigt, weil zum 1. April 1901 in Charlottenburg die Preiserhöhung in Kraft tritt. Der Bericht der Lohnkommission wird in der Versammlung bekannt gegeben. Hoch der Verband.

Die Lohnkommission. J. A.: Bruno Schober.

Die Arbeitsvermittelung im Fleischergewerbe. Ganz eigenartige Verhältnisse herrschen in Bezug auf die Arbeitsnachweise im deutschen Fleischergewerbe. Die Vermittelung des Personals befindet sich durchgehends in den Händen privater Stellenschacherer oder in den Händen der Innungen. Erstere beuten bekanntlich die arbeitslosen Gesellen nach allen Regeln der Kunst aus, während die Innungen zwar auch Entschädigungen verlangen, aber obendrein noch recht famose und terroristische Bestimmungen haben. Genau wie die Großindustriellen wollen auch sie die Arbeiter tüchtig aushungern lassen, damit sie gefügiger werden. Für Wandsbeck besteht da die Klausel, daß ein Geselle ein Vierteljahr erst außer Stellung sein soll, ehe er eingestellt wird. In Hamburg muß sich jeder arbeitslose Geselle im Innungsbureau eintragen lassen. Eingetragen wird er jedoch erst dann, wenn ihn sein Meister auch bei der Innung abgemeldet hat und dies dauert für Personen, die sich mißliebig gemacht haben, oft recht lange. Die Weißenfelser Meister stellen sogar die Gesellen erst dann ein, wenn ihnen der frühere Meister des Gesellen bescheinigt, daß selbiger gegen die Einstellung des Gesellen nichts einzuwenden hat. Geschieht dies nicht, dann wird der Betreffende auf ein Vierteljahr ausgesperrt. An diesen Beispielen sieht man jedenfalls zur Genüge, daß die deutschen Fleischermeister sehr viel von den Industrierittern gelernt haben und ganz Bedeutendes in Terrorismus leisten. Das von den Meistern stets so hoch gepriesene gute Einvernehmen zwischen Gesellen und Meistern scheint denn doch schon verschiedentlich ein Loch zu haben, denn sonst würde man wohl nicht zu solchen Maßregeln greifen. Hoffentlich ist die Organisation der Gesellen bald im stande, sich hiergegen zu wehren.

Deutsches Reich.

Achtung, Former! In der Dessauer Eisengießerei und Maschinenfabrik (vorm. Green) haben sämtliche Former wegen bedeutender Lohnreduktionen die Arbeit eingestellt. — Zuzug ist fernzuhalten.

Ein Streikfünder hatte sich kürzlich vor dem Zwickauer Landgericht zu verantworten. Der Steinbrucharbeiter Lachmann aus Schneeberg wurde beschuldigt, unbefugterweise Arbeiter in dem, dem Bauunternehmer Starke in Weißenfels gehörigen Steinbruch in Oberschlema zur Arbeitseinstellung zu veranlassen gesucht und ihnen dabei unter Schimpfen die Schaufeln zu entreißen versucht zu haben. Er wurde des ihm zur Last gelegten Vergehens für überführt erachtet und zu vier Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Mitglieder der Steinarbeiter-Organisation in Frankfurt a. M. wurden auf eine vor dem Bezirksausschuß in Wiesbaden erhobene Klage als politischer Verein erklärt. Es ist deshalb die Forderung der Polizei, die Statuten und Mitgliederverzeichnisse einzureichen, als zulässig erkannt worden. Das Gericht nahm an, daß die Mitglieder einen selbständigen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes darstellen und eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten in der Erstrebung der Verkürzung der Arbeitszeit 2c. in Gemeinschaft mit den Steinarbeitern ganz Deutschlands begründet wäre.

Streikpostenstehen. In Stolberg bei Aachen wurden am 1. März von dem dortigen Schöffengericht sechs streikende Arbeiter, welche wegen Streikpostenstehens angeklagt waren, freigesprochen. Diese Arbeiter waren von einem Polizeibeamten aufgefordert worden, aus der Nähe der Fabrik, wo sie sich aufhielten, wegzugehen. Der Aufforderung kamen die Arbeiter nicht nach, und deshalb die Anklagen, die eine Belästigung des Publikums konstatierten. Die Polizeiverwaltung wollte die „Belästigung" dadurch beweisen, daß dem Fabrikanten Lörsch, dessen Arbeiter im Streik waren, das Streikpostenstehen unbequem gewesen sei. Eine derartige Begründung war dem Gericht doch nicht genügend und deshalb fällte es das obenerwähnte Urteil.

Ausland.

Ein schweizerischer Stumm. In Uzwil (Kanton St. Gallen) sind anfangs Januar ca. 120 Arbeiter, meistens Gießer, der Maschinenfabrik Benninger u. Cie. zum Ausstand provoziert worden, offenbar zu keinem andren Zwecke als zu dem, auf diese Weise die wegen Mangel an Aufträgen überflüssigen Arbeiter loszuwerden. Eine wahrhaft perfide Taktik, nachdem dieselben Kapitalisten dieselben Arbeiter erst herangezogen und von ihnen fette Gewinne gezogen haben. Der bekannte National- und Regierungsrat Curti in St. Gallen, die gesamte Kantonsregierung, Arbeitersekretär Greulich boten den Schlotjunkern ihre Vermittelung an, allein dieselbe wurde in jedem Fall protzig zurückgewiesen. Der Regierung in St. Gallen wurde geantwortet, daß der ausgebrochene Streik jeder thatsächlichen Berechtigung entbehre und daß bei der nunmehrigen Sachlage von irgend einer Unterhandlung oder Vermittelung keine Rede sein könne. Regierungsrat Curti war geantwortet worden, daß die Arbeiter, welche wieder in Arbeit treten wollen, sich jeder einzeln zur eventuellen Wiederaufnahme anzumelden hätten, die aber nur zum Teil erfolgen könne. So liegen die Arbeiter mit ihren Familien arbeits- und verdienstlos mitten im Winter auf der Straße, und müssen sie fort, so wird die ganze Gemeinde in empfindlichste Mitleidenschaft gezogen.

Die Streiks in Oestreich im Jahre 1900. Das arbeitsstatistische Amt veröffentlicht soeben die vorläufigen Ergebnisse der Streikstatistik für das Jahr 1900. Im Jahre 1900 fanden 295 Ausstände in 884 Betrieben mit 147 037 beschäftigten und 106 020 ausständigen Arbeitern statt, was gegen das Jahr 1899 eine Abnahme um 16 Ausstände, um 446 betroffene Betriebe und eine Zunahme um 51 257 ausständige Arbeiter bedeutet. Von den 295 Ausständen entfielen 114 auf das Frühjahr, 75 auf den Sommer, 40 auf den Herbst und 66 auf den Winter. Das Ergebnis der Ausstände im allgemeinen war in 55 Fällen ein vollständiger, in 108 Fällen ein teilweiser Erfolg und in 84 Fällen ein Mißerfolg für die Ausständigen. In 48 Fällen ist die diesbezügliche Ermittlung noch nicht abgeschlossen.

Der Bergarbeiterstreik in Monteeau dauert unverändert fort. Nachdem der Ministerpräsident Waldeck Rousseau am Sonnabend eine Delegation der Bergleute in Begleitung einiger socialistischer Abgeordneten empfangen hatte, empfing er am Sonntag nochmals den socialistischen Deputierten Dejeante, der einen eingehenden Bericht über die Lage in Monteeau abgefaßt hat. Die Interpellation der Socialisten über das Verhalten der Regierung in Monteeau soll nun am nächsten Freitag zur Verhandlung kommen.

Der Kongreß der Grubenarbeiter des Departements Pas-de-Calais, der am Sonntag in Lens tagte, stimmte den kürzlich vom nationalen Komitee des Grubenarbeiter-Verbands in Saint-Etienne beschlossenen Resolutionen zu und wird den nächsten nationalen Kongreß abwarten, um endgültige Beschlüsse zu fassen. Ferner wurde beschlossen, eine Subskription zu Gunsten der Ausständigen in Monceau-les-Mines zu eröffnen und den nächsten nationalen Kongreß der Grubenarbeiter am 8. Mai in Lens abzuhalten.

Die Hafenarbeiter von Marseilles haben den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet: Abschaffung der Nachtarbeit; Zahlung eines Lohnaufschlags von 2 Fr. pro Stunde für Nachtarbeit, so lange diese nicht gänzlich abgeschafft ist; Entlassung einiger Vorarbeiter; doppelte Bezahlung für Sonntagsarbeit; Einführung des Achtstundentags. Die Unternehmer haben die Forderungen abgelehnt. — Telegraphischen Nachrichten aus Marseilles zufolge haben in den letzten Tagen große Kundgebungen der Streikenden stattgefunden, bei denen es auch zu einigen größeren Störungen gekommen sein soll.

In Palermo sind die Hafenarbeiter in den Ausstand eingetreten, weil sie sich durch die neuen Bestimmungen des Gesetzes über die der Handelsmarine zu gewährenden Prämien benachteiligt glauben. Sie veranstalteten eine Kundgebung, gingen aber auseinander, nachdem ihnen eine Depesche der Regierung bekannt gegeben war, in welcher ihnen Prüfung ihrer Beschwerden zugesagt wird. Indessen schlossen sich gestern früh aber auch andre Arbeiter dem Ausstande an. Die Ausständigen veranstalteten lärmende Kundgebungen, worauf das Militär einschritt. Die Läden wurden geschlossen, der Verkehr von Wagen und Pferdebahnen unterbrochen, an mehreren Punkten der Stadt wurden Gaslaternen umgerissen und Fenster eingeworfen. Bei den Zusammenstößen der Ausständigen mit den Polizeibeamten und dem Militär fanden auf beiden Seiten Verwundungen statt, die indessen leichter Art sind. Ein Gerücht, ein Soldat sei getötet worden, hat sich als unbegründet erwiesen. Sonntagabend war die Ruhe fast überall wieder hergestellt und die Stadt nahm wieder ihr gewöhnliches Aussehen an; die Truppen kehrten in die Kasernen zurück. Der Bürgermeister hat eine Bekanntmachung anschlagen lassen, in welcher die Ausständigen zur Ruhe ermahnt, die das einzige Mittel sei, Berücksichtigung ihrer Beschwerden zu erlangen.

Socriales.

Ostpreußische Schulverhältnisse. Wegen Baufälligkeit für unbewohnbar erklärt wurde polizeilicherseits das Schulgebäude in Wilkieten im Kreise Memel. Der Lehrer, dem es schon seit Jahren in die Wohnung hineinregnete, erhielt eine andere Behausung angewiesen; die mehr als 100 Kinder, welche die Schule besuchen, haben Ferien, da sich noch kein geeigneter Raum für ihre Unterbringung fand. Das Schulgebäude war ein Mietshaus. Seit 10 Jahren wegen der Erbauung eines Schulgebäudes geführte Verhandlungen waren bisher resultatlos.

Einen Einblick in die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Aachen gestattet der Jahresbericht des dortigen Mariannenvereins, der ein Wöchnerinnenasyl unterhält. Das Asyl, in dem nur solche Frauen Aufnahme finden, deren Wohnungen nachweislich zur Abwartung einer Niederkunft ungeeignet sind, beherbergte im Jahre 1900 im ganzen 427 Frauen. Es ergab sich, daß von den Familien der 427 Wöchnerinnen 120 nur einen Raum bewohnten. Darunter befanden sich Familien von 10 Köpfen. 271 Familien bewohnten zwei Räume. Hierunter waren 4 von 12, zwei von 11, 12 von 10, 20 von 9, 25 von 8 Köpfen und so fort bewohnt. Nur 36 Familien bewohnten mehr als drei Räume, dann war aber die Familie noch stärker. Der Bericht weist nach, daß diese 427 Familien noch nicht zu den ärmsten zu zählen sind, weil diese sich zumeist nicht um Aufnahme in das Asyl melden.

Eine Staatsanstalt zur Herstellung von Diphtherieserum wird in Dänemark errichtet werden. Ueber einen diesbezüglichen Gesetzentwurf verhandelte das Folkething am Donnerstag in zweiter Lesung. Dieses Heilmittel kann, wie in den Verhandlungen ausgeführt wurde, um ein Drittel des Preises hergestellt werden, den die deutschen Fabriken dafür verlangen. Nach der Vorlage der Regierung sollte das Serum gratis abgegeben werden. Gegen diesen Passus, für den selbstverständlich die Socialdemokraten energisch eintraten, stimmte unter andren die Mehrzahl der radikal-liberalen Partei. Nach den Vorschlägen der zur Prüfung des Gesetzentwurfs gewählten Kommission soll der Preis auf ein Fünftel dessen festgesetzt werden, was die deutschen Fabriken dafür nehmen.

Gerichts-Zeitung.

Die königlich preußischen Staatsanwälte

versetzen den Staatsbürger neuerdings wiederholt in die Notwendigkeit, sich mit ihrem manchmal recht eigentümlichen Vorstellungskreise zu beschäftigen. Nachdem erst in der vorigen Woche einer der Herrn dadurch die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit herausgefordert hat, daß er für einen anläßlich der Straßenbahn-Unruhen vom Schutzmann Grabowski halbtot geschlagenen Kaufmann nicht weniger als neun Monat Gefängnis beantragte, trat gestern ein andrer Staatsanwalt mit einer gleichfalls höchst merkwürdigen Anschauung ans Licht. Wegen unentschuldigter Schulversäumnis seiner Kinder war der Arbeiter Engel angeklagt worden, das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei, nachdem es folgendes festgestellt hatte: Sowohl Engel wie seine Frau waren tagsüber nicht zu Hause. Er arbeitete in einer Ziegelei und die Frau in einer Fabrik. Er mußte bereits um 5 Uhr früh fortgehen und kam gewöhnlich erst 10 Uhr abends von der Arbeitsstätte. Frau E. entfernte sich des Morgens, nachdem sie die Kinder schulfertig gemacht hatte. Anstatt nun zur rechten Zeit nach der Schule zu gehn, schwänzten die Kinder häufig den Unterricht; Ermahnungen und Strafen seitens der Eltern blieben wirkungslos. Unter den obwaltenden Verhältnissen hielt das Gericht die Eltern nicht für strafbar, weil sie die Kinder zum Schulbesuch genügend angehalten hätten.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich dem Rechtsmittel an, indem er ausführte: Durch das bloße Anhalten der Kinder zum Schulbesuch hätten die Eltern ihre Pflichten noch nicht völlig erfüllt. Dies sei erst dann der Fall, wenn ihre Bestrebungen, die Kinder zum Schulbesuch anzuhalten, auch Erfolg hätten. Der Mann oder die Frau hätte die Arbeit so verrichten müssen, daß sie sich davon überzeugen konnten, daß die Kinder auch wirklich die Schule aufsuchten.

Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf die staatsanwaltliche Revision mit folgender Begründung: Entscheidend sei, daß der Angeklagte alles gethan habe, was er nach seinen Lebensverhältnissen thun konnte. Um die Zuführung der Kinder zur Schule durch dritte zu bewirken, hätten ihm augenscheinlich die Mittel gefehlt. Den Ausführungen des Oberstaatsanwalts habe der Senat nicht beitreten und nicht annehmen können, daß die Eltern verpflichtet wären, eventuell mit der Arbeit später zu beginnen. Die Arbeit dürfte denn doch wohl vorgehen. Wenn die Leute nach dem Beginn der Arbeitszeit in die Ziegelei oder Fabrik kämen, würden sie wahrscheinlich bald keine Arbeit mehr finden.

Wir wissen nicht, ob ein Staatsanwalt oder sonst irgend ein königlich preußischer Beamter in der Lage ist, die Erledigung der ihm von Amts wegen übertragenen Obliegenheiten nach seinem Wohlgefallen einzurichten. Wie dem auch sei, bei einem Arbeiter oder einer Arbeiterin scheint der hier in Betracht kommende Beamte voraussetzen, daß der berühmte „freie Arbeitsvertrag" ihnen die Möglichkeit bietet, über die Arbeitszeit ganz nach eignem Ermessen zu verfügen. Solche Ansicht vom Wesen des freien Arbeitsvertrags trifft aber, wie wir dem Staatsanwalt „eröffnen" können, nicht ganz das Richtige. Nicht Frivolität oder Lotterigkeit, sondern das eiserne Gebot des Hungers hat in dem vorliegenden Fall wie in unzähligen andren Vater und Mutter verhindert, dem Hauswesen und den Kindern die erforderliche Sorgfalt zu widmen und überhaupt ein Familienleben zu führen.

Die Führung eines solchen wollen erst die **Gewerkschaften** den Arbeitern ermöglichen. Nicht daß sie dem utopistischen Ideal nachgingen, daß der Arbeiter ganz nach seinem individuellen Gusto sich zur Arbeit bequemen sollte. O nein, die Gewerkschaften wären schon froh, wenn sie im harten Kampf mit dem Unternehmertum die Arbeitszeit auf ein dem Arbeiter und namentlich der Arbeiterin erträgliches Maß herabgedrückt hätten. Der Staatsanwalt thäte daher ein gutes Werk, wenn er seinesgleichen bedeutete, wie kulturwidrig der heute so sehr beliebte Kampf gegen die Arbeiter-Organisationen ist. Erst wenn die Gewerkschaften das hier angedeutete Ziel erreicht haben, hätte der Staatsanwalt am Ende einen Grund, für die Bestrafung des in unsrem Falle in Betracht gekommenen Arbeiters zu plaidieren.

Der Sonntagsausgang des Dienstmädchens und das Ausnahmegesetz von 1854. Das Dienstmädchen Steffen hatte alle vierzehn Tage am Sonntagnachmittag ausgehen dürfen. Als wieder einmal zwei Wochen um waren, ging Fräulein Steffen aus, ohne vorher die „Herrschaft" zu fragen. Darüber kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem „Herrn". Dieser erklärte, sie habe zu fragen, wenn sie gehen wolle. Nach 14 Tagen ging sie wieder aus und holte auch diesmal nicht erst vorher eine Erlaubnis ein, sondern teilte nur der 14jährigen Tochter der Dienstherrschaft mit, daß sie ausgehe. Darauf erhielt sie eine Anklage wegen Uebertretung des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen des Gesindes und der Landarbeiter vom 24. April 1854. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte auch die Angeklagte auf Grund des § 1 des genannten Gesetzes zu einer Geldstrafe, weil sie sich eines hartnäckigen Ungehorsams und einer Widerspenstigkeit gegen die Dienstherrschaft schuldig gemacht habe. Fräulein Steffen legte Revision ein und machte geltend, das Gesetz von 1854 sei zu Unrecht angewendet worden. Es könne hier weder von einem hartnäckigen Ungehorsam, noch von einer Widerspenstigkeit geredet werden. Angeklagte habe geglaubt, alle 14 Tage am Sonntagnachmittag ausgehen zu können. — Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung: § 1 des Gesetzes von 1854 sei ohne Rechtsirrtum angewendet worden. Die Angeklagte sei ohne Erlaubnis der Dienstherrschaft am Sonntag weggegangen, nachdem sie 14 Tage vorher ebenso verfahren wäre und auf das Unstatthafte dieses Verhaltens vom Dienstherrn aufmerksam gemacht worden sei. Schon wegen dieser Thatsachen habe das Landgericht einen hartnäckigen Ungehorsam und eine Widerspenstigkeit im Sinne des § 1 des Gesetzes von 1854 annehmen und die Angeklagte verurteilen können.

Das Urteil ist wiederum ein neuer Beleg für die trostlose Rechtsstellung der Dienstboten. Das Gesetz hat in dem Dienstverhältnis einen so rückständigen Rechtszustand aufrecht erhalten, daß schon allein aus diesem Grunde es erklärlich wird, warum die geplagten Dienstboten der Herrengewalt ihrer Herrschaft entfliehen und in der Industrie einen verhältnismäßig freieren Arbeitsvertrag eingehen. Wenn aus bürgerlichen Kreisen wieder die Klagen ertönen über den Mangel an Dienstboten, dann mag man sich des mittelalterlichen Rechtsverhältnisses erinnern, dem jenes Urteil entsprungen ist. Solche Zustände sind unsrer Zeit, die so viel der socialen Fürsorge sich rühmt, doch wahrlich nicht mehr angepaßt. Zu bedauern ist es nur, daß seiner Zeit der Reichstag bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht mit diesen mittelalterlichen Zuständen aufräumte.

Ein gewissenhaft ausgeführter Auftrag. Ein grober Unfug, den der taubstumme Schneider Ernst Hermoneit begangen haben sollte und wegen dessen er mit einem Strafmandat in Höhe von 10 M. bedacht worden war, fand gestern vor dem Schöffengericht eine drollige Aufklärung. An einem Novemberabend nach 10 Uhr sahen Vorübergehende vor einem Hause in der Gollnowstraße zwei Männer, die sich mit einander herumbalgten. Der jüngere war eifrig bemüht, einen bejahrten Herrn festzuhalten, der wiederum die größten Anstrengungen machte, sich von seinem Begleiter zu befreien. Der erstere stieß unartikulierte Laute aus; es war ein Taubstummer. Das Publikum nahm gegen ihn Partei; als ein Schutzmann erschien, wurde der Taubstumme zur Wache gebracht, während der herbeigerufene Wächter in dem alten Herrn den pensionierten Geheimsekretär Sch. erkannte, der in dem Hause wohnte, vor dem sich der Auftritt abgespielt hatte. Mit Hilfe der Taubstummenlehrerin Frau Schenk wurde im Termin folgender Sachverhalt festgestellt. An dem fraglichen Abend war der Geheimsekretär Sch. in einem Lokal in der Gollnowstraße gewesen. Es schien dem Wirt, als habe der betagte Herr des Guten etwas zu viel gethan, und als der Gast ging, verständigte der Wirt sich mit dem Taubstummen, der ebenfalls im Lokal anwesend war, dahin, daß er dem alten Herrn folgen und dafür sorgen solle, daß dieser unbeschadet nach Hause komme. Der Taubstumme nickte verständnisinnig und war augenscheinlich stolz auf die ihm übertragene Beschützerrolle. Er wich nicht von den Fersen des vor ihm gehenden alten Herrn. Als dieser vor seinem Hause angekommen war, entdeckte er, daß er den Hausschlüssel vergessen hatte. Unruhig ging er eine Zeitlang auf und ab, auf Schritt und Tritt von dem Taubstummen gefolgt. Herr Sch. nahm sich schließlich vor, den Wächter zu suchen, und entfernte sich von seinem Hause. Dem Taubstummen war dies nicht recht, er nahm an, daß Herr Sch. noch ein andres Lokal besuchen wolle. Kurz entschlossen eilte er ihm nach, packte ihn am Arme und zerrte ihn, mit der freien Hand lebhaft gestikulierend, zurück. Dem Herrn Sch. wurde die Situation unbehaglich, sein Beschützer beharrte aber mit der den Taubstummen eignen Hartnäckigkeit auf seinem Willen und gab ihn nicht eher frei, als bis der Schutzmann kam.

Der Gerichtshof war mit dem Amtsanwalt der Ansicht, daß der Angeklagte für sein Verhalten keine Strafe verdiene, das Strafmandat wurde aufgehoben.

Vom Prozeß Wendlandt. Die Verhandlungen in dem Prozeß gegen den Bankier und Hauptmann der Landwehr Paul Wendlandt gehen nun nach dreiwöchiger Dauer langsam ihrem Ende entgegen. Jeder Tag der Verhandlung enthüllte einen wahren Abgrund geschäftlicher Unreellität und raffinierter Machinationen, die alle den Endzweck hatten oder wenigstens zu dem Endergebnis führten, daß die Kunden, die mit dem Deutschen Bankverein geschäftliche Beziehungen unterhielten, zu Schaden kamen und große Summen Geldes verloren. Jeder einzelne der zur Verhandlung stehenden Fälle erforderte eine umfangreiche Beweisaufnahme, da zu prüfen war, ob und inwieweit der Deutsche Bankverein dabei als Selbstkontrahent anzusehen war und inwieweit bei einzelnen Fällen der Standpunkt des Rechtsanwalts Leonh. Friedmann, daß den Geschädigten nur ein Civilanspruch gegen den Angeklagten zustehe, als ein berechtigter anzusehen sei. Die Erörterung dieser einzelnen Fälle zeigte, daß vom Jahre 1897 ab bei dem Deutschen Bankverein eine ungeheuerliche Lotterwirtschaft herrschte und der Angeklagte als Spiritus rector des Unternehmens überhaupt nicht mehr die Absicht hatte, die Aufträge so auszuführen, wie man es in einem reellen Bankgeschäft erwarten darf, sondern lediglich in den Besitz des ihm zur Beschaffung von Börsenpapieren eingesandten baren Geldes kommen wollte, ohne die Papiere alsdann usancemäßig zu liefern. Die Gutachten des Bücherrevisors Reuter und des Börsensachverständigen Bankiers Rothschild ließen in den meisten zur Anklage stehenden Fällen keinen Zweifel darüber, daß einerseits eine Anzahl der komplizierten Buchungen vorgenommen worden sind, um unzulässige Traditionen zu verdecken, andrerseits die Erledigung der Aufträge durch den Angeklagten in keiner Weise zu billigen ist. Nach den Dispositionen des Landgerichtsdirektors Müller sollen am Donnerstag die Plaidoyers des Staatsanwalts Dr. Nölting und Rechtsanwalt Leonh. Friedmann stattfinden und das Urteil voraussichtlich am Sonnabend gesprochen werden.

Vom Polizeikampf gegen die Arbeiterschaft. Wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 2 des Vereinsgesetzes wurden vom Schöffengericht in Kolmar i. P. die Genossen Gastwirt Berch in Kolmar zu 20 M. und Handlungsgehilfe Bendit, Posen, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Eine von Bendit gehaltene Festrede anläßlich eines Porzellanarbeiter-Festes war nicht polizeilich gemeldet worden. Der als Amtsanwalt fungierende Bürgermeister Dembek erklärte, daß eine Verfügung an die Polizeibehörden ergangen wäre, nach der Vergnügungen von Zahlstellen als Versammlungen politischer Vereine anzusehen seien; deswegen befolge er jetzt als Leiter der Kolmarer Polizeibehörde die Praxis, Vergnügungen der Zahlstellen überhaupt zu verbieten! Genosse Bendit wies auf das Unmögliche einer solchen Verfügung hin; denn dann müßten bereits sämtliche Gewerkschaften der Auflösung verfallen sein, weil ihnen Frauen angehören und letztere in politischen Vereinen nicht Mitglieder sein dürfen. Trotzdem erfolgte die Verurteilung.

China.

Eine neue Expedition.

Während Rußland und auch Amerika sich mit dem offiziellen China möglichst gut zu stellen suchen und dadurch namentlich das erstere Vorteile auf Vorteile einheimst, behält Deutschland die Politik der Draufgängerei bei. Nach der Meldung eines hiesigen Blatts gab der Weltgeneralissimus der Verbündeten einen neuen Befehl für eine weitere Expedition, die möglicherweise am 7. März abgehen würde, Prinz Tschwang soll erdrosselt sein, doch ist der Ort der Hinrichtung noch unbekannt. Auch die Japaner wollen demnächst ihre Truppen zurückziehen und nur eine frische Besatzungstruppe von 500 Mann nach Peking kommandieren. Rußland und Amerika wollen diesem Beispiel folgen, damit die chinesische Regierung baldigst wieder hergestellt werde.

Die Rückkehr des Kaisers nach Peking

soll nun wirklich bald erfolgen. Drei Mandarinen, welche von Li-Hung-Tschang abgesandt sind, inspicieren augenblicklich den Weg zwischen Peking und Schansi, da die Rückkehr des Hofs nach Peking in nächster Woche erwartet wird. Wie der „Pall Mall Gazette" aus Peking vom 2. d. M. gemeldet wird, wird der Kaiser Ende März zurückkehren. Die Leibwache des Kaisers versammelt sich bereits in Singanfu.

Weitere Hinrichtungen.

Die Gesandten haben die Hinrichtung von 12 weiteren hohen Beamten verlangt, sowie die Bestrafung von 90 Mandarinen in der Provinz.

Shanghai, 2. März. Die „Universal Gazette" veröffentlicht folgendes Telegramm aus Niutschwang: 3000 Russen griffen bei Hsingking 10000 berittene Räuber an, letztere eroberten ein russisches Geschütz. Die Russen zogen sich mit einem Verlust von 20 Toten und 30 Verwundeten nach Mukden zurück.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hochwasser.

Frankfurt a. M., 4. März. (W. T. B.) Der Staatspegel zeigte um 6¾ Uhr einen Wasserstand des Mains von 3,86 Meter. **Die Maininsel ist überschwemmt.** Auf der Sachsenhäuser Seite ist der Fluß stellenweise über das Ufer getreten. Aschaffenburg meldet von 4 Uhr nachmittags 4,65 Meter.

Durch **Austritt der Nidda** ist **die ganze Ebene zwischen den Vororten Frankfurts Ginnheim, Hausen, Rödelheim und Bockenheim überschwemmt.** Die **Landstraßen,** namentlich die von Bockenheim nach Hausen, sind von Wasser **überspült** und auf großen Strecken **unpassierbar.** Der Verkehr wird durch Bretterstege aufrecht erhalten.

Englisches Unterhaus.

London, 4. März. (W. T. B.) **Ashmead Bartlett** fragt, ob die Regierungen von Deutschland, Großbritannien und Japan Einspruch dagegen erhoben haben, daß das russisch-chinesische Abkommen betreffend die Mandschurei von China ratifiziert werde, und ob dieses Abkommen, wenn es zu stande kommen sollte, Rußland unter Ausschluß aller übrigen Völker einen beherrschenden Einfluß in der Mandschurei gewähren würde. Unterstaatssekretär des Aeußeren **Cranborne** erwidert, die Regierung sei der Ansicht, daß irgend welche Erklärung oder Diskussion über die Angelegenheit nicht angemessen sei.

Der Kanzler des Schatzamts **Hicks Beach** erklärt in Vertretung Chamberlains, die Frage, ob für den **direkten Verlust, den Transvaal erwiesenermaßen infolge des Einfalls Jamesons erlitten habe,** die britische Regierung oder die Kolonialregierung jetzt als Nachfolger Transvaals von der Südafrikanischen Gesellschaft Ersatz verlangen könne, sei eine Frage, über welche die Regierung die Ansicht richterlicher Beamten einhole. Sobald diese sich ausgesprochen hätten, werde die Regierung die ganze Angelegenheit in Erwägung ziehen. **Hicks Beach** sagte schließlich, er sei sehr froh, daß er Aussicht habe Geld zu erhalten, das er nicht erwartet habe.

Dewar fragt an, ob **Agenten der Boeren in ganz Belgien eifrig Rekruten anwerben** und ob die Regierung beabsichtige, bei Belgien freundliche **Vorstellungen** zu erheben, um das **Anwerben von Rekruten in Zukunft zu verhindern. Balfour** erwidert, die Regierung habe keine Mitteilungen über derartige Anwerbungen erhalten.

Boerenkrieg.

London, 4. März. (W. T. B.) Amtlich wird aus Pretoria von heute gemeldet: **De Wet** rückte auf Phillipolis vor, wurde aber von unsren Truppen überholt und marschiert jetzt auf Fauresmith. General Babington erbeutete eine Kanone und ein Pompom-Geschütz, die bei Landfontein vergraben waren. 33 Boeren mit fünfzig Pferden wurden am Seacow-Fluß gefangen genommen. General Dartnell erbeutete ein Hotchkiß-Geschütz in der Nähe von Pietretief, wo mehr als 50 Boeren mit ihrem Kommandanten sich ergaben.

Hamburg, 4. März. (W. T. B.) Seit 4 Uhr **brennt** der Bankstraße 86 gelegene **Speicher** der Lagerhausfirma Hambrook u. Trautmann, in welchem große Quantitäten Stückgüter, Thee, Jute, Naphtha usw. lagern. Vier Züge der Feuerwehr sind in Thätigkeit. Man hofft, wie der „Hamburgische Korrespondent" schreibt, daß Feuer auf diesen einen Schuppen zu beschränken, der das äußerste Ende einer ganzen Reihe gleichartiger Speicherbauten bildet.

Wien, 4. März. (W. H.) Wegen Ertragslosigkeit **sperrt** der rheinisch-westfälische Bergwerksverein seine **Blei- und Zinkgruben** bei Guggenberg, Rabenstein und Peggau. **Den darin beschäftigten Arbeitern wurde gekündigt.**

Paris, 4. März. (W. T. B.) **Französische Deputiertenkammer.** Saal und Tribünen sind dicht gefüllt. **Destournelles** richtet an die Regierung eine Anfrage wegen der Angelegenheiten in China. Es wäre richtig, die chinesische Regierung zu beruhigen, welche von guten Absichten beseelt zu sein scheine. **Frankreich sollte sich nicht zu neuen militärischen Expeditionen hinreißen lassen.** (Beifall.) Der Minister des Auswärtigen **Delcassé** erwidert, das von der Kammer angenommene Programm sei das der Regierung gewesen, welche nicht aufgehört habe, sich danach zu richten; die französischen Truppen müßten einzig und allein in China bleiben, um Garantien für die Zukunft zu erlangen. Man frage, ob eine große Expedition gegen China vorbereitet werde. Es sei keine derartige Expedition geplant worden. Freilich könne die Regierung nicht erklären, daß sie eine solche Expedition nicht unternehmen werde. Sie könne nur versichern, daß sie ohne ernste Gründe, welche die Kammer erst zu beurteilen haben werde, sich nicht daran beteiligen werde. (Beifall.) China habe ein Interesse daran, Genugthuung zu leisten, um die Räumung seines Gebiets seitens der fremden Truppen zu beschleunigen. Frankreich habe in loyaler Weise an der Wiederherstellung der Ordnung in China mitgearbeitet und habe kein andres Ziel verfolgt, als dafür Sorge zu tragen, daß die endgültige Regelung der Angelegenheit nicht seinen Interessen zuwiderlaufe. Delcassé schließt mit den Worten, die Kammer könne über die von der Regierung in China gefolgte Politik beruhigt sein, eine Politik, die Frankreich neue Ehren eintragen werde. (Beifall.) Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Bordeaux, 4. März. (W. H.) Ein Teil der hiesigen Hafenarbeiter ist in den **Ausstand** getreten und erklärt sich mit den Streikenden in Marseille solidarisch.

Marseille, 4. März. (W. T. B.) Die Lage hat sich hier wesentlich verschlimmert, da 400 Kohlenträger in den Ausstand eingetreten sind.

London, 4. März. (W. H.) „Morningleader" berichtet, daß Maxim einen **Explosivstoff** erfunden haben soll, dessen Kraft diejenige aller bisher bestehenden Sprengstoffe weit übertrifft. Eine Quantität von der Größe eines Hühnereis soll genügen, um ein Panzerschiff in den Grund zu bohren.

Rom, 4. März. (W. H.) Die Ruhe in Palermo ist wiederhergestellt.

Konstantinopel, 4. März. (W. H.) Gegen die Jungtürken Bogos Zeki Effendi und Hafiz Emin Effendi wurde ein Haftbefehl erlassen. Beide befinden sich im Ausland.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

60. Sitzung vom Montag, den 4. März 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Podbielski, v. Goßler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Novelle des Gesetzes über das **Posttaxwesen** im Deutschen Reich vom 28. Oktober 1871. Danach soll das jetzt bestehende Verbot der Fachgebühren für abzuholende Briefe für den Fall aufgehoben werden, daß der Empfänger auf seinen Antrag ein ihm unmittelbar zugängliches, **verschließbares Abholungsfach** von der Post bekommt.

Abg. **Schädler** (C.):

Diese letter-boxes, wie sie hier vorgesehen sind, werden ja von weiten Kreisen mit Freuden begrüßt werden. Der einzige Punkt, der vielleicht Widerspruch erregen wird, ist die Art der Bezahlung für solche Abholungsfächer. In Bayern wird für solche Fächer eine einmalige Gebühr von 18 M. erhoben. Hier wird eine jährliche Gebühr von 12 M. und für große Fächer von 18 M. vorgesehen. Im Hinblick darauf, daß auch die Leistungen der Post dauernde sind, bin ich mit dieser Regelung durchaus einverstanden.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.):

Ich kann mich im allgemeinen den Ausführungen des Herrn Vorredners anschließen, möchte aber beantragen, daß in das Gesetz ein Passus aufgenommen wird, wonach die Gebühren im Höchstfalle bis zum Betrage von 20 M. gehen dürfen.

Staatssekretär **Podbielski**:

Die Novelle ist aus Wünschen der Handelskammern heraus entstanden. Wir haben zwei Versuchsämter in Mannheim und in Bremen gehabt. In Bremen hat die Einrichtung 30 000 M. betragen, in Mannheim, wo sie mit dem Neubau zugleich erfolgte, nur 10 000 M. Eine Entlastung für die Post entsteht nicht. Denn wir müssen Sortierbeamte anstellen, die sehr sorgfältig arbeiten müssen. Das Gesetz liegt daher lediglich im Interesse des Verkehrs und ich bitte Sie, ihm geneigtest Ihre Zustimmung erteilen zu wollen. — Bis zu 20 M. können wir doch unmöglich gehen, dann kommt ja niemand. Gerade dadurch, daß Sie eine solche Barre festsetzen, liegt für die Post die Versuchung vor, bis an die Barre heranzugehen. Im Interesse des Verkehrs liegt es doch, die Gebühren möglichst niedrig zu bemessen. Die natürliche Korrektur für uns liegt darin, daß, wenn wir zu teuer werden, einfach kein Mensch die Dinger benutzt.

Abg. **Dasbach** (C.)

schließt sich dem Antrag des Abg. Müller-Sagan an.

In der **zweiten Lesung** liegt der Antrag Müller-Sagan, die Höchstgrenze der Gebühren auf 20 Mark festzusetzen, vor.

Staatssekretär v. Podbielski bittet nochmals um Ablehnung des Antrags.

Abg. **Marcour** (C.):

Auch ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Seine Annahme könnte leicht dazu führen, daß z. B. in Bade-Orten die Post die Einrichtung solcher letter-boxes bei einer Gebühr von 20 M. nicht lohnend genug findet und sie überhaupt unterläßt.

Abg. (**Oertel** (k.):

Ich habe das Vertrauen, daß die Reichs-Postverwaltung die Sache kaufmännisch betreiben und sich sagen wird: um so billiger du die Sache machst, um so mehr Zuspruch wirst du haben, daher bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Die Sache ist nicht wichtig genug, um das Mitbestimmungsrecht des Reichstags auch in diesem Falle zu verlangen. Schließlich sind die Kaufleute doch nicht gezwungen, auf die letter-boxes zu abonnieren.

Abg. **Müller**-Sagan (frs. Vp.):

Es wird doch häufig vorkommen, daß die Kaufleute, besonders die Hoteliers, durch ihre eigensten Interessen gezwungen sind, die letter-boxes zu benutzen. Da ist es denn lediglich in das Belieben der Post gestellt, wie hoch sie die Gebühren nehmen will. Ich habe mich übrigens gewundert, daß Herr Dasbach, der doch vorhin für meinen Antrag war, sich jetzt nicht zum Wort meldet.

Abg. **Dasbach** (C.): Ob man dem Antrag zustimmt oder nicht, ist lediglich Sache des Vertrauens zu der Postverwaltung. Ich muß auch jetzt für den Antrag eintreten. Wenn wir jetzt den Antrag nicht annehmen und uns später über zu hohe Gebühren beklagen, so kann der Herr Staatssekretär uns einfach lange Reden halten lassen und uns auf das Gesetz hinweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Müller-Sagan wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und des Abg. Dasbach (C.) abgelehnt und hierauf das Gesetz in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf wird der Rest des **Militäretats** in zweiter Lesung beraten.

Im Extraordinarium für Sachsen werden folgende Summen nach den Anträgen der Kommission gestrichen: 261 000 M. zum Erweiterungsbau eines Feldfahrzeug-Schuppens in Bautzen; 100 000 M. für den Neubau eines Dienstgebäudes in Dresden (gefordert 450 000 M); 250 000 M. für den Neubau eines Kasernements für eine Eskadron Jäger zu Pferde in Leipzig. 75 000 M. für Beschaffung und Einrichtung eines Militärbegräbnisplatzes in Dresden beantragt die Kommission zu streichen.

Die Abgg. Dr. Oertel (k.), Müller-Fulda (C.) und Graf v. Oriola (natl.) beantragen

als erste Rate für diesen Zweck 25 000 M. zu bewilligen.

Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Im Extra-Ordinarium beantragt die Kommission unter anderm 240 000 M. als letzte Rate für den Erwerb eines Exerzierplatzes für die Garnison Tübingen zu streichen.

Abg. Paasche (natl.) beantragt 5000 M. abzusetzen. Dieser Antrag wird angenommen und demgemäß 235 000 M. bewilligt.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Es folgt der Etat für das **Reichs-Militärgericht**. Dazu beantragen die Abgg. **Gröber** u. Gen. (C.) in einer Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Veröffentlichung einer Statistik über die Militärstrafsachen ergänzt wird durch eine Statistik über die **bedingten und unbedingten Begnadigungen** in Militärstrafsachen.

Abg. **Gröber** (C.):

Bisher liegt uns nur eine Statistik über die bedingten Begnadigungen bei Urteilen bürgerlicher Gerichte vor. Bei den Militärgerichten werden ja solche bedingten Begnadigungen äußerst selten vorkommen. Ueber die unbedingten Begnadigungen liegt überhaupt noch keine Statistik vor. Wir werden daher beim Justizetat eine ähnliche Resolution einbringen, die eine Statistik über die unbedingten Begnadigungen auch bei den Urteilen bürgerlicher Gerichte verlangt. Stellt sich heraus, daß in besonderen Fällen die Zahl der Begnadigungen besonders hoch ist, so würde daraus entweder folgen, daß die angesetzte Strafe zu hoch ist und das Gesetz muß dahin abgeändert werden, oder daß bestimmte Kreise von Delikten bei der Begnadigung besondere Berücksichtigung finden und dann muß einer solchen Rechtsausübung entgegengetreten werden.

Kriegsminister **v. Goßler**:

Eine bedingte Begnadigung kennen wir in Militär-Strafsachen überhaupt nicht. Im übrigen liegen doch erhebliche Bedenken gegen die Resolution vor, da das Begnadigungsrecht den einzelnen Landesherren zusteht, und eine Kontrolle der Ausübung dieses Rechts durch das Reich nicht angängig erscheint.

Abg. **Beckh**-Koburg (frs. Vp.):

Ebenso wie der Reichstag die Reichs-Militär-Strafprozeßordnung erlassen hat, muß er auch das Recht haben, sich über die Fälle der Begnadigung im Deutschen Reiche zu unterrichten. — Ich muß bei dieser Gelegenheit nochmals auf meine neulichen Ausführungen über die Bestätigungsorder der Gerichtsherren zurückkommen. Man muß scharf unterscheiden zwischen der Begnadigung und der Bestätigungsorder. Die Bestätigungsorder des Gerichtsherrn ist eigentlich weiter nichts als eine Vollstreckbarkeitserklärung, die Begnadigung oder eine Herabsetzung der Strafe steht nur dem obersten Kriegsherrn zu. Thatsächlich liegt aber heute die Sache so, daß die Gerichtsherren auf Grund ihrer Bestätigungsorder, wie ich neulich schon ausführte, häufig selbst bei schweren Delikten die Strafe ganz erlassen. Dieser Zustand widerspricht dem Wortlaut des Gesetzes und ist unhaltbar. (Beifall links.)

Abg. **Gröber** (C.) wünscht in seinem Antrag die Worte „bedingten und" gestrichen zu sehen.

Mit dieser Aenderung wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei angenommen; ebenso debattelos der Etat für das Reichs-Militärgericht.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der **Zölle und Verbrauchssteuern.**

Abg. **Speck** (C.) [auf der Tribüne schwer verständlich]:

Aus der Uebersicht über die Einnahme an Zöllen ist besonders interessant die Mindereinnahme aus dem Gersten- und Weizenzoll. Dieser Rückgang der Einfuhr ist ein Beweis dafür, daß das Inland in der Lage ist, noch einem weit größeren Bedarf zu genügen, als es bisher der Fall war. Interessant dürfte ferner die Konstatierung der Thatsache sein, daß der Bierzoll nicht wie man befürchtete von den Konsumenten getragen ist, sondern von den Bierproduzenten im Ausland und von den Zwischenhändlern. Redner verlangt schließlich eine zollfreie Einfuhr von Petroleum für Motore.

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die **Zustände auf dem Papiermarkt** lenken. Es hat sich dort ein Syndikat gebildet von Papierfabrikanten, das eine erhebliche Preissteigerung erzwungen hat. Von 20 Pf. pro Kilo ist der Preis auf 27 Pf. emporgeschnellt, und gegenwärtig ist unter 30 Pf. kein Papier zu haben. Das bedeutet also eine Preiserhöhung von 50 Proz. Eine Folge davon ist ja auch, daß verschiedene Zeitungen seit dem 1. Januar ihren Abonnementspreis und auch ihren Inseratenpreis erhöht haben. Diese Preissteigerung ist aber nicht im geringsten durch eine Steigerung der Produktionskosten gerechtfertigt. Die verschiedenen Produzenten haben stets hohe Dividenden erzielt von 8 bis 15 Proz. Sie begründen die Preiserhöhung mit dem hohen Zoll. Dieser Zoll ist im Jahre 1879 von 4 auf 6 M. erhöht worden, aus dem Grunde, weil im Jahr vorher der Zoll auf Lumpen aufgehoben sei. Damals wurde ja allerdings das Papier zum größten Teil aus Lumpen hergestellt, heut aber ist das nicht mehr der Fall. Heute ist überhaupt das Papier viel billiger geworden, so daß der alte Zoll von 6 M. heute im Verhältnis zu dem geringen Wert des Papiers viel höher liegt. Die Papierausfuhr betrug im Jahre 1899 299 000 Doppelcentner und davon ging ein großer Teil nach Argentinien, Brasilien, den Vereinigten Staaten usw. Das beweist doch, daß das Papier so billig ist, daß es selbst bei den hohen Frachten nach so weiter Entfernung konkurrieren kann. Da der Zoll also jetzt jeden Sinn verloren hat, so sollte man doch die Frage erwägen, ob sich eine Aufhebung oder Ermäßigung des Zolls empfiehlt.

Abg. Graf **Kanitz** (k.):

In manchen Punkten kann ich diesen Ausführungen zustimmen. Die Preistreiberei auf dem Papiermarkte ist sicher verderblich und schädlich, aber ich weiß nicht, wie man dagegen aufkommen kann. Wir sind Gegner aller solcher Syndikate und Ringbildungen, die darauf ausgehen, den Preis eines Produkts ungebührlich zu steigern, aber ob eine Zollermäßigung da etwas nützen soll, ist mir doch sehr fraglich. Von einer übermäßigen Konkurrenz des Auslands ist nicht die Rede. Die Preise für Cellulose sind lange nicht in dem Maße gestiegen wie die Papierpreise. Die Hauptaufgabe der Gesetzgebung muß sein, die Ringe und Syndikate mit allen Mitteln zu bekämpfen, und wenn solche Mittel nicht vorhanden sind, müssen sie geschaffen werden.

Abg. **v. Schele**-Wunstorf (Welfe)

verlangt eine Herabsetzung der Zölle auf Mais, Reis, Kakao, Kaffee, und Petroleum im Interesse der Konsumenten. Auch die Beseitigung der Salzsteuer ist erforderlich.

Abg. **Richter** (freis. Vp.):

Herr Graf Kanitz meinte, die Aufhebung des Papierzolls würde nichts helfen. Da irrt er sich ganz bestimmt. Noch in dieser Woche waren Herren aus den Vereinigten Staaten hier, um sich zu erkundigen, ob bei den hohen Papierpreisen die Verleger in der Lage sein würden, amerikanisches Papier zu beziehen. Herr Kanitz sagte weiter, er sei dabei, mit allen Mitteln die Syndikate zu beseitigen. Dann ergreife ich doch das nächste Mittel, das sich in der Aenderung des Zolltarifs darbietet.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Wir können diese Frage heute nicht erschöpfend erörtern. Das gehört zur Vorbereitung des neuen Zolltarifs. Ich stehe auch auf dem Standpunkt des Grafen Kanitz, daß mit einer Herabsetzung der Papierzölle augenblicklich nichts gegen das Syndikat auszurichten ist.

Damit schließt die Diskussion.

Beim Titel „Zuckersteuer" bedauert

Abg. Graf **Stolberg,**

daß die Saccharinsteuer noch immer nicht da ist. Wenn der Gesetzentwurf nicht schleunigst kommt, werden die Saccharinfabrikanten mit Entschädigungsansprüchen kommen.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**:

Ich wies vor wenigen Wochen darauf hin, daß sich in den maßgebenden Kreisen zwei verschiedene Ansichten gegenüberständen; die eine legte den Schwerpunkt auf die höhere Steuer, die zweite auf die Erschwerung des Verkehrs in Saccharin. Diese Schwierigkeiten sind nun überwunden, der Entwurf einer Saccharinsteuer ist im Reichs-Schatzamt fertiggestellt und wird dem Bundesrat in den nächsten Tagen zugehen.

Abg. **Wurm** (Soc.):

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf geradezu skandalöse Zustände richten, die durch das **Zuckerkartell** in Deutschland geschaffen sind. Wir sind soweit gekommen, daß der **deutsche Zucker für den Konsumenten um 130 Proz. verteuert wird.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Unsre Steuergesetzgebung hat ja geradezu provociert, daß sich Kartelle und Ringe gebildet haben, die ja auch auf dem ganzen Gebiet der Agrarproduktion eine unheimliche Rolle spielen. Dem Grafen Kanitz, der sich über die Kartelle so aufregte, wird ja auch der Spiritusring nicht unbekannt sein. Das Zuckerkartell ist im vorigen Jahre begründet worden. In einer Broschüre, die der Geschäftsführer des Kartells herausgegeben hat, hat er die Dreistigkeit, zu betonen, daß das Kartell sich zur Aufgabe gemacht habe, den deutschen Zuckerkonsum jährlich um 45 Millionen zu verteuern. Außerdem sagt er, daß, wenn das Kartell es für notwendig halten sollte, den Preis noch mehr zu erhöhen, so werde es den Preis noch mehr steigern. Das Kartell arbeitet mit den Mitteln, die wir ja von seiten der Unternehmer zur Genüge kennen, mit dem rücksichtslosen Terrorismus, gegen den noch niemals ein Staatssekretär auch nur den Versuch gemacht hat, ein Zuchthausgesetz zu entwerfen. (Lachen rechts). Dieser Terrorismus richtet sich gegen alle diejenigen, die sich dem Kartell nicht unterwerfen wollen. In der Sitzung vom 27. Oktober 1900 wurde beschlossen, den Abnehmern einen Revers des Inhalts vorzulegen, daß sie sich verpflichten, künftighin mit unkartellierten Zuckerfabrikanten oder solchen, die in andrer Weise dem Kartell entgegentreten, Geschäfte nicht mehr zu machen.

Die Folgen dieses Terrorismus sind die folgenden: Wir haben eine Ausfuhrprämie von 36¾ Millionen Mark. Durch diese Prämie wird auch der Preis des Inlandprodukts verteuert und zwar um **18 Millionen Mark.** Das macht zusammen **54¾ Millionen Mark.** Dazu kommen noch die 45 Millionen Mark, um welche das Kartell den Zucker verteuern will. Das macht zusammen **94 Millionen Mark,** um die der Zucker den deutschen Konsumenten verteuert ist zu Gunsten der Industriellen. Nun kommt das Reich und erhebt von dem Zucker eine Abgabe, die nach Abzug der Ausfuhrprämie 117¾ Millionen Mark beträgt, das macht zusammen **211¾ Millionen, um die der Zucker dem deutschen Volke verteuert wird,** d. h. **3,80** M. auf den Kopf der Bevölkerung, nicht nur 2 M., wie gewöhnlich angenommen wird. Auf das Pfund bedeutet das eine Verteuerung von 18 Pf. Infolge der Gebrauchsabgabe, der Ausfuhrprämie und der indirekten Wirkung dieser Prämie und der Verteuerung durch das Kartell wird der Zucker mit 32 Pf. pro Pfund verkauft. Zieht man davon die 18 Pf. ab, so bleiben 14 Pf. für das Pfund Zucker als Preis für den Produzenten. Der Zucker wird also um 130 Proz. des Wertes für den Konsumenten verteuert; dem Kartell wäre es niemals möglich, solche Monopolpreise zu diktieren, wenn wir nicht den Prohibitivzoll von 20 M. pro Centner für die Einfuhr hätten. Hier haben wir ein erfreuliches Beispiel, wie solche Ringbildung wirkt, wenn sie durch solche Zollgesetzgebung hervorgerufen wird. Mit Wucher ist eine solche Preissteigerung noch viel zu glimpflich bezeichnet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wer sind denn die Herren, die im Zuckerkartell stehen? An der Spitze steht dort eine Persönlichkeit, die von unsrer Seite ja schon öfters genannt werden mußte, wenn es sich um die Bedrückung der ärmeren Volksklassen handelte. Es ist Herr Bueck. Er ist auch Geschäftsführer des Raffinerie-Syndikats. Ferner sind in dem Aufsichtsrat des Syndikats von Mitgliedern des Reichstags die Konservativen Herren Freiherr v. Richthofen-Damsdorf, Herr v. Arnim, Graf Carmer und das Mitglied der Centrumpartei Herr Pfungen. Einer der Herren Vorredner sprach für die Herabsetzung des Zolls auf Kaffee und Thee, damit der Zuckerkonsum sich hebe. Was soll aber eine solche Maßregel nützen, wenn der Zucker um 18 Pf. pro Pfund verteuert wird? Ich bin stets dafür eingetreten, daß der Zuckerkonsum gehoben werden möge, denn der Zucker hat als Volksnahrungsmittel wegen seiner verhältnismäßigen Billigkeit große Bedeutung. Durch die Zollgesetzgebung ist es weiter dahin gekommen, daß eine große Industrie, die ihren nationalen Boden in Deutschland haben könnte, in das Ausland verlegt worden ist, nämlich die Konserven-Industrie für Zuckerfrüchte. Sie möchten am liebsten den Obstzoll einführen, damit das deutsche Obst im Preise steigt, hier aber verschließen sie dem deutschen Obst die Möglichkeit, rationell verwertet zu werden, indem sie die Konserven-Fabrikation für Zuckerfrüchte nach England treiben. Diese Fabrikation hat in England eine so große Ausdehnung gewonnen, weil England in der Lage ist, unsren deutschen Zucker um 20 Pf. billiger zu bekommen als wir. **Die Engländer zahlen 12 Pf. für das Pfund, wir 32 Pf.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten). Die Konsumziffer für Zucker ist im Deutschen Reiche, dem größten Zucker-Produzenten, außerordentlich gering. In Deutschland wurden im Jahre 1897 pro Kopf 11½ Kilogramm verbraucht, in Frankreich 12½, in der Schweiz 22, in den Vereinigten Staaten 25½, in England 34¾ Kilogramm, also dreimal soviel wie in Deutschland. Man möge nicht einwenden, daß man in England mehr Thee trinke, man trinkt in Deutschland sehr viel Kaffee, und es wäre sehr gut, wenn die Landbevölkerung sich ihren Kaffee versüßen könnte. Ihre Bauern, Ihre Landarbeiter (nach rechts) können sich aber bei den heutigen Preisen keinen Zucker kaufen. Wenn diese Art der Besteuerung aufrecht erhalten wird, so überliefern Sie große Massen des Volks einer kleinen Anzahl Ausbeuter und Wucherer. Herrn Oertel scheint der Ausdruck „Wucherer" nicht zu gefallen. (Abg. Oertel: Ich habe ja gar nicht zugehört.) Die große Mehrheit des Volks hat Interesse daran, daß ein so wichtiges Nahrungsmittel nicht verteuert wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf **Stolberg-Wernigerode** (k.):

Ich kann nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß die verbündeten Regierungen die Beratung des Saccharinsteuer-Entwurfs möglichst beschleunigen mögen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Die Zahlen des Herrn Wurm mögen ja ungefähr stimmen. Der Engländer bezahlt im Detail allerdings 15 bis 16 Pf. für das Pfund und nicht 12 Pf. Aber darauf kommt es nicht an. Wenn man in Volksversammlungen den Mund etwas vollnimmt, dann kann man auch mit 20 Pf. rechnen, die der Engländer weniger pro Pfund Zucker zahlt. Weshalb ist denn die hohe Steuer eigentlich eingeführt, und glauben Sie, die Zuckerfabrikanten zahlen sie mit Vergnügen? Niemand würde froher sein als die Zuckerindustrie, wenn sie die Zuckersteuer los würde. Woher sollen wir die 120—130 Millionen nehmen, die die Zuckersteuer jährlich dem Reiche einbringt? (Rufe bei den Soc.: Einkommensteuer!) Ach Herr Ledebour, wir haben diesen Vorschlag ja auf das eingehendste geprüft, er ist nicht durchführbar. Blos hier Reden halten und nachher doch keine Möglichkeit sehen, den vorgeschlagenen Weg zu beschreiten, das hat keinen Zweck. Nun zu der Prämie. Wir sind doch nicht die Allerwildesten auf diesem Gebiet. Im republikanischen Frankreich beträgt die Steuer mit der Prämie 56 für den Doppelcentner, das sind 28 Pf. pro Pfund. Frankreich thut das auch aus finanziellen Rücksichten und die Ausfuhrprämie wird doch nicht gezahlt, um den Zuckerfabrikanten reichen Gewinn zu verschaffen, sondern nur, um unsre Zuckerindustrie, die auf den Weltmarkt angewiesen ist, konkurrenzfähig zu erhalten. In den letzten sechs Jahren hat durchschnittlich keine Vermehrung der Zuckerproduktion stattgefunden. Frankreich hat seine Produktion fast verdoppelt, Rußland die seine von fünf auf acht Millionen Doppelcentner erhöht. Die gesamte europäische Zuckerproduktion ist von 3 480 000 Tonnen auf 5 900 000 Tonnen gestiegen. Der Gesamtverbrauch der Welt beträgt 9 400 000 Tonnen. Die Folge solcher Ausdehnung der Produktion ist doch nur, daß die Konsumenten billigeren Zucker bekommen. Wenn wir die Steuer nicht hätten, würde der Zucker das billigste Nahrungsmittel sein. Das Kartell ist nicht geschaffen, um den Zuckerpreis künstlich in die Höhe zu schrauben, sondern um Widerstand gegen die wachsende Konkurrenz des Auslands leisten zu können. Trotz des Kartells sehen die Zuckerfabrikanten mit Sorge in die Zukunft. Wenn sie für den Rohzucker nur 9 M. erhalten, dann können sie keine Seide spinnen. Trotz aller Bemühungen ist es nicht möglich gewesen, die andren Länder zur Aufhebung der Zuckerprämie zu bringen. Würden wir jetzt die Prämie aufheben, so wäre das der reine Selbstmord. Wir würden eine große Industrie mit Hunderttausenden Arbeitern opfern, nur damit England nicht billigeren Zucker bekommt als wir. Seit 6 Jahren dehnt sich die Produktion in Deutschland nicht aus, weil in der Landwirtschaft Arbeiternot herrscht und die Löhne steigen.

Abg. **v. Staudy** (k.):

Es besteht doch ein großer Unterschied zwischen den industriellen Ringen und den beiden landwirtschaftlichen Ringen. (Lachen links.) Der Spiritusring und der Zuckerring beabsichtigen doch Massenproduktion, möglichst großen Kartoffelbau und möglichst großen

Rübenbau. Da kann der Zweck nicht eine Erhöhung der Preise sein. Dem geltenden Zuckersteuergesetz haben wir seiner Zeit lebhaft widersprochen. Es liegt uns gar nichts an den Ausfuhrprämien. Uebrigens war der Zucker früher viel theurer als jetzt.

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Die Frage der Saccharinsteuer ist sehr schwierig; wir sollten nichts überstürzen. Die Konkurrenz des Saccharins gegen den Zucker kommt ja einzig noch in Betracht. In der Frage der Zucker- und Prämiensteuer und des Kartells stimme ich durchaus Herrn Wurm bei. Herr Paasche fragt: Wo sollen wir die 130 Millionen hernehmen? Zunächst sind es nicht 130 Millionen, sondern 111. Wenn aber die Zuckerprämie fortfiele, würde die Reichskasse 34 Millionen sparen und würden die Liebesgaben für die Brenner beseitigt, über 40 Millionen. Dadurch würde der Ausfall der Zuckersteuer außerordentlich gedeckt sein. Wie das Fehlende aufzubringen ist, dafür bin ich gern bereit, Plänen zuzustimmen, denen die Regierung nicht grundsätzlich widerspricht. Herr Paasche meinte, wo bleiben wir mit unsrem Zucker, wenn er nicht mehr ins Ausland geht. 1895 bestand allseitig die Ansicht, daß unsre Zuckerproduktion so überlegen sei, daß sie gar keiner Prämie mehr bedürfe. Deshalb sollten ja auch 1897 die Prämien fortfallen. Wenn die Vereinigten Staaten dazu übergehen, von den Zuckerprämienländern eine Zuschlagssteuer zu erheben, dann zahlen wir die Prämie ja nur nach Amerika. Auch in England ist von der Einführung eines Zuschlagszolls auf Zucker aus Prämienländern die Rede gewesen. Das würde dem ganzen Prämiensystem radikal ein Ende machen. Nach allen Seiten werden wir durch dies Prämiensystem in zunehmende Schwierigkeiten verwickelt. Der innere Konsum würde derartig zunehmen, daß der Ausfall des Absatzes nach dem Auslande vollkommen gedeckt würde. Der Zuckerkonsum ist außerordentlicher Ausdehnung fähig. In den letzten Jahren ist er bei den billigen Zuckerpreisen und der steigenden Lebenshaltung um 1/3 gestiegen. Um nachzuweisen, daß die Zuckerproduktion seit 6 Jahren abgenommen, hat Herr Paasche klugerweise das Jahr 1895 verglichen; aber damals herrschte Ueberproduktion. Wenn der Rübenbau abgenommen hat, so ist es ja kein Wunder, denn das Jahr 1895 hat die Kontingentierung herbeigeführt. Die Herren schieben die Steuerfrage in den Vordergrund, während wir uns mit der Kartellfrage beschäftigen. Wir wollen nicht, daß Private zur Reichssteuer noch eine Kartellsteuer legen. Die Absicht des Kartells ist, den Zuckerpreis um 3 M. pro Centner zu erhöhen, das macht für Deutschland eine jährliche Mehrbelastung von 42 Millionen. (Hört, hört! links.) Von dem Syndikatsgewinn werden nach den Bestimmungen des Kartells 5 Prozent zu einem Kampffonds verwandt. Dieser dient dazu, neuentstehende Fabriken in den Zuckerpreisen systematisch zu unterbieten, daß sie den Betrieb einstellen müssen. (Hört! hört!) Auch ein Pensionsfonds wird geschaffen, der aber nur für Beamte der Fabriken des Zuckerkartells dient. So sollen den andern Fabriken die Beamten genommen werden. Die ärgste Boykottwirtschaft herrscht. Was den Kartoffelbau betrifft, so sind die Zeiten vorüber, wo Ueberproduktion herrschte. (Widerspruch rechts.) Im vorigen Jahre hat Deutschland mehr Kartoffeln eingeführt, als es ausgeführt hat, und die Agrarier schreien ja schon nach einem Schutzzoll. Seit dem Branntweinsteuer-Gesetz hat sich die ganze Sachlage verschoben. Hätten wir nicht die Zucker- und Spiritusgesetzgebung, so würden weit mehr Kartoffeln und Rüben in Deutschland gebaut werden. Sie schränken die Produktion aber künstlich ein zu Gunsten kleiner Cirkel von Großgrundbesitzern im Osten. (Beifall links.)

Abg. **Wurm** (Soc.):

Herr Paasche meinte, der Preis solle durch das Kartell nur „reguliert" werden. So wie er es darstellte, liegen doch die Dinge nicht. Ich will zugeben, daß eine Krisis in der Zuckerindustrie vor einigen Jahren eingetreten ist oder wenigstens dicht vor der Thüre stand. Das war aber nur natürlich, nachdem die Produktion künstlich gesteigert war, da mußte eben schließlich der Markt überladen werden. Herr Paasche meinte, der Preis für Zucker sei jetzt bedeutend geringer als vor 20 Jahren. Vor 20 Jahren hat man doch aber auch aus den Rüben um 70 Prozent weniger Zucker gewonnen. Daß die Technik sich jetzt so vervollkommnet hat, ist ja anzuerkennen, aber Sie können doch jetzt nicht denselben Preis verlangen, wie früher bei der unvollkommenen Technik. Das widerspricht doch aller Logik. Heute baut man überall Zuckerrüben, diese Konkurrenz müssen Sie sich unter der kapitalistischen Wirtschaft schon gefallen lassen. Sie wollen sich aber in diesem Kampf aller gegen alle dadurch schützen, daß Sie die staatliche Gesetzgebung für sich in Bewegung setzen. — In den Zuckerfabriken herrschen die miserabelsten Arbeitsverhältnisse. Dieselben Leute, die auf der einen Seite Germanisierungsbestrebungen verfolgen, holen andrerseits nach Magdeburg in die Zuckergegend billige polnische Arbeitskräfte, die das ganze Lebensniveau der dortigen Bevölkerung herabdrücken. Gar zu sehr sollte sich doch der Wolf nicht in den Schafspelz hüllen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Früher bei den hohen Zuckerpreisen haben Sie dieselben schlechten Löhne gezahlt wie jetzt und bei Einführung des Arbeiterschutzes kamen gerade von den Zuckerfabriken Petitionen, man möge ja die Nachtarbeit der Arbeiterinnen weiter gestatten. Herr Paasche wußte nicht, wo der Ersatz herkommen sollte für die Summen, die jetzt das Reich aus der Besteuerung des Zuckers einnimmt. Hand wird von Hand gewaschen. Sie stimmen für den Militarismus und Marinismus und belasten auf der andern Seite das Volk mit solchen Konsumsteuern, um die Ausgaben für Militär und Marine zu decken. Aber diese Steuer wird dazu beitragen, die Bevölkerung weiter aufzurütteln, darauf können Sie sich verlassen. Die Empörung in den Volksmassen über diese Aussaugerung durch das Zuckerkartell ist eine allgemeine. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Paasche** (natl.):

Herr Wurm ist über die Lohnverhältnisse in den Zuckerfabriken schlecht unterrichtet; wo Zuckerfabriken bestehen, da giebt es stets hohe Löhne. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Viele Landarbeiter gehen alljährlich freilich im Winter in die Fabriken und kehren im Sommer mit gefüllten Taschen wieder zurück. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Arbeiter sind heute die Herren, die den Kontrakt brechen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Sie werden mich nicht bekehren, ebenso wenig wie ich Sie. Jedenfalls haben die Arbeiter das größte Interesse an einer leistungsfähigen Industrie.

Abg. **v. Wangenheim** (k.):

Herr Wurm hat außerordentlich übertrieben und sich selbst widersprochen. Die Herren (nach links) raten der Landwirtschaft, wenn sie klagt, beständig, sie sollte industriell werden; haben wir nun glücklich eine Industrie, so wollen Sie sie wieder totschlagen. Mit einem solchen Standpunkt kann man nicht mehr sachlich streiten. Der Kartoffelanbau hat riesig zugenommen. Das kann Herrn Richter jeder Sachverständige sagen. Der Zweck des Spirituskartells ist nur, die Preise möchlichst zu verbilligen, um den Absatz so zu heben, daß wir die Kartoffelproduktion vermehren und mehr Arbeiter beschäftigen können. (Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion.

Beim Titel Branntweinsteuer fragt

Abg. **Holtz** (Rp.), wie es mit der Abänderung des Branntweinsteuer-Gesetzes stehe, die den Bundesrat beschäftige. Die gegenwärtige Brennsteuer habe außerordentlich segensreich gewirkt.

Schatzsekretär Freiherr **v. Thielmann**:

Der Gesetzentwurf, der dem Bundesrat vorliegt, bringt eine Verlängerung der Dauer der Brennsteuer und eine Herabsetzung der Kontingentierungsziffer des für Trinkzwecke bestimmten Branntweins. Der Entwurf wird dem Reichstag hoffentlich noch vor Ostern zugehen.

Damit schließt die Diskussion.

Beim Titel „Braustener" polemisiert Abg. **Rösicke** (wildlib.) gegen den Abg. Gerstenberger, der das Berliner Bier zu Unrecht gegen das bayrische herabgesetzt habe. Redner erörtert eingehend die Verwendung der Gerstenmenge für die verschiedenen Biersorten.

Abg. **Beckh**-Coburg (frs. Vp.): Die Kulmbacher Brauer haben früher Farbmalz benutzt. Das hat der Kundschaft nicht gefallen und daraufhin haben sie Zuckerkouleur verwendet.

Abg. **Speck** (C.): Wir Bayern legen nicht nur auf den Geschmack, sondern auch auf die Bekömmlichkeit des Biers Wert. So waren die Ausführungen des Kollegen Gerstenberger auch nur gemeint.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich hebt Abg. Rösicke hervor, daß er aus dem Fall Kulmbach nicht den bayrischen Bieren überhaupt einen Vorwurf machen wollte.

Der Rest des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern wird debattelos genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr: Etat des Auswärtigen Amts. Reichs-Invalidenfonds.

Schluß 6¾ Uhr.

Der Stadthaushalts-Etat Berlins.

Der Etat für 1901 ist der Stadtverordneten-Versammlung soeben vom Magistrat zugegangen. In Einnahme und Ausgabe schließt er mit 109 264 978 M. ab, das sind gegen das Vorjahr 2 026 865 M. mehr.

Ueberschüsse ergeben die Kämmereiverwaltung, die städtischen Werke, die Steuern und Verschiedene Einnahmen (Dotationen und Renten) insgesamt 81 439 397 M. Während die Kämmereiverwaltung gegen das Vorjahr 87 172 M. mehr Ueberschüsse liefern soll, bringen die Werke und Verschiedene Einnahmen 1 585 667 Mark weniger. Die Abgabe der Berliner Elektricitätswerke ist auf 2 050 000 angenommen, das sind um 300 000 M. mehr als im Vorjahre, während bei den Straßenbahnen 71 000 M. weniger in Anrechnung kommen. Aus dem Vorjahre kommt außerdem dem diesjährigen Etat ein Ueberschuß von 7 382 504 Mark zu gute, von denen allerdings 1 Million für die „Friedrich-Wilhelm-Stiftung" abgeht. Die Zuschüsse für die einzelnen Werke sind um 1 582 032 M. gegen das Vorjahr gestiegen. Durch Steuern sind 62 105 800 M. aufzubringen, von denen die festen Steuern 3 466 800 M. bringen, so daß auf die übrigen Steuern 59 259 000 M. entfallen. An dieser Summe sind beteiligt die Grundsteuer mit 19 104 000 M., Gewerbesteuer mit 8 970 000 M. und Einkommensteuer mit 31 185 000 M. Von der Warenhaussteuer heißt es in der Vorlage, daß sie der Stadtkasse keine neue Einnahmen zuführt, noch die Steuereinnahme erhöht, da sie zur Erleichterung der Gewerbetreibenden, die zur dritten und vierten Klasse der Gewerbesteuer veranlagt sind, Verwendung finden muß. Ueber die weitere Behandlung der Materie verspricht der Magistrat eine besondere Vorlage.

Im großen und ganzen bewegt sich auch der diesjährige Etat in dem alten ausgefahrenen Geleise. Man kann dem Berliner Finanzminister aber jedenfalls das Zeugnis ausstellen, daß er den mutmaßlichen Verbrauch so einzurichten weiß, daß nicht über 100 Proz. Zuschlag zur staatlich veranlagten Einkommensteuer hinausgegangen wird. Unter dem Eindruck des neuen Schlags, den die Selbstverwaltung Berlins durch Schaffung eines Spreepräfekten erhalten soll, kann man das verstehen, nur sollten unter diesem Bestreben nicht notwendige Reformen aufgeschoben oder gar gänzlich aufgehoben werden. Unter dem Druck, der von den Socialdemokraten an der Haltung der städtischen Verwaltung gegenüber den socialen Anforderungen der Neuzeit geübt wurde, ist ja auch Berlin, dem Beispiel andrer Städte folgend, einige tappende Schritte vorwärts gegangen. Namentlich aber lassen die Löhne noch zu wünschen übrig; so fehlt in vielen Special-Etats die Angabe über die Lohnhöhe der städtischen Arbeiter. Freilich findet man höhere Etatsansätze auch bei den Löhnen; vielfach aber ist die Bemerkung dabei enthalten, daß Neueinstellungen erforderlich seien, so daß man nie weiß, wieviel für Lohnerhöhungen ausgegeben wird. Wenn man diese Etatsmängel denn noch bei Verwaltungen antrifft, die von vornherein nicht gerade im Geruche allzu großer Arbeiterfreundlichkeit stehen, wird man unser Mißtrauen begreiflich finden. Auch für den „Achtstundentag" scheint der Magistrat nicht sonderlich zu schwärmen, wenigstens dann nicht, wenn es sich um untere Beamte oder gar um Arbeiter handelt. So wird zur Rechtfertigung einer geringen Lohnaufbesserung bei den Turnhallendienern gesagt, daß diese tägliche Arbeitszeit von etwa 5 Uhr (im Winter 6 Uhr) morgens mit geringen Unterbrechungen bis abends 11 Uhr dauert; das ist eine tägliche Arbeitszeit für mehr als zwei Arbeiter. Auch der im vorigen Jahre gefaßte Beschluß über die Erstattungen für die Krankenhauspflege trägt in diesem Etat seine goldenen Früchte, denn 30 000 Mark mehr kann die Verwaltung als Einnahme veranschlagen. Die Kritik, welche der Genosse Antrick im Reichstage an die Zustände in unsren Krankenhäusern geknüpft hat, scheint nicht ganz wirkungslos geblieben zu sein, da für das Wartepersonal einige Aufbesserungen vorgenommen sind. In der Begründung für diese Mehrforderung heißt es allerdings: „Das auffallend geringe Angebot für den Krankenhausdienst geeigneter Wartekräfte, sowie die Sicherung eines ständigen Wartepersonals bedingen eine Aufbesserung der Löhne."

Bei der Veränderung der Sommerferien für die Gemeindeschulen im vorigen Jahr wurde von socialdemokratischer Seite in Anregung gebracht, für die Kinder, die gezwungen sind, ihre Ferien in Berlin zuzubringen, unter Aufsicht Spielgelegenheiten, Ausflüge, Spaziergänge 2c. zu schaffen. Damals war es der Oberbürgermeister, der diese Anregung freudig aufnahm. Für diesen Zweck sind denn auch **1500** M. im Etat eingesetzt. Allzu zahlreich werden wohl die Ausflüge bei dieser Summe nicht sein. Der Schulnot scheint für die nächsten Jahre noch nicht abgeholfen zu werden. **Zwei** Doppelschulhäuser werden im Etatsjahre fertig werden. Das entspricht natürlich in keiner Weise dem Bedürfnis der gesteigerten Bevölkerungsziffer, ganz abgesehen davon, daß die Misere der Mietsschulen und stiegenden Klassen dieselbe bleibt; verlangt doch der Etatsanschlag ebenso wie im Vorjahr 300 000 Mark für Mieten.

Der kommenden Wohnungsnot bringt der Magistrat in seiner Art vor, indem er für das Familienobdach eine Belegungsziffer von 600 Köpfen gegen 250 im Vorjahr vorsieht. Wir glauben, daß auch diese Zahl viel zu gering bemessen ist; aber vielleicht fürchtet der Magistrat die Hausbesitzer, die ja bekanntlich die Wohnungsnot überhaupt ableugnen und daher auch keine hohen Belegungsziffern für das Obdach dulden würden.

Von den bürgerlichen Vertretern in der Stadtverordneten-Versammlung werden ja wahrscheinlich wie in jedem Jahre, so auch diesmal, die steigenden Lasten, die die Armenverwaltung verursacht, besonders hervorgehoben werden. Interessant ist daher die in dem Etat angegebene durchschnittliche Steigerung der Unterstützung für den einzelnen Almosenempfänger. Im Jahre 1896 erhielt er 164,76 Mark; 1897: 166,22 Mark; 1898: 170,74 M.; 1899: 174,63 M. Das ist in den drei Jahren eine durchschnittliche Erhöhung von nicht ganz 10 M. per Jahr, oder monatlich noch nicht ganz 85 Pf., trotz der Verteuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse. Und dabei wird schon seit Jahren in der Armenverwaltung reformiert. Wir befürchten, daß unsre Genossen im Roten Hause recht behalten werden mit ihrer Behauptung, daß von dieser ganzen mit so großer Reklame verkündeten Reform, zu der man sich extra einen Stadtrat verschrieben hat, für die Armen nicht viel herauskommen wird.

Auch alte Sünden werfen ihre Schatten noch in den Etat. Zur Verbreiterung der Südseite des Schloßplatzes und der Königstraße von Burg- bis Poststraße fordert der Etat zu den bisherigen Kosten von 5 392 127 M. noch 500 000 M. Das ist aber, wie es scheint, noch nicht alles, denn von den ehemaligen Eigentümern sind im Prozeßwege noch erhebliche Mehrforderungen geltend gemacht worden. Das sind kolossale Summen, die aber um so schwerer ins Gewicht fallen, als dafür in andren Gegenden der Stadt mit den notwendigsten Regulierungarbeiten zurückgehalten wird. Der Hochbau-Etat berechnet die für die nächste Zeit in Aussicht stehenden Ausgaben für notwendige Bauten auf rund 21 000 000 M. Wir möchten bei dieser Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß die Bauverwaltung recht schleunig die Arbeiten in Angriff nehme. Bei dem in letzter Zeit so stark fortgeschrittenen Leiden der Arbeitslosigkeit ist es eine sociale Aufgabe der Stadtgemeinde, ihre Bürger vor den grausamen Folgen der Arbeitslosigkeit, so viel in ihren Kräften steht, zu schützen. Wir verlangen wohlverstanden keine nutzlose Arbeit, sondern nur die Beschleunigung der notwendigen Bauten, die doch schließlich auch im Interesse der Verwaltung liegt.

Versammlungen.

Mit dem Boerenkrieg beschäftigte sich am Sonntag eine Volksversammlung, die im Concordia-Saal in der Andreasstraße tagte. Der Andrang war so stark, daß das überfüllte Lokal polizeilich abgesperrt wurde und viele keinen Einlaß mehr fanden. Die Versammlung, die vom antisemitischen Volksbund veranstaltet worden ist, wurde von Dr. Paul Förster geleitet. Ein sehr großer Teil der Anwesenden gehörte dem Anschein nach zur Arbeiterklasse. Daß nur ein Bruchteil der Versammlungsbesucher zur Parteirichtung des Herrn Förster gehörte, konnte man an dem schwachen Beifall merken, der den alldeutschen Wendungen in der Eröffnungsrede des Vorsitzenden gezollt wurde. Mit stürmischem Applaus begrüßte man die als Redner auftretenden Boeren-Offiziere Lieutenant Sandeberg und Kommandant Jooste. Ersterer schilderte an der Hand zahlreicher Einzelfälle, wie unmenschlich die Engländer gefangene verwundete Boerenkrieger behandelt haben, wie sie, den Regeln des Völkerrechts zuwider, den Waffenstillstand gebrochen, das rote Kreuz nicht respektiert und andre verwerfliche Handlungen begangen haben. Allgemeine Entrüstung bekundeten die Zuhörer, als der Redner erzählte, wie Lord Roberts die Frauen und Kinder der Boeren aus Johannesburg abführen ließ in die unwirtlichsten Gegenden Südafrikas, wo sie nicht nur bei gänzlich ungenügender Nahrung dem langsamen Hungertode, sondern auch dem Fieber überliefert waren. Unsre Kriegsgefangenen auf St. Helena und Ceylon haben es gewiß schlecht — sagte der Redner —, aber ihr Los ist noch günstig gegen das, welches Lord Roberts unsren Frauen und Kindern bereitete, um die Männer, die im Felde stehen, zur Niederlegung der Waffen zu zwingen. Ueber das Verhalten der portugiesischen Behörden sagte der Redner: Im Anfang des Kriegs, so lange wir die Sieger waren, konnten wir aus dem portugiesischen Gebiet Waren, die nicht Kriegskonterbande sind, bekommen, so viel wir wollten. Als aber dann die Engländer vom Glück begünstigt waren und es schien, als ob nun der Krieg zu Ende wäre, da schnitten uns die Portugiesen die Zufuhr aus ihrem Gebiet ab. Als ein Teil von uns durch den Feind über die portugiesische Grenze gedrängt worden war, da sahen wir zahlreiche englische Offiziere, die Transporte von Waffen und Munition, die über portugiesisches Gebiet eingeführt wurden, in Empfang nahmen. — Sowohl die Ausführungen dieses Redners, wie die packenden Darstellungen des Kommandanten Jooste wurden mit stürmischem Beifall und lebhaften Bekundungen der Sympathie mit den kämpfenden Boeren aufgenommen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche fordert, daß die Regierungen, welche an der Friedenskonferenz im Haag teilgenommen haben, jetzt endlich für die Einsetzung eines Schiedsgerichts wirken mit dem Ziel: Erhaltung der Selbständigkeit der südafrikanischen Boerenstaaten. — Die Resolution soll dem Reichstage und Bundesrat eingereicht werden.

Gegen den Brotwucher protestierte am Sonntag auch eine polnische, von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung, die bei Stechert in der Andreasstraße stattfand. Der Referent Dr. Drobner schilderte in seinem Referat zunächst die Geschichte und die schädlichen Folgen der Brotwucher-Politik. Dann kritisierte der Redner das Verhalten des Centrums sowie der polnischen Fraktion im Reichstage und kam zu dem Schlusse, daß es allein die Socialdemokratie sei, der bei den Wahlen auch die Polen vorbehaltlos ihre Stimme geben können. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Dann wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche ganz entschieden gegen eine Erhöhung des Zolls auf Nahrungsmittel protestiert, die Politik der sogen. polnischen Abgeordneten verdammt und den socialdemokratischen Abgeordneten die volle Sympathie ausspricht.

Centralverein der Bildhauer. Dienstag, den 5. d. Mts., abends 8½ Uhr, Versammlung im „Gewerkschaftshaus", Saal I.

Verein selbständiger Fensterputzer. Dienstag 8 Uhr: Versammlung bei Liebherr, Waldstr. 31/32.

Marktpreise von Berlin am 2. März 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,—	8,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
*)Roggen, gut	„	14,50	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
†)Gerste, gut	„	15,40	14,70	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,60	13,90	Eier	60 Stück	5,20	3,—
„ gering	„	13,80	13,10	Karpfen	1 kg	2,20	1,—
†)Hafer, gut	„	15,90	15,40	Aale	„	2,80	1,20
„ mittel	„	15,20	14,80	Zander	„	2,50	1,20
„ gering	„	14,70	14,20	Hechte	„	2,20	1,—
Richtstroh	„	6,66	6,—	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	6,20	5,20	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,20	—,80
Speisebohnen	„	45,—	25,—	Krebse	per Schock	12,—	3,—
Linsen	„	75,—	30,—				

*) ab Bahn.
†) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 4. März. Getreide. Auf dem Getreidemarkt machte sich heute eine große Lustlosigkeit bemerkbar, die auf fehlende Anregung von heute zurückzuführen war. Die fremden Börsen meldeten unveränderte Notierungen. Bei uns fehlte jegliche Frage. Trotzdem stellten die Abgeber ihre Forderungen für Weizen um ½ M., für Roggen um ¼ M. höher als vorgestern, da das Warenangebot sehr klein war. Als jedoch späterhin reichlicheres Inlandsangebot an den Markt kam und russischer Roggen um 1 M. billiger zu haben war, konnte sich die nominelle Erhöhung der Lieferungspreise nicht mehr behaupten. Die Schlußpreise stellten sich für Weizen ¼ M. über, für Roggen ¼ M. unter Sonnabend. — Rüböl wurde per Mai sehr wenig, per Oktober zu leicht ermäßigten Preisen lebhafter umgesetzt.

Spiritus. Spiritus unverändert, 70er loco 44,20 M.

Witterungsübersicht vom 4. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.
Swinemünde	756	WSW	1	Nebel	3	Haparanda	766	OSO	2	Schnee	—5
Hamburg	756	SW	3	bedeckt	3	Petersburg	768	SO	1	wolkig	—8
Berlin	757	W	3	wolkig	4	Cork	755	W	5	bedeckt	9
Frankf./M.	761	SW	4	wolkig	4	Aberdeen	749	SW	2	bld. bed.	3
München	762	W	6	bedeckt	2	Paris	764	SSW	2	heiter	1
Wien	755	NW	4	Regen	4						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. März 1901.

Ein wenig kühler, ziemlich trübe mit Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

L. H. 11. Wir bitten Sie, uns eine möglichst gedrängte Darstellung des Falls, zu der Sie Ihr weiteres Material mit verwenden wollen, zusenden zu wollen. — Eine Notiz über die allgemeinen Verhältnisse Ihres Wahlkreises könnten wir nur dann verwenden, wenn dieselbe einen allgemein interessierenden Charakter hätte.

H. J. Im ganzen giebt es in Berlin zwölf Polizei-Bezirkshauptmannschaften sowie vier Fachhauptmannschaften. Reviere existieren im Ganzen 102. Die Anzahl der auf eine Hauptmannschaft fallenden Reviere ist nicht immer dieselbe.

Holzmann. 1. Ist uns nicht bekannt. 2. Leute mit festem Gehalt haben nur etwaige Auslagen ersetzt zu verlangen.

R. W. 128. Das „Cölibat" besteht in der katholischen Kirche noch heute.

Achtung! **6. Wahlkreis.** **Achtung!**

Dienstag, den 5. März, abends 8 Uhr, in den **Borussia-Sälen, Ackerstraße 6–7:**

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Georg Ledebour** über: „Weib, was habe ich mit dir zu schaffen." 2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ist erwünscht.

1/3 **Die Vertrauensperson.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Mittwoch, den 6. März, abends 8¼ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

Moabit: **im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84.**

Tages-Ordnung:

1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 78/19

Die Vertrauensmänner von Thal, Hergesell und Otto u. Slotawa sind besonders eingeladen.

Wedding und Gesundbrunnen: **bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: **bei Wernau, Schwedterstr. 23.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Jede Werkstatt des Bezirks muß vertreten sein.

Osten und Nordosten: **bei Mann, Straußbergerstr. 3.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt des Bezirks vertreten ist.

Südosten: **bei C. Behrend, Mantcuffelstr. 95.**

Tages-Ordnung:

1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Süden: **bei Krieger, Wasserthorstraße 68.**

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Kollegen aus folgenden Werkstätten eingeladen: 1. Mocker, Stallschreiberstr. 9. 2. Propst und Brecker, Maybach Ufer 5. 3. Weber, Sebastianstr. 64. 4. Reimann, Feilnerstr. 5. 5. Appel, Prinzessinnenstr. 27. 6. Schrader, Alte Jakobstr. 109. 7. Heiden, Alte Jakobstr. 109, sowie die Werkstellen Ulbricht, Neuendorf und Goltsch, Ritterstr. 11.

Westen und Süd-Westen: **in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5–7.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Verschiedenes.

Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist.

Friedrichsfelde: **bei Herrn Franke, Wilhelmstr. 84.**

Tages-Ordnung:

1. Werkstattangelegenheiten. 2. Wie gedenken wir unsre Agitation zu betreiben? 3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, die Vertrauensmänner ihrer Werkstätten auf obiges Inserat aufmerksam zu machen.

Modell- u. Fabriktischler, sowie **Modelldrechsler** **im Lokal von Dieke, Ackerstr. 123.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbandsangelegenheit. 3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Schwartzkopff, Meylis und Behrend, sowie Rappler (Prinzen-Allee) geladen.

☞ Betreffs Zählung aller Kollegen unsrer Branche werden sämtliche Werkstätten Berlins und Umgebung aufgefordert, die Anzahl der Beschäftigten anzugeben, mit Angabe wie viel organisiert sind, an Otto Wilke, Berlin, Bergstr. 70, III, einzusenden bis zu diesem Tage.

Musikinstrumenten-Arbeiter **bei Nowack, Mantcuffelstr. 9.**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Donnerstag, den 7. März, abends 8½ Uhr, bei Stechert, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung

der auf

Schlafzimmer beschäftigten Tischler

(Bettstellen, Englische Schränke, Toiletten-Untersätze und Nachtspinde).

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage unsrer Branche. 2. Diskussion.

Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen von der Branche, in der Versammlung zu erscheinen.

Drechsler.

Mittwoch, den 6. März, abends 8¼ Uhr:

Osten und Nordosten: **Koppenstr. 41 bei Matthes.**

Die Kollegen von Richter, Rüdersdorferstr. 26 und Prinz, Königsbergerstraße 18, sind hierzu ganz besonders eingeladen.

Südosten u. Südwesten: **Admiralstr. 18c bei Möhring.**

Norden: **Brunnenstr. 150 bei Neumann.**

Hierzu sind die Kollegen von Paustian, Liebenwalderstr. 53; Schuster, Reinickendorferstr. 28; Müller, Elsasserstr. 28; Müller, Schönhauser Allee 61a; Osten, Brunnenstr. 122; Birkhan, Gerichtsstr. 72 ganz besonders geladen.

Jede Werkstatt muß vertreten sein, auch die in Tischlereien beschäftigten Drechsler sind verpflichtet, einen Vertreter zu senden.

Arbeitervertreter-Verein.

Donnerstag, den 7. März, abends 8½ Uhr:

☞ Versammlung ☜

im Gewerkschaftshaus (Saal III), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht aus den „Amtlichten Nachrichten". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 53/3

Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.

Die neugewählten Schiedsgerichts-Beisitzer zur Arbeiterversicherung sind hiermit besonders eingeladen. **Der Vorstand.**

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 133/9*

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.

Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.

Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130, (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Charlottenburg!

Uhrmacher **Kunstmann,** Wallstrasse **1.**

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [483L*

Achtung! **Maurer Charlottenburgs.** **Achtung!**

Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, in der „Gambrinus-Brauerei", Wallstr. 94

☞ Außerordentliche Mitglieder-Versammlung ☜

der Zahlstelle Charlottenburg des Centralverbands der Maurer Deutschlands.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Der Militarismus in Europa". 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 136/16

☞ Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert es, daß ein jeder Kollege in der Versammlung erscheint.

Zahlreichen Besuch erwartet Mit kollegialem Gruß

Die örtliche Verwaltung.

Achtung! **Kupferschmiede.** **Achtung!**

Mittwoch, den 6. März cr., abends 9 Uhr:

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung: 1. Stichwahl zur Generalversammlung. 2. Die Antwort unsrer Arbeitgeber, betreffs Erhöhung des Minimallohns auf 50 Pf. die Stunde. 3. Verschiedenes. 100/2 **Der Vorstand.**

Elektromonteure!

Mittwoch, den 6. März, abends 8½ Uhr, bei **Nümann,** Brunnenstrasse 188:

Oeffentl. Versammlung

Tagesordnung: **Die Lohndifferenzen bei der Firma Phoebus.**

58/11 **Die Lohnkommission.**

Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel

Schmerzloses Zahnziehen.

Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.

Teilzahlung per Woche 1 Mk.

Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung. 8629*

Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Versuchen Sie einmal

während 8 Tagen eine Büchse des nahrhaften und wohlschmeckenden

van Houten's Cacao

Regelmäßige Konsumenten dieser altrenommierten Marke sind mit keinem andren Cacao zufrieden.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzl. Zahnziehen **1 M.** Plomben 1,50 M. **Teilzahl. wöchentlich 1 M.** **Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33. Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9–7. Reparat. sofort. [*

Paul Burows Möbelfabrik,

Neue Schönhauser-Straße 2.

In meinem großen Möbelspeicher halte stets eine großartige Auswahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Massen-Einkäufe, Ersparung teurer Ladenmiete 2c. bin ich im stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewähren. Ganze Einrichtungen von 150 bis 10 000 M. Ganz besonders weise ich auf mein großes Lager verliebener gewesener, einfacher, sowie hocherrschaftlicher Möbel hin, welche zu sehr billigen Preisen abgegeben werden: Nußbaum- oder Mahagoni-Kleiderspinde und Vertikows 36 M., Korridorspinde 22, Muschelkleiderschränke 36, Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 22, französische Muschelbettstelle mit Sprungfeder-Matratze und Keilkissen 44 M. Kommoden 18, Spiegel 9, Säulentrumeaux 45, Diwan mit Sitzauszug 36, Garnituren, Paneelsofas mit Satteltaschen und Plüscheinfassung 85, Salonschränke, Ankleideschränke mit Spiegelthüren, Herrenschreibtische, Garderobenschränke, Bücherschränke 2c. Eventuell Einrichtungen gegen Teilzahlungen unter coulanten Bedingungen. Beamten geringe Anzahlung. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden sauber transportiert, auch nach außerhalb. [8742*

1900er Legehühner

versende unter Garantie lebender Ankunft überall **franko,** echte italienische Rasse, 14 Stück mit 1 Hahn, tägliche Eierleger, 24 Mark (Farbe nach Wahl).

M. Müller, italienischer Geflügelhof, **Podwoloczyska.** [29615

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.

7432* Wegen **Umbau** und **Erweiterung** der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner]

Teppiche! Gardinen!

Steppdecken! Portieren!

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

☞ Ausverkauf! ☜

Einzelne fehlerhafte Exemplare

für die Hälfte des Wertes.

Pantinen-Fest

Gesangverein Oranienburger Vorstadt

Der Genosse, der am 23. Februar den Ueberzieher des Herrn Mittag mitgenommen hat, wird hiermit aufgefordert, denselben sobald wie möglich nach dem Lokal zurückzusenden, da der Genosse erkannt ist, und widrigenfalls die Sache dem Staatsanwalt übergeben wird. 65/5

E. Mothes, Gastwirt, Hussitenstr. 40.

8709*

Gardinen

Specialhaus.

Berlin S., Oranienstr. **158. Emil Lefèvre**

Wunderbare Neuheiten. Gardinen, Stores, Bitroges in Secession- u. Jugendstil. **Katalog** ca. 450 Illust. **gratis u. franco.** **Reste von 2–6 Fenster spottbillig.**

Mein patent. **Gardinen-Apparat** ermöglicht in 5 Min. Besichtigung von ca. 300 Original-Mustern.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie sämtl. **Artikel zur Krankenpflege.**

☞ **Eigene Werkstatt.** ☜

Lieferant [5238* für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.

Berlin C.,

30. Linien-Straße 30.

Komme Maßnehmen mit Mustern ins Haus. Bitte Postkarte.

Goldene Medaille — Von **40 Mk.** an liefere ich Anzug nach Maß. Neueste Muster aller Stoff-Gattungen. Aachener reine Wolle, zwei Anproben, feinste Zuthaten, tadelloser Sitz, englische Sergefutter. — **für Leistungen.**

Ludw. Engel, Münzstr. 26. Gegründet 1892. Kurze Lieferzeit. Werkstatt im Hause.

Maschinisten-Anzüge

in allen Grössen.

Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.

Carl Stier,

7852*] **Oranienstr. 166.**

---

30 Mark

elegante

Herren-Anzüge

nach Mass,

30 Mark

hochfeine

Sommer-Paletots

nach Mass.

Für **10** Mark hochelegante Beinkleider nach Mass, [887L*

guter Stoff, tadelloser Sitz!

14 Krausen-Strasse 14,

1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfd. (gröbere zum Reißen). **Schlachtfedern,** wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, füllfertiger Gänserupf M. 2.00, bessere daunige Waare M. 2.50, **3.00,** beste schneeweiße M. 3.50, **russische Daunen** M. 3.50, weiße **böhm. Daunen** M. 5.00, gerissene **Federn** M. 1.50, 2.00, **3.50. Prima gerissene** M. 3.00, **2.50.** Versand gegen Nachnahme. **Gustav Lustig,** Berlin S., Oranienstraße 44a. Erste Bettfedernfabrik m. elektr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Anker-Briketts

anerkannt vorzügliche Qualität, sind zu haben bei **Friedr. Daniel & Co.,** **Berlin W., Leipzigerstr. 29.**

Todes-Anzeige.

Nach langen, schweren Leiden verstarb am 1. März mein inniggeliebter Mann und guter Vater

Robert Zeise.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Rummelsburg aus statt.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Socialdemokr. Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der frühere Gastwirt

Robert Zeise,

am Freitag, den 1. März, im 33. Lebensjahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Rummelsburg aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

8/2 **Der Vorstand.**

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl., Zahlstelle Berlin I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

August Brunnert

am Sonnabend, den 2. März, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Cuvrystr. 24 aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

32/9 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten und auch den Sängern spreche ich meinen herzlichsten Dank aus für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meines Mannes.

2959b **Ww. M. Müller.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie reichen Kranzspenden bei der Beerdigung des früheren Formermeisters 2953b

Emil Wesenack

sagt allen Freunden und Bekannten aufrichtigen Dank

L. Grube, Skalitzerstr. 146.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten sagen wir für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines teuren Gatten, fürsorglichen Vaters und guten Schwagers, des Tischlers

August Vogel

unsern tiefgefühlten Dank. 2954b

Die trauernden Hinterbliebenen.

J. A.: **Karl Grunau.**

Achtung, Schankwirte!

Ersuche meine werten Kollegen, welche von den angestellten Bodenlegern der Firma H. Claasen Aktiengesellschaft vormals Gebr. Mauksch, Görlitz, etwas zu fordern resp. H. Claasen gut gesagt hat, sich in ihrem eignen Interesse umgehend bei mir zu melden. **A. Schulz,** Schankwirt, Lindenstr. 74, Eingang Junkerstraße.

Stempel-Fabrik von [4829*

Robert Hecht,

Berlin S., Oranienstr. 142,

liefert schnell und billig alle Arten

Stempel

in bester Ausführung.

Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an

---

Ziehung 28. März und folg. Tage zu **Köln a. Rh.** 20000 Loose.

Dritte grosse

Geld-Lotterie

zur Erhaltung des Siebengebirges

Loose: 1 Ganzes **4 M.** 1 Halbes **2 M.** Porto u. Liste 30 Pf.

15000 Geldgewinne

zahlbar ohne Abzug.

Hauptgewinne: Mark

125000 M
75000 M
50000 M
25000 M

1 à 10 000 = 10 000 M
5 à 5 000 = 25 000 M
5 à 2 000 = 10 000 M
15 à 1 000 = 15 000 M
20 à 500 = 10 000 M
50 à 200 = 10 000 M
100 à 100 = 10 000 M
300 à 50 = 15 000 M
1500 à 20 = 30 000 M
13000 à 10 = 130 000 M

Ferner empf.: **Königsberger Loose à 3 M.**

190000 M Geldgewinne.

Marienburger à 1 Mk.

Pferde-Loose 11 Loose 10 M. **7 Equi- pagen 87 Pferde** u. noch 2447 Gewinne.

Loose-Versand geg. Postanweisung od. Nachnahme durch General-Debit

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5.

Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote

empf. **Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 34.** Niederlag. d. Plakate ersichtlich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag den 5. März.

Opernhaus. Die Fledermaus. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Rosmersholm. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Sieger. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Johannisfeuer. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Leontinens Ehemänner. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Martha. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
Central. San Toy. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Hamlet. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Das Modell. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Käthe Wandel. Boudoir-Roche. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. „D"-Vorstellung. Rosendienstag. Anfang nachm. 3 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein, von der Quelle bis zur Mündung". Im Hörsaal: Dr. Schwahn: „Geologische Wirkungen des Wassers und Windes". Anfang 8 Uhr.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag: **Hoffmanns Nordd. Sänger.**
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzchen.**
Wochentags **Tanz frei.** Vereinsbillets gültig.
Donnerstag: **Wachsfiguren.**
Sonntag: **Wachsfiguren.**
Montag: **Lustige Vagabunden.**

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater Dienstagabend 8 Uhr:
„Unser Rhein, von der Quelle bis zur Mündung."
Im Hörsaal:
Dr. Schwahn: „Geologische Wirkungen des Wassers und Winds."
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

CASTANS PANOPTICUM
Ein **Riesen-**
Neu! Neu! Neu! **GORILLA**
aus Yaunde, Hinterland von Kamerun — erlegt von einem Deutschen,
die grösste zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts.
Konzertkapelle la Zarina.
Der Germanensaal.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Damen-Ring-Kampf.
Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr.
Rosendienstag.
La bella Vera.
17 erstklass. Nummern.

Apollo-Theater.
Grosser Erfolg:
Salerno
Bernh. Mörbitz
Die Wolkovskys
Miss Deyo
sowie die März-Specialitäten.
Um 9 Uhr:
Des Löwen Erwachen.
Kassenöffnung 7. Anf. 8 Uhr.
Mittwochnachmittag 4 Uhr:
Letzte Zauber-Vorstellung:
Ben-Ali-Bey.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von A. Zinx.
Mittwochabend 8 Uhr:
Freiwild.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Central-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.
Gastspiel: Miß Mary Halton.
San Toy.
Chinesische Operette in 2 Akten von Edw. Morton, Greenbank und Roß. Musik von Sidney Jones.
Morgen u. folgende Tage: **San Toy.**

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Das Modell.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag: Opern-Gastspiel: **Der Troubadour.** Oper in 4 Akten v. Verdi.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung.

Passage-Panopticum
J. Dumont der Franzose mit d. größten Bart der Welt.
Der Bart hat die unglaubl. Länge v. 3 Meter 65 Ctm.
Dilkins der größte Soldat d. Welt.
General Boum der kleinste Soldat der Welt.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Nur noch 4 Vorstellungen.
Amor von Heute.
Donnerstag: Zum 100. Male: **Amor von Heute.**
Sonnabend, den 9. März: Zum erstenmal:
Der Kadetten-Vater.
Posse mit Ges. u. Tanz in 5 Bildern.
5. Bild: **Auf dem Ueberbrettl.**

Palast-Theater
früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Durchweg neues Programm!
Alles Schlager 1. Ranges!
8½ Uhr. Neu! 8½ Uhr.
Die beiden Wenzel.
Schwank in 1 Akt von E. Felsch.
Raabe, früher Schauspieler: Dir. Rich. Winkler.
Mc. Kean. Sensations-Schaunummer! Neu für Europa.
Familie Talaschns. 5 Personen auf dem Turmseil.
Gebr. **Damm,** Excentrik-Akrobaten 1. Rangs.
Anfang: Sonn- u. wochent. 7½ Uhr. Entree 50 Pf.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Die Ehre eines armen Mädchens.
Drama in 5 Akten von Ernst Clefeld.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Mittwoch:
Ehrliche Arbeit.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Heute, Dienstag, 5. März:
Man lebt ja nur einmal.
Große Gesangsposse in 5 Bildern.
Vorher:
Das neue März-Specialitäten-Programm.
Anfang ½8 Uhr, der Posse ½9 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Cirkus Busch
Dienstag, den 5. März. 7½ Uhr: **Elite-Gala-Abend.**
Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton S. Smith.
Besonders hervorzuheben: **Die gefährliche Fahrt unter der Eisenbahnbrücke.**
Zum Schluß: Zum 98. Male:
Die eiserne Maske.
Le masque de fer.
Gr. historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Unter anderm: **Die Jagd bis in die Cirkuskuppel hinauf.**
Sonntag, 10. März, nachmittags 4 Uhr: **„Berliner Landpartien".** wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7½ Uhr: **Die eiserne Maske.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. H. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Riesen-Walfisch.
21 Meter lang. **150 000 Pfd. schwer.**
Vollständig geruchlos!
Zu besichtigen **Reinickendorfer- und Ravenéstraße-Ecke bei Stadtring-Bahnhof Wedding.** 9026*
Eintrittspreis 20 Pf. Eintrittspreis 20 Pf.
Im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr.

Vereine, Fabriken!
Zu **Sommerfestlichkeiten** empfehle mein ca. 20 Morgen großes, an der Oberspree herrlich gelegenes Etablissement [7219*
Schloßpark Wilhelminenhof.
2 große Tanzsäle. Coulante Bedingungen. Fr. Dolinski.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Neues Programm!
Siehe sämtliche Säulen.

Kreide-Portrait.
In den stillen Monaten Februar bis April liefere ich für **3,50 M.,** 35×45 cm, ohne Rahmenzwang. Aehnlichkeit garantiert. Vorlage Photographie. 2574b*
C. Jensch, Atelier.
Köpnickerstr. 112.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Specialitäten-Vorstellung.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag

Jeden Dienstag
Original **Norddeutsche Sänger.**
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [*
Nachher: Tanz. **W. Trapp.**

Radeberger Bock
Bierhaus zum Erlanger,
Oranienstr. 113/114.
Bockbier u. Backmühen gratis. [8379*

Neu eröffnet!
Zum Sportshaus Ziegenhals b. Zeuthen
Vorortstation der Görlitzer u. Stadtbahn. Idyllisch am Crossinsee beim Zeuthener See gelegen, empfiehlt sich den Vereinen. [808L*
W. Hetzsch.

Kaffee
roh u. geröstet in hundertfach. Auswahl
pr. Pfd. 65, 70, 75, 80, 85, 90, 100 Pf. u. s. w.
Preisliste gratis u. franco.
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Berlin C., Rosenthalerstr. 59

Masken
Kostüme-Verleihbazar
größte Auswahl, billigste Preise
Fr. C. Frommholz
Elsasserstr. 78, Ecke Ackerstr.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister, **Sarg-Magazin**
Berlin NW., Bremerstrasse 67. **2. Geschäft: Turmstrasse 81.** 8469* **und Beerdigungs-Comptoir.**

Einsegnungs-Anzüge von 12–27 Mk. **M. Schulmeister,** Schneidermeister, **Dresdenerstr. 4** am Kottbuser Thor. [*

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration (8,50 Miete) billig zu verkaufen Bredowstraße 40. [†83*

Cigarrengeschäft. Einrichtung, fast neu, zu verkaufen, Mantelfeilstraße 73. †19*

Milchhändler, Achtung! Zur Einrichtung von Milchgeschäften empfehle alle nötigen Gegenstände zu billigsten Preisen. Hermann Jordan, Kleine Markusstraße 28. [495K*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25–40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Damenhemden mit hübscher Handstickerei, wenig angeschmutzt, 1,30. Donig, Wäschefabrik, Alexanderstraße 30, I. Vorderhaus. 534K*

Betten, Steppdecken, spottbillig, Leihhaus Neanderstraße 6. 55/10*

Remontoiruhren, Regulatoren, Operngläser, spottbillig, Leihhaus Neanderstraße 6. 55/10*

Teppiche, Gardinen, spottbillig, Leihhaus Neanderstraße 6. 55/10*

Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Günther, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 506K*

Betten, guter Stand, sofort 23 Mark verkauft Adalbertstraße 78 I rechts. 2907b

2 Bettstellen mit Federboden, Wertkow, Garnitur, Auszieh-tisch, Garderobenschrank, preiswert zu verkaufen, Max Lindemann, Kastanien-Allee 96. [2925b

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, billig verkäuflich. Zossenerstraße 38 I. rechts. 533K*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig, Gartenstraße 148, I. links. [†141*

Fahrräder, verfallene, kolossale Auswahl und billige Preise. Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11.

Ringschiff. Bobbin, Adler, Schnellnäher ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35. Kein Laden. Verkaufsstelle für Norden Brennemann, Müllerstraße 169. [*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 52/12*

Laubenbau! Gebrauchte und neue Latten, Leisten, Kantholz, Bretter, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Kottbuser Damm 22. [2606b*

Fahrräder, Teilzahlung, coulante Bedingungen. Fabrik, Oranienstraße 176. 516K*

Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringschiffchen, die berühmten Türkopp, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Diete's Nähmaschinengeschäft, Brunnenstraße 119. 4559*

Nähmaschinen: Afrana, Adler, Ringschiffchen, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118, Laden. 5288*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Nähmaschinen, Adler, Afrana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung Krieg, Skalitzerstraße 136. 2233b

Gaskocher! Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,— Dreilochkocher 10,— Bügelapparate billig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 2601b*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtzunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/10 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Parterrekeller Ringler Bernauerstraße 119. 91/11*

Kinderfitzwagen, fast neu, zu verkaufen Reichenbergerstraße 151 IV, Wolff. 2956b

Radfahrer-Anzug, fast neu, zu verkaufen Sonnenstraße 7 vorn I, Pötsche. †19.

Hobelbank, 15 Mark, verkauft Große Frankfurterstraße 144, Hof 2 Treppen. †41

Ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Lager sämtlicher Systeme. Postkarte. Nähmaschinengeschäft Wiesenstraße 29. Zweite Verkaufsstelle Ostsee, Modrow, Krautstraße 36. 2958b

Vermischte Anzeigen.

Français Leçons 0.75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.

Elektrotechnik. Abendkursus bestimmt Jackson, Alte Jakobstraße 24. [*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Photographie. 6 Bildbilder, 1 Kabinett 2 Mark 50, auch Kindergruppen. E. Hering, Schönhauser Allee 146. †58*

Augustabad, Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 4718*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15, mit Stoff 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. Bitte Namen beachten! [2845b*

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48.

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rottnicks Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18.

Kurbelmaschinen, sämtliche Reparaturen, Fabrikation von Soutachschuhen, Nadeln 2c. Bachr, Koppenstraße 60. †112*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Gillowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Saal und Vereinzimmer empfiehlt Jaunasch, Insterstraße 10. [2068*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Langhans, Lichtenbergerstraße 21. *

Vereinszimmer frei. Kramm, Schreiberstraße 10. †64*

Vereinszimmer. Bollmer, Manteuffelstraße 25. [2701b

Vereinszimmer Bertels, Rupperstraße 49. [†57*

2 Vereinszimmer. Usedomstraße 28a, Sprenger. 2813b

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 444K*

Großes Vereinszimmer, für Gesangvereine vorzüglich geeignet, zu vergeben Alexandrinenstraße 32.

Klavier-Unterricht für Erwachsene Langenbeckstraße 3. 531K*

Ehrenerklärung. Die Beleidigungen gegen die **Frau** Restaurateur Seidel und deren Tochter, Frau Kaiser nehme ich hiermit zurück und erkläre sie für ehrenhaft. Karl Stroblin, Soldinerstraße 88. †93

Vermietungen.

Wohnungen.

Vorort, Königs-Wusterhausen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Klosett sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amtsgarten 2. [14048

Zimmer.

Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Quergebäude III, bei Witwe Rosenthal.

Schlafstellen.

Schlafstelle Dresdenerstraße 38, Bierente. 55/11

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Dirigent, gute Referenzen, wünscht noch einige Gesangvereine. Gefällige Offerten erbittet Günther Schulz, Petersburgerstraße 48. 2878b*

Stellenangebote.

Farbigmacher, Barockvergolder und Bergolderin verlangt Ayers, Skalitzerstraße 28. 2952b*

Farbigmacher, Farbigmacherinnen, Versilberinnen verlangt Goldleistenfabrik Oranienstraße 183. [2955b

Ehrlicher Hausdiener mit guten Zeugnissen, welcher bereits länger in Bijouterie- und Goldwaren en gros ist, wird für 1. April gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter R. 3 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Tüchtige Farbigmacher verlangt Waldemarstraße 15. †19

Geübte Strichzieherin, welche Photographiegläser emailliert. Lazarus, Alexandrinenstraße 22, Portal V. II.

Lehrfräulein verlangt Modebazar Hermann Davidsohn, Kommandantenstraße 66. [2951b

Blusenarbeiterin auf einfache Sachen verlangt Cohn, Frankfurterstraße 91. 55/9

Mamsells auf bessere Jackets im Hause, verlangt Reimann, Krautstraße 9. [2895b*

Redacteur

für den politischen Teil gesucht in einer Stadt Norddeutschlands.

Offerten nebst Lebenslauf unter **K. 3** an die Expedition dieses Blatts.

Tüchtiger Rahmenmacher
per sofort verlangt [2950b
Max Biber, Neanderstr. 4.

Achtung, Holzarbeiter!
In der Möbeltischlerei von **Groneberg,** Weißensee, König-Chaussee 75, haben die Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten. 78/15
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Tapezierer!
Der Streik bei der Firma **Töpke** dauert unverändert fort.
Zuzug ist fernzuhalten. [177/7*
Die Verbandsleitung.

Achtung, Rabitzputzer!
Bei der Firma **Carl Schulze, Charlottenburg,** haben die Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Bauten befinden sich Leipzigerstraße 73/74, Mauerstr. 37/41, Bau „Nordstern", Köpnickerstr. 33, und Reinickendorf, Oranienburger Chaussee.
Da wir an der Baukontrolle gefindert werden, bitten wir die auf den Bauten beschäftigten Arbeiter andrer Berufe, uns Mitteilungen über Veränderungen auf obigen Bauten nach unserm Bureau, Kommandantenstraße 65, Zentralhof Aufg. IVa, Nr. 6591, zugehen zu lassen. *]
Der Vorstand.

Erster Redacteur
für ein täglich erscheinendes Parteiblatt auf sofort gesucht.
Offerten unter Gehaltsangabe unter Q. 3 an die Expedition des „Vorwärts" erbeten.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Ströbel** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 4. März 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung.
Am Ministertisch: Dr. Studt, Kommissare.
Die allgemeine Debatte beim **Kultusetat** wird fortgesetzt.

Abg. **v. Eynern** (natl.):

Ich habe die Absicht, mich mit denjenigen Ausführungen aus der Rede des Herrn Kultusministers vom vorigen Sonnabend zu beschäftigen, in denen meine Freunde eine **programmatische Erklärung** des Kultusministers über die **zukünftige kirchenpolitische Gesetzgebung** erblicken. Ich habe mich bemüht, das Stenogramm der Rede zu erhalten, der Vorsteher des stenographischen Bureaus sagte mir aber, die Rede werde erst noch einmal durchgesehen und **müsse noch dem Staatsministerium vorgelegt werden.** Es sei ihm deshalb erst möglich, mir die Rede um 12 Uhr zur Einsicht zu geben. Ich muß deshalb jetzt aufs Wort verzichten und warten, bis mir die Rede im stenographischen Wortlaut vorliegt. (Bewegung.)

Abg. **v. Czarlinski** (Pole)

erörtert aufs neue die Beschwerden der Polen.

Abg. Dr. **Bachem** (C.):

Herr v. Eynern wollte nur gegen die Ausführungen des Kultusministers sprechen, er scheint sonst gegen uns nichts zu sagen zu haben. Mehrere andre Redner der nationalliberalen Partei, die vor mir auf der Rednerliste standen, haben sich streichen lassen. Die Herren scheinen also auch nichts gegen uns zu sagen zu haben. Das läßt mich folgern, daß die Stimmung der Nationalliberalen gegen uns eine bedeutend mildere ist. Darüber würde ich mich nur freuen.

Es würde mir lieb gewesen sein, zu hören, was Herr Dr. Sattler über uns zu sagen hat. Er scheint aber gar nichts sagen zu wollen. (Abg. Dr. **Sattler** ruft: Abwarten!) Sie rufen: Abwarten! Dann bedauere ich, daß Sie nicht rechtzeitig gesprochen haben, denn ich hätte Ihnen gern geantwortet. (Heiterkeit.) Um auf die Rede des Kultusministers zu antworten, brauche ich das Stenogramm nicht. Der Kultusminister versprach bei Chikanen Remedur. Ich kann nur wünschen, daß die Gerechtigkeit gegen uns schneller als bisher in die Erscheinung tritt. Wir wollen jetzt den Frieden allmählich ganz besiegeln und deshalb stellen wir die Forderung, auch die letzten Reste des Kulturkampfs zu beseitigen. Der Erlaß des Kultusministers über den polnischen **Religionsunterricht in Posen** hat deshalb soviel Mißstimmung erregt, weil er über den Kopf des Posener Erzbischofs hinweg erlassen worden ist. Wir können den Erlaß nicht billigen. Wir wollen, daß unsere Krankenschwestern dieselben Rechte wie die Diakonissinnen erhalten. Der Minister sagte in Bezug auf den Fall in Hechingen, wo die Niederlassung zweier katholischen Schwestern zur Errichtung einer Suppenanstalt für Arbeiter nicht genehmigt wurde, es seien dort 400 protestantische und 200 katholische Arbeiter beschäftigt. In dem Entscheide des Ministers lese ich, daß es Grundsatz des Ministeriums ist, da wo es sich nicht ausschließlich um katholische Arbeiter handelt, eine solche Niederlassung nicht zu genehmigen. Gegen einen solchen Grundsatz müssen wir entschieden protestieren. Man hat darauf hingewiesen, daß die Lage der Katholiken in Preußen besser sei, als in rein katholischen Ländern, wie Frankreich und Italien. Was will das aber sagen? Das hängt mit der Gesamtlage dieser Länder zusammen und ich behaupte, diese Gesamtlage wäre besser, hätte dort die katholische Kirche mehr Freiheiten. Zur Not können wir ja auch jetzt in Preußen existiren, aber eine freudige Existenz ist es nicht. Ueberall noch wird uns Mißtrauen entgegengebracht. Wir haben aber an allen patriotischen Werken mit Hingebung mitgearbeitet und verlangen als Anerkennung dafür Gleichberechtigung. Die Zeiten werden immer schlimmer. **Gegen die subversiven Tendenzen müsse das ganze Christentum zusammenstehen.** Aller kleinlicher Zwist zwischen den Konfessionen muß aufhören. Lassen Sie endlich Gerechtigkeit gegen uns walten. Verteilen Sie Sonne und Wind gleichmäßig. (Bravo! im Centrum.) Die letzte Rede des Grafen Limburg zeigt uns, daß auf der Rechten allmählich doch mehr Verständnis für das Wesen der katholischen Kirche herrscht. Es hat sich ja Vieles gebessert, die konservative Partei ist uns letzter Zeit häufig entgegen gekommen. Wir freuen uns, daß die Tendenzen des Evangelischen Bunds in der konservativen Fraktion keinen Boden finden. Gegen unsre polnischen Landsleute wird sehr engherzig und kleinlich verfahren. Die Polen werden auch oft ganz falsch beurteilt. Die freie Bewegung der Polen soll nicht gehindert werden. Die Polen bringen frisches Blut nach Westfalen und diese Blutvermischung ist gut. Viel Schuld an den Mißständen in Polen hat der Hakatismus. Dieser Verein ist extrem nationalistisch. Es giebt allerdings extrem-nationalistische Richtungen auch unter den Polen. Die nationalistisch-polnischen Auswüchse mehren sich in erschreckendem Maße. Ich kann den polnischen Herren im Hause nur raten, den polnischen Radikalismus nicht aufkommen zu lassen. (Abg. **Stychel** ruft: Das ist die Reaktion gegen den Hakatismus). Das gebe ich zu, aber trotzdem rate ich den Herren, Extreme in der Politik nicht zu verfolgen. Noch etwas andres habe ich zu beklagen. Es macht sich eine polnische Bewegung geltend, die sich auch gegen das Centrum richtet. Im Ermland, in Oberschlesien wurden bisher nur Centrumskandidaten aufgestellt und die Landesteile sind gut dabei gefahren. Jetzt macht sich eine Bewegung geltend, nationalpolnische Kandidaten gegen die Centrumskandidaten aufzustellen. Dieses Beginnen ist völlig verfehlt und kann nur die Polen selbst schädigen. Es sind Ihre Volksgenossen und Ihre Wähler dabei beteiligt. (Ruf bei den Polen: Die Maßnahmen der Regierung gegen uns sind daran schuld!) Mit diesem Schlagwort läßt sich das nicht verteidigen. Auf beiden Seiten muß Mäßigung erfolgen, auf seiten der Polen, wie der Hakatisten. So wie es jetzt in Polen geht, kann es nicht weiter gehen. Wir müssen den Verstand und den Kopf, nicht das Gefühl hier sprechen lassen. (Lebhaftes Bravo im Centrum.)

Kultusminister Dr. **Studt**:

Ich erkenne an, daß die versöhnlich gehaltenen Ausführungen des Herrn Vorredners für die Regierung den Ausgangspunkt einer Verständigung bilden können. Ich muß aber doch seine Auffassungen über die zwischen Preußen und dem Oberhaupt der katholischen Kirche erfolgte Verständigung als irrtümliche und schiefe kennzeichnen. Es handelt sich ja dabei um ein sehr schwieriges Thema. Ich kann darauf verzichten, jetzt näher darauf einzugehen, da wir uns wohl in dieser Frage niemals verständigen werden, und die katholische Kirche muß ihrem ganzen Wesen nach verschiedene Forderungen aufrecht erhalten, die seinerseits der Staat nie bewilligen kann. Ich glaube also, ich hatte mit meinen Ausführungen am Sonnabend durchaus recht und muß alles, was ich gegen Herrn Dauzenberg gesagt habe, aufrecht erhalten. Auch in Bezug auf den Fall in Hechingen muß ich dabei verharren, daß mein Standpunkt durchaus geboten war und der Gerechtigkeit nur entsprach. Was die Ausführungen des Abg. Bachem zur Polenfrage anlangt, so möchte ich ihm bemerken, daß ich mit dem Hakatevereine keine Verbindung habe. Andrerseits muß ich aber sagen, daß die Presse des Centrums wesentlich dazu beiträgt, daß sich die Polen der Germanisierung widersetzen. In der katholischen Presse wird von Versuchen, die Polen gewaltsam zu entnationalisieren, gesprochen. Ich bitte, mir einen Polen zu zeigen, der von der preußischen Regierung gewaltsam entnationalisiert worden ist. Dagegen werden gradezu unsre deutschen katholischen Landesbrüder in den polnischen Landesteilen gewaltsam entnationalisiert. Die Ausführungen des Herrn Dr. Bachem über die Blutvermischungen entsprechen nicht der Praxis. Das größte Verbrechen nämlich, das ein Pole begehen kann, ist, wenn er die Verbindung mit einem deutschen Mädchen eingeht. In Dortmund hat ein polnischer Geistlicher gesagt, ein schweres Verbrechen sei es, seinen Glauben zu verlassen, aber eine noch größere Sünde sei, als seiner Nationalität untreu werden. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Dr. **Sattler** (nat.):

Wir können bei unsren Eintragungen in die Rednerliste nicht darauf Rücksicht nehmen, ob es Herrn Dr. Bachem angenehmer ist, vor uns oder nach uns zu sprechen. Ich will es unterlassen, sein eifriges Liebeswerben um die konservative Partei hier näher zu beleuchten. Ich weiß nicht, ob es der konservativen Partei sehr angenehm in die Ohren geklungen hat und ob die Konservativen dem Evangelischen Bund nun Valet sagen werden. Wenn man auf der einen Seite einen so feurigen Liebhaber hat, kann man ja gegen andre Leute gleichgültig sein! (Große Heiterkeit.) Ich glaube, der Evangelische Bund würde nicht entstanden sein und könnte sofort wieder aufhören, wenn das Centrum sich entschließen würde, sich aufzulösen. (Stürmische Heiterkeit im Centrum.) Für die Polenfrage scheint mir Herr Bachem allmählich einiges Verständnis erlangt zu haben. Vielleicht können wir ihn noch einmal als Mitglied des Hakatevereins begrüßen. (Große Heiterkeit!) Herr Dauzenberg hat am Sonnabend eine Angriffsrede auf den Minister gehalten. Der Minister hat darauf aber nur mit einer Entschuldigungsrede erwidert und angedeutet, er sei bereit, den Forderungen des Herrn Dauzenberg noch mehr entgegen zu kommen. In den Kreisen meiner Freunde herrscht die Meinung, daß der **Minister eine umfassende Revision der Gesetzgebung beabsichtige, um die Wünsche des Centrums zu befriedigen.** Ist diese Auffassung richtig, so würde das eine Aktion der Regierung von der höchsten Bedeutung sein, die wieder **heftige Kämpfe** heraufbeschwören würde. Ich frage den Minister, ob diese Ansicht richtig ist! **Ist Centrum wirklich schon in einem so hohen Maße Trumpf?** Herr Dauzenberg hat für die Freiheit der echten Wissenschaft geschwärmt, aber erkennt nur die vom Papst sanktionierte Wissenschaft als echt an. Die Macht der katholischen Kirche ist so groß, daß niemand etwas glauben soll, was sie nicht billigt. (Lachen im C.) Die katholische Kirche sammelt Gelder und repräsentiert deshalb eine Macht. Deshalb ist es Pflicht des Staats, vorsichtig zu sein und dafür zu sorgen, daß diese Macht ihm nicht über den Kopf wächst. Ich hatte erwartet, daß der Minister die Staatsoberhoheit der katholischen Kirche gegenüber betonen würde. Da er das nicht gethan hat, müssen wir sie hervorheben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Kultusminister Dr. **Studt**:

Der Abg. Dr. Sattler muß mich durchaus mißverstanden haben. Daß ich die Staatsoberhoheit zu wahren gewillt bin, ergiebt sich aus allen meinen Ausführungen.

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole)

(auf der Tribüne fast unverständlich) erklärt die Beschwerden der Polen für berechtigt.

Kultusminister Dr. **Studt**:

Die polnische Agitation ist keine Reaktion gegen den Hakatismus. Die Abwehrmaßregeln gegen den Polonismus stammen erst aus neuerer Zeit, die Angriffe der Polen gegen die preußischen Regierungsmaßnahmen sind alt. Gelegentlich der Jubelfeier wegen des zweihundertjährigen Bestehens der Krone Preußens sind in polnischen Blättern sehr rohe und fanatische Ausbrüche des Hasses in die Erscheinung getreten. Die polnischen Reden, in denen Vorwürfe wie Verfassungsbruch gegen uns erhoben werden, werden in polnischen Zeitungen wortgetreu wiedergegeben, die Erwiderungen vom Regierungstisch unterschlagen. Das schürt natürlich den Haß sehr bedeutend im Volk. Auf einem Kongreß in Lemberg wurde unwidersprochen der Satz aufgestellt: Wer auf polnischem Boden sein Brot verdient, muß Pole sein. Wer deutsch wird, verliert seine Ehre, seinen Glauben und verfällt dem Strafgericht Gottes. Ein polnischer Geistlicher hat gesagt, die Verbindung eines Polen mit einer Deutschen sei eine Mischehe, die die katholische Kirche grundsätzlich verbiete. Solchen Ausschreitungen gegenüber müssen wir die deutschen Interessen waren. Polen ist deutsch geworden und soll es immer bleiben. (Beifall.)

Abg. **Kopsch** (frs. Vp.)

bespricht die **Gleichlegung der Ferien der höheren Schulen und Volksschulen** und die gesetzliche Regelung der Schulpflicht. Jetzt haben die höheren Schulen längere Ferien als die Volksschulen, das Aussehen der Kinder in den Volksschulen läßt aber den Wunsch nach längerer Ruhe als durchaus berechtigt erscheinen. Die Verschiedenartigkeit der Ferienlegung läßt die Volksschule als minderwertig erscheinen, während doch das Bestreben dahin gehen muß, die Volksschule wirklich zu einer allgemeinen Schule des Volks zu machen. Die gesetzliche Regelung der Schulpflicht ist notwendig, weil gerichtliche Entscheidungen vorliegen, daß die Schulpflicht mit dem 14. Lebensjahre erlischt, was zur Folge hat, daß in den oberen Klassen die Kinder wie eine Herde Schafe auseinanderstieben. Es muß dahin gewirkt werden, daß die Schulpflicht erst mit dem Ende des Halbjahrs erlischt, in welchem das Kind das 14. Lebensjahr erreicht.

Ministerialdirektor Dr. **Kügler**:

Die Entscheidungen der Gerichte haben für die Schulen Unzuträglichkeiten zur Folge gehabt. Die Schulordnung enthält aber die Bestimmung, daß Kinder über das 14. Jahr hinaus in der Schule zurückgehalten werden können, wenn sie das Schulziel noch nicht erreicht haben. Die Regierung hält diese Bestimmungen noch für zu Recht bestehend, sie wird noch einmal darüber eine Entscheidung der Gerichte herbeiführen. Ueber die Legung der Ferien kann ich nur sagen, daß die Regierung den Ortsbehörden es nahe gelegt hat, die Wünsche der Bevölkerung auf Gleichlegung der Ferien zu erfüllen.

Abg. **Malkewitz** (k.):

Gegen einen Gesetzentwurf über die Regelung der Schulpflicht im Sinne des Herrn Abg. Kopsch habe die konservative Fraktion nichts einzuwenden.

Abg. **v. Eynern** (natl.):

Ich freue mich, daß der Herr Minister seine Aeußerungen vom Sonnabend heute etwas eingeschränkt hat und die Staatsoberhoheit doch nicht ganz aus der Hand geben will. Als meine Freunde die Rede des Ministers am Sonnabend besprachen, herrschte das Gefühl vor: Nun können wir ja alle wieder katholisch werden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (frk.):

Wir wollen mit den Katholiken in Frieden leben und denken nicht daran, sie als Bürger zweiter Klasse zu behandeln. Die Aeußerungen des Herrn Bachem gegen die Polen waren sehr interessant und dankenswert. Sie kommen bloß, glaube ich, leider viel zu spät. Die Herren vom Centrum haben die polnische Agitation bisher wenigstens indirekt unterstützt. Der Umfang des Kultusministeriums ist jetzt viel zu groß. Man hat das Medizinalwesen abtrennen wollen. Das ist aber nicht so schnell gethan. Eine Entlastung würde es bedeuten, wenn die Verwaltung des höheren und Volks-Schulwesens an die Provinzialbehörden übergehen würde. Die möglichst baldige Abtrennung der Medizinalabteilung erscheint mir außerdem noch dringend erforderlich.

Abg. **Slowatzki** (C.)

verliest ein nationalistisch-polnisches Flugblatt aus Oberschlesien das sich auch gegen das Centrum richtet und von starkem Haß gegen die Regierung und das Deutschtum erfüllt ist. Das Flugblatt zeigt, daß die Autorität im Schwinden begriffen ist. Schuld daran ist die Volksschule, das System des deutschen Unterrichts in den polnischen Volksschulen. **Jetzt nimmt in Oberschlesien die Socialdemokratie in erschreckendem Maße zu.** Nirgends ist die Kriminalstatistik ungünstiger als in Oberschlesien. Die socialistischen Wölfe zeigen sich dem Volke im polnischen Schafspelz. Sie geben vor, dem polnischen Volke ihre Sprache erhalten zu wollen, und sie finden gläubige Zuhörer. **So kann es nicht weiter gehen, wenn Oberschlesien nicht ganz verwildern soll,** wenn dort der Boden für die Socialdemokraten nicht mehr vorbereitet werden soll. Ich richte deshalb an den Minister die dringende Bitte, **den Gebrauch der polnischen Sprache wieder in der Schule zu gestatten,** besonders aber auch das polnische Kirchenlied zu erlauben. Es ist jetzt schwer, die Leute in die Kirche, wo deutsche Kirchenlieder gesungen werden, zu bringen. Ich spreche hier als Patriot und bitte den Kultusminister als Patriot, meiner Bitte Gehör zu schenken.

Kultusminister Dr. **Studt**:

Die heute vom Herrn Vorredner vorgetragenen Wünsche sind schon früher ausgesprochen worden und ich habe eingehende Prüfung zugesagt. Diese Prüfung hat ergeben, daß Uebelstände in dem vom Vorredner angegebenen Umfange nicht bestehen und daß die Schlußfolgerungen, die der Vorredner aus dem gegenwärtigen Unterrichtssystem gezogen hat, er verzeihe mir das Wort, übertrieben sind und dem wahren Sachverhalt nicht entsprechen. Ich bin daher **nicht in der Lage, an dem seit mehr als einem Menschenalter bestehenden Schulsystem zu rütteln.** Die Uebelstände sind allein der agressiven national-polnischen Agitation zuzuschreiben. Diese geht von einer Anregung, die in Lemberg gegeben wurde, aus (Lachen bei den Polen und im Centrum), ganz Oberschlesien planmäßig in Agitationsbezirke einzuteilen. Welcher Mittel sich diese Agitation bedient, erhellt aus einem polnischen Gesangbuch, dessen erstes Lied lautet: Ich bin ein Pole, will ein Pole bleiben, und wo in einem andern Lied die heilige Hedwig als polnische National-Heilige verherrlicht wird, weil sie die Polen vor der Germanisierung bewahrt habe. Durch die großpolnische Agitation ist auch die Socialdemokratie nach Oberschlesien verpflanzt worden. Beide müssen bekämpft werden. (Beifall rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Debatte auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß gegen 5 Uhr.

Lokales.

Der große Walfisch.

Wer am Kreuzberg oder am Schlesischen Thor wohnt, stellt sich den Weg nach dem Wedding unendlich weit vor, beinahe so weit als nach dem Nordpol. Mag es sonst für den unter südlichen Breiten lebenden Spree-Athener wenig Reiz haben, sich im uniformen Berlin über hyperboräische Zustände zu unterrichten; diesmals lohnt sichs. Es ist nämlich eine Zeit wiedergekommen, die den Reichshauptstädtern lebhaft in der Erinnerung schweben muß. Wenigstens verleitet uns die Registratur der Briefkastenanfragen zu dieser Meinung. Denn neben der Frage nach dem großen Rixdorfer Feuer und dem Steglitzer Eisenbahn-Unglück kehrt am häufigsten die Frage wieder: Wann war der große Walfisch in Berlin ausgestellt? Damals waren es, soweit unsre Erinnerung reicht, nur die verwesenden Trümmer eines solchen, die zwar dem Auge, aber mehr noch der Nase auffielen; jetzt aber bestaunen wir auf dem im übrigen gerade nicht durch Schönheit ausgezeichneten Platz an der Ecke der Reinickendorfer- und Ravenéstraße einen Koloß, der dank dem Aufwand an Arsenik und Kieselsäure völlig erhalten ist und auch nicht mehr im mindesten stinkt. Einundzwanzig Meter ist er lang und in lebendem Zustande ist er, wie der Herr Impresario bekundet, 150 000 Pfund schwer gewesen. Der Impresario des Walfisches. Er allein lohnt den Besuch des großen Leinwandzeltes. Sobald genügend Publikum beisammen ist — und dieser Fall tritt bei dem billigen Eintrittspreis von 20 Pf. sehr bald ein — sobald also die Bude voll, beginnt der Herr mit weithin vernehmbarer Stimme, deren gemütlicher Accent alle Herrlichkeiten des St. Paulianer Spielbudenplatzes wieder aufleben läßt, seine der Seltenheit des Schaugegenstandes angemessene Erläuterung. Wir folgen dem Lebenslauf des Walfisches von der Wiege bis zur Bahre, vernehmen von der Anhänglichkeit, mit der das Weibchen sein Junges großzieht, und von den nordischen Spielen, die die Kolosse auf hoher See veranstalten; dampfen dann mit dem Schiff ins Nordmeer und interessieren uns nicht ohne Erschütterung für den Moment, wo der tückische Mensch dem kostbaren Jagdwilde die Harpune ins Herz sendet, um ein froh bewegtes Leben im Thran enden zu lassen. Aber der gewissenhafte Erklärer läßt es nicht genug sein an Leben und Sterben des Hundertpfünfzigtausendpfünders; auch was auf dem Untier kleucht und kreucht, wird in den kundigen Worten des Manns von der Waterkant lebendig. Er hebt einen weißlich schimmernden Gegenstand von Walnußgröße empor. „Dies, meine hochgeehrten Herrschaften, ist die Laus eines Walfisches!" Eine Zuschauerin kichert verschmitzt. „Ja, Fräulein," so redet er treuherzig das nunmehr errötende junge Mädchen an, „ja, was meinen Sie, wenn so'n Tier auf einem kraucht, das kann man schon finden!" Nachdem wir ferner über die Verwendung des Thrans und der Barten allerhand Wissenswertes erfahren, versichert uns der Impresario, daß er noch viel vom Walfisch erzählen könnte; aber er müsse nunmehr aufhören. „Denn, meine Herrschaften, es kommt heute noch viel Publikum, und da werden sie mir glauben, daß ich noch sehr oft den Mund aufthun muß!" Wir erwerben jetzt aus der Hand des Erklärers noch eine sauber gedruckte und sehr lesenswerte Beschreibung des Meerungeheuers, sowie eine — Walfisch-Ansichtskarte und begeben uns dann in dem erquickenden Bewußtsein nach Hause, den Sonntagmorgen nützlich wie nur jemals verwendet zu haben.

Ueber die Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung an städtische Arbeiter wird die Stadtverordneten-Versammlung nunmehr endgültig Beschluß zu fassen haben. Die betreffende Magistratsvorlage ist von dem im November zu ihrer Prüfung eingesetzten Stadtverordneten-Ausschuß in zwei Lesungen, die sich durch sechs Sitzungen hinzogen, durchberaten worden. Ueber die Verhandlungen haben wir bereits nach den einzelnen Sitzungen berichtet. Die Protokolle liegen jetzt gedruckt vor und sind der Stadtverordneten-Versammlung zugegangen. Sie geben ein zusammenhängendes Bild der mühevollen Arbeit, die der Ausschuß verrichtet hat. Die socialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses haben an dieser Arbeit hervorragenden Anteil gehabt. Es ist ihnen gelungen, die Magistratsvorlage von mehreren ihrer ärgsten Mängel zu befreien und wertvolle Verbesserungen durchzusetzen. Hoffentlich nehmen die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat die Vorlage in der vom Ausschuß beschlossenen, verbesserten Fassung an.

Magistrat und Spreepräfekt. Die Kommission des Magistrats zur Beratung und Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung in den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf trat am Montag zum erstenmal unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirschner zusammen. Der Gesetzentwurf wurde eingehend beraten. Ueber das Ergebnis dieser Beratung wird dem Magistratskollegium berichtet, das dann erst einen Beschluß fassen wird, bevor die Stadtverordneten-Versammlung zur Sache Stellung nehmen wird.

Magistrat und Stadtverordnete. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hatte, wie erinnerlich, vor zwei Jahren beim Magistrat beantragt, einen Betrag von 5000 M zur Verfügung des Stadtverordneten-Vorstehers in den Etat einzustellen. Da

der Magistrat darauf nicht reagierte, erneuerte die Versammlung im März vorigen Jahrs diesen Antrag. Jetzt erklärt der Magistrat, daß er den Wunsch habe, diese Angelegenheit in einer gemischten Deputation mit den Stadtverordneten zu beraten. Es ist demnach mit Bestimmtheit eine Erfüllung des von den Stadtverordneten geäußerten bescheidenen Wunsches zu erwarten.

Frühlingsboten. Das Gewitter, welches als erstes in diesem Jahre am Sonnabendabend zwischen 6—7 Uhr über Berlin in heftigem, mit Graupeln vermengtem Regen niederging, hat die ersten Staare zurückgebracht. Im Norden Berlins sah man sie lustig schäkernd an Bäumen beim Reinickendorfer See und im Dorfe zwischen Hofhühnern umherfliegen. Die im Tiergarten sichtbaren Staare dürfen als Frühlingsboten nicht gelten; sie verweilen hier auch den Winter über, weil ihnen in manchen angrenzenden Gärten der Tisch reichlich gedeckt wird.

Die Wärmehallen am Alexanderplatz wurden am Sonntagabend für diesen Winter geschlossen. Viele Arbeitslose warteten gestern morgen längere Zeit vergeblich am Eingange, da sie an die Schließung noch nicht recht glauben wollten. Ob denn die frühzeitige Schließung durchaus erforderlich war?

Die Ziehung der Marienburger Schloßbaulotterie, welche dieser Tage stattgefunden hatte, soll, wie hiesigen Lotteriekollekteuren mitgeteilt wurde, für ungültig erklärt worden sein. Als Grund dieser Maßnahme wird angegeben, daß sich nach Beendigung der Schließziehung eine Losnummer auf dem Erdboden liegend vorgefunden habe und mithin bei der Ziehung nicht „gezogen" werden konnte. Die Ziehung der Berliner Schloßfreiheitslotterie wurde seiner Zeit bekanntlich aus demselben Grunde für ungültig erklärt.

Zu dem Ehedrama in der Liebenwalderstr. 5, über das wir am Sonntag berichteten, wird weiter mitgeteilt, daß die Tochter des erstochenen Schuhmachers Gliech aus der Haft entlassen worden ist. Eine Schuld trifft sie nicht, da sie sich in der kritischen Zeit in der Küche befand, während der Vorgang, wie Frau Gliech jetzt zugiebt, sich in der Stube abspielte. Auch die verhaftete Frau, die am gestrigen Montag in Untersuchungshaft nach Moabit gebracht wurde, will an dem Tode ihres Mannes nicht schuldig sein. Sie behauptet jetzt, daß Gliech von seinem Schemel aufgesprungen sei, um sie anzugreifen. Dabei sei er ihr in das Messer, das sie zufällig in der Hand gehabt habe, hineingerannt. Ob das möglich ist, wird vielleicht die Leichenöffnung feststellen, die über die Beschaffenheit der Wunde allein Auskunft geben kann. Ueber das Vorleben der Frau und ihres Manns sind die Hausgenossen bereits vernommen worden. Augenzeugen des Vorgangs sind nicht vorhanden. Einige Frauen aus dem Hause haben vom Hofe aus durch das Fenster nur gesehen, daß Gliech auf seinem Schemel saß und dann von ihm verschwand.

Ein schauerlicher Leichenfund, der am Sonnabendabend spät gemacht wurde, hat bei den Bewohnern des Kottbuser Thorviertels große Aufregung hervorgerufen. Uns wird über die Angelegenheit folgendes gemeldet: Im Eckhause Kottbuserdamm 95 und Schinkestraße wohnte seit elf Jahren die verwittwete Frau Marie Amelong, welche in Rixdorf als Parkreinigerin angestellt war. Die Wittwe galt als sehr sonderbar. Sie verkehrte mit niemand und ging geflissentlich den Nachbarinnen aus dem Wege. Seit acht Jahren bewohnte sie ein Dachkämmerchen und teilte dasselbe mit vier Katzen, die sie trotz ihres geringen Einkommens sorgsam pflegte. Seit etwa 14 Tagen ging nun Frau Amelong ihrer Arbeit nicht mehr nach und niemand hat sie seit dieser Zeit gesehen. Es kümmerte sich auch kein Mensch um die sonderbare Frau, und so wäre ihr Verschwinden wohl noch lange unbemerkt geblieben, wenn nicht ein kleines Mädchen, das ab und zu mit den Katzen gespielt hatte, die Hausbewohner auf das Ausbleiben der Frau aufmerksam gemacht hätte. Man benachrichtigte nun die Hauswirtin, und diese ließ am Sonnabendabend die Thür der Dachkammer öffnen. Den Eintretenden bot sich nun ein schauerlicher Anblick dar; auf einem Stuhl, halb über den Tisch gelehnt, lag die Leiche der Frau, die von den hungrigen Katzen in der entsetzlichsten Weise benagt worden war. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht; die Katzen wurden dem Tierschutzverein übergeben und von dessen Angestellten vergiftet.

Die Brandstiftungs-Affaire der Gräfin v. Schlieben gelangt am 8. und 9. März d. J. vor dem Schwurgericht des Landgerichts II Berlin zur Verhandlung. Die Gräfin wird beschuldigt, zweimal den Versuch gemacht zu haben, ihre Wohnung in Brand zu stecken, um in den Besitz der nach sachverständiger Schätzung viel zu hoch gegriffenen Versicherungssumme von 200 000 M. zu gelangen.

Ein sinkender Dampfer nahm am Montag die Hilfe der Feuerwehr lange Zeit in Anspruch. Es handelte sich um den großen Schleppdampfer der Speditionsfirma A. Tabbert, der im Winter als Eisbrecher auf der Spree verwandt wird. Er war am Sonnabendabend an der Ausladestelle, Mühlenstr. 61, vor Anker gegangen, ohne daß irgend eine Beschädigung an ihm wahrgenommen wurde. Montag früh 6 Uhr wurde er, mit Wasser angefüllt, dem Sinken nahe vorgefunden. Die alarmierte Feuerwehr arbeitete dann mit der Dampfspritze aus der Memelerstraße stundenlang, ohne den Dampfer flott zu bekommen.

Wieder ein brennender Straßenbahnwagen. Der Hinterperron eines Straßenbahnwagens der Linie Danzigerstraße—Rixdorf geriet in der Kochstraße durch Kurzschluß in Brand. Der Schaffner goß das Feuer sofort aus, doch war der Wagen nicht mehr betriebsfähig und wurde von dem folgenden Wagen in das Depot gebracht.

Einen Selbstmordversuch im Säuferwahnsinn machte am Sonntagnachmittag der 25 Jahre alte Schlächtermeister Heinrich Neugebauer aus der Berlinerstr. 15 zu Rixdorf. Neugebauer, der Junggeselle ist, fiel seinen Kunden am Sonntagmorgen dadurch auf, daß er ihnen nichts verkaufen wollte. Nachmittags brach plötzlich der Säuferwahnsinn bei ihm aus. Während seine Wirtin sich im Nebenzimmer befand, stieß er sich ein spitzes Schlächtermesser zweimal in die linke Brust und dann noch einmal in den Hals. Schwer verwundet wurde er nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht.

Der Schriftsteller Ernst Wichert feiert am 11. März seinen siebzigsten Geburtstag. Ein Komitee, dem u. a. Fulda, Sudermann, Spielhagen und Wildenbruch angehören, veranstaltet am 12. März dem Jubilar zu Ehren ein Festessen im Kaiserhof.

Die Nationalgalerie ist fortan an den Montagen geöffnet und statt dessen an den Dienstagen geschlossen.

Metropol-Theater. Ihrer sieben sind es auf dem Zettel, die an dem neuen Stücke gewirtschaftet haben. Die eigentlichen Verfasser heißen Horst und Stein, frei bearbeitet ist das wohl aus Wien stammende Werk von Julius Freund, für den musikalischen Teil zeichnen Julius Einödshofer und B. Sloan verantwortlich, in Scene gesetzt ist das Stück vom Direktor Richard Schulz, und die wie immer im Metropol-Theater nicht unwichtigen Kostüme sind von Baruch. „Man lebt ja nur einmal!" lautet der Titel, auf den sich die Herren Verfasser geeinigt haben. Nicht ganz unverfänglich; indessen soll man über die Lebensdauer der „großen Gesangsposse" schon deshalb nichts prophezeien, weil an kompetentester Stelle, nämlich von der Bühne herab im Couplet erklärt wurde, daß die Klaque des Metropol-Theaters in ihrer Art überaus wirksame Leistungen zu Wege bringt. Mancherlei nimmt für die neue Erscheinung ein. Zunächst schon die Thatsache, daß wir es ihr zuweilen wirklich mit so etwas wie einer Gesangsposse und nicht mit einem Ausstattungsstück zu thun haben. Dann die meist gefällige Musik und ferner ein gutes Dutzend vortrefflich angebrachter Witze. Als Probe diene der eine, daß einer Person, die man einem besseren Jenseits zuführen wollte, eine Abonnementskarte auf die Elektrische verehrt wurde. Was den Inhalt des Stücks betrifft, so hat das Verfasser-Konsortium sich streng an den zeitgemäßen Grundsatz gehalten, das Publikum darüber möglichst im Unklaren zu lassen. Ein Versicherungsagent, der von Herrn Bender dargestellt wird, erlebt mit dem vermeintlichen Inhaber einer hohen Police allerhand gewaltsam herbeigezogene Abenteuer. Aber neben schrecklichen Banalitäten taucht dann und wann recht niedliches Beiwerk auf. So erinnern wir uns einer entzückenden Scene, wo ein junges Frauchen einem phlegmatischen alten Bierfaß, das ihr als Neuvermählter beschert worden, durch ein graziöses Solotänzchen etwas Leben zu entlocken sucht. Fritzi Georgette spielte diese Scene mit decentem Geschick. — Vor der Posse wird ein kleines, aber hübsch ausgewähltes Specialitätenprogramm absolviert.

Das Apollo-Theater tritt mit einem Programm hervor, das neben manchem Wohlbekannten etliche neue Vorführungen von Bedeutung bringt. Wir nennen vor allem die russische Gesangs- und Tanztruppe Wolkovsky, deren seltsame Tänze uns die ganze sinnliche Glut der slavischen Rasse zeigen und in ihrer Wildheit an die Belustigungen mancher Naturvölker erinnern. Das Gegenstück zu diesen Kindern Halbasiens bildet die Amerikanerin Miß Deyo, die uns eine kostbare Probe von den Empfindungen einer frommen Quäkerstochter beschert. Die Dame verfügt nicht allein über ein hervorragendes mimisches Talent, sondern überrascht auch in der Tanzkunst mit einer bei der angelsächsischen Race immerhin seltenen Grazie. Durch eine eigentümliche Art, sich zu schminken, fällt eine französische Sängerin auf. Weiter sind die Jonglierkünste des Herrn Salerno und die neuesten Leistungen des Kosmographen zu nennen. Die Operette „Des Löwen Erwachen" scheint nach wie vor zu gefallen.

Orgelkonzert. Die Opernsängerin Frau Hedwig Kroker-Murrmann, die Konzertsängerinnen Fräulein Margarete Heinrich und Fräulein Maria Burand, die Herren Paul Weschke, königl. Kammermusiker (Posaune), Hans Genzel, Bruno Geisler und Wilh. Kipp wirken mit beim Orgelvortrag, den Herr Musikdirektor Dienel am Mittwoch, den 6. März, mittags 12 Uhr, in der Martinkirche bei freiem Eintritt hält.

Das Affenhaus unsres Zoologischen Gartens enthält augenblicklich eine ganze Reihe der seltensten Arten, die selbst in größeren Museen kaum vorhanden sind. Namentlich die afrikanischen Meerkatzen findet man dort in vielen hochinteressanten Formen vertreten. Allein aus der weniger häufig gezeigten Gruppe der dunkelgrünen, von den Händlern Lotta-Meerkatzen genannt, sind zur Zeit hier vier Arten zu sehen: die Weißkehl-Meerkatze aus Deutsch-Ostafrika und ihre Ausartung ins Rote, die nach dem Reisenden Stairs benannte Stairs-Meerkatze, die Weißohr-Meerkatze, Cercopithecus samango, von Natal, und die Vollbart- oder L'Hoëstz-Meerkatze von Gabun. Außer der erstgenannten, die dank den deutsch-ostafrikanischen Gönnern des Gartens schon mehrmals hier gezeigt wurde, sind alle diese Arten wissenschaftliche Seltenheiten ersten Ranges und zum erstenmale zur Schau gestellt.

Unter der Bewohnerschaft des Berliner Aquariums ziehen gegenwärtig bei dem herrschenden Interesse für Ostasien jene merkwürdigen Geschöpfe, welche den Gewässern der betreffenden Gebiete entstammen, die besondere Aufmerksamkeit auf sich, und das umsomehr, als es sich bei den hier befindlichen Stücken um seltene, sonst unbekannte Arten und wertvolle, in ihrer Weise „schöne" Exemplare handelt, die das Aquarium besonderen Umständen verdankt. Hierher gehört das chinesische Krokodil, eine Species, die dem Innern Chinas angehört und lebend noch nicht nach Europa gelangt war, bis der deutsche Generalkonsul in Shanghai zwei Stück erwerben konnte, die durch das Auswärtige Amt und das preußische Kultusministerium dem Aquarium überwiesen wurden.

Am 53. Beobachtungsabend des Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte, Mittwoch, den 6. März, spricht Direktor Archenhold über den neuen Stern im Perseus.

Die letzte Vorstellung des Ben-Ali-Bey-Ensembles im Apollo-Theater findet Mittwochnachmittag 4 Uhr statt.

Feuerbericht. In der Nacht zum Montag waren Elbingerstraße 8 und Rigaerstraße 124 kleine Wohnungsbrände abzulöschen. Krausnickstraße 17 erfolgte ein Küchenbrand, während Großbeerenstraße 27a die Schaldecke in einer Bäckerei Feuer gefangen hatte. Gipsstraße 30 wurden Möbel durch Feuer beschädigt. Ein Alarm nach Gitschinerstraße 62 war durch einen Kellerbrand verursacht. Aus unbedeutenden Anlässen wurde die Wehr außerdem nach Langestraße 91, Bergmannstraße 59, Tieckstraße 6, Friedrichstraße 96 und Gollnowstraße 28 gerufen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgabe der Badebillets dem Genossen Küter, Apostel Paulusstr. 27, übertragen ist, und es sind dieselben in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. — Ferner weisen wir auf den Beschluß der letzten Vereinsversammlung hin, wonach die Versammlungen des Wahlvereins monatlich nur einmal stattfinden, und zwar an jedem Dienstag nach dem 15. Die nächste Versammlung findet also erst am Dienstag, den 19. März, statt. Das Vereinsvergnügen wird in Obst's neuerbauten Festsäle, Meininger- und Martin Lutherstraßen-Ecke, abgehalten; es wird ein vollzähliger Besuch erwartet. (Näheres wird noch bekannt gemacht.) Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute, Dienstag, findet im Kronprinzengarten, Frankfurter Chaussee 86, eine im besonderen für Frauen und Mädchen einberufene Protest-Versammlung gegen die Erhöhung der Getreidezölle statt. Frau Ihrer hat den Vortrag übernommen. Der Vertrauensmann.

Nowawes. Der Wahlverein hat am Mittwoch eine Versammlung, in welcher Genosse Wetzker einen Vortrag hält und Bericht von der Gemeindevertretung erstattet wird.

In Rixdorf hat der Magistrat am Sonnabend über den Stadthaushalts-Voranschlag beraten und endgültig die Erhebung folgender Steuern beschlossen: 140 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer, 228 Proz. der durch den Staat veranlagten Gebäudesteuer in Form einer besonderen Steuer vom Grundbesitz (2,60 M. für das Tausend des gemeinen Werts), 190 Proz. Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer. Außerdem werden, wie im Vorjahre, die Betriebssteuer ohne Gemeindezuschlag, eine Umsatzsteuer, sowie eine Bier- und Hundesteuer erhoben.

Die von der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs veranstalteten hygienischen Vortragsabende gehen nun allmählich ihrem Ende entgegen. Sie finden nur noch diese und die nächste Woche statt. Am 5. und am 12. März cr., abends 8½ Uhr in der Aula der Oberrealschule, Schloßstraße 27, spricht Herr Dr. Herm. Weyl über „Hautpflege" bezw. Herr Dr. M. Radziejewski über „Hygiene des Auges." Am 8. und 15. März d. J., abends 8½ Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Goethstr. 22, spricht Herr Zahnarzt Wilde über „Mund- und Zahnpflege" bezw. Herr Dr. Gustav Lehuhoff über „Hals, Nase und Ohr." Der Besuch dieser Vortragsabende ist für Jedermann frei und kostenlos.

Charlottenburg. Der Magistrat hat beschlossen, von dem Erlaß ortsstatutarischer Bestimmungen im Sinne des Gesetzes über die Einteilung der Wählerklassen Abstand zu nehmen. Bekanntlich wird nach dem im vorigen Jahre vom Landtag beschlossenen Gesetz in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Drittelung der Wähler für die Kommunalwahlen in der Weise verändert, daß jeder Wähler, dessen Steuerbetrag den Durchschnitt der auf den einzelnen Wähler entfallenden Steuerbeträge übersteigt, der zweiten oder ersten Abteilung zugewiesen wird. Daneben kann durch Ortsstatut entweder das Princip der Zwölftelung oder das des 1½ fachen Durchschnitts beschlossen werden. In Charlottenburg waren nun nach der Wählerliste des letzten Jahrs in der ersten Abteilung 274 Wähler oder 0,86 Prozent, in der zweiten 1454 oder 4,55 Prozent, in der dritten 30 198 oder 94,59 Prozent. Die Gesamtsteuersumme betrug 6 101 637 M., der niedrigste Steuerbetrag in der ersten Abteilung 3192, in der zweiten 768 M. Nach dem neuen Gesetz hingegen werden alle Wähler, die mehr als den Durchschnitt (250 M.) an Steuern zahlen, den beiden ersten Klassen überweisen. Es würde dann die erste Abteilung 491 = 1,54 Proz., die zweite 3616 = 11,33 Proz., die dritte 27 814 = 87,13 Proz. der Wähler zählen, und der niedrigste Steuerbetrag würde in der ersten Abteilung 2038, in der zweiten 250 M. betragen. Damit wäre annähernd der Zustand von 1891 erreicht, wo auf die einzelnen Klassen 2,18, beziehungsweise 8,57, beziehungsweise 89,25 Proz. der Wähler entfielen. Würde an Stelle des einfachen Durchschnitts-Princips das des 1½fachen Durchschnitts treten, so würden auf die erste Abteilung 426 = 1,33 Proz., auf die zweite 2766 = 8,70 Proz. und auf die dritte 28 719 = 81,97 Proz. der Wähler entfallen, während nach dem Princip der Zwölftelung die erste Abteilung aus 475 = 1,49 Proz., die zweite aus 2058 = 6,45 Proz. und die dritte aus 29 388 = 92,06 Proz. der Wähler bestehen würde. Die dritte Wählerklasse schließt also nach dem Vorschlage des Magistrats am günstigsten ab.

Schöneberg. Herr Dr. Max Maurenbrecher sendet uns folgende Zuschrift: Gestatten Sie, daß ich Ihnen zu der Notiz in Ihrer heutigen Nummer, den Schöneberger Mieterverein betreffend, folgende Berichtigung zusende: 1. Der fragliche Artikel des „Schöneberger Tageblatts" stammt nicht von mir; er war H. M. unterzeichnet und stammt von einem andren Vorstandsmitglied, dessen Name ebenfalls mit M beginnt. 2. Es ist unrichtig, daß „nur einige wenige Herren" den von Ihnen citierten Satz über die geforderte Vermehrung des städtischen Grundbesitzes gutgeheißen hätten. Er ist vielmehr vom ganzen Vorstand gegen 2 Stimmen angenommen und in dieser Form der Vereinsversammlung am letzten Mittwoch vorgelegt worden. Ich freue mich, daß auch Sie von Ihrem Standpunkte aus zugeben, daß dieser Satz jeder unterschreiben kann, der nicht mit Haut und Haaren den Hausbesitzerinteressen verfallen ist. Damit erleichtern Sie Ihren Schöneberger Parteigenossen das Zusammengehen mit dem Mieterverein. Hochachtungsvollst Dr. Max Maurenbrecher.

Unsre Parteigenossen werden sich in Erinnerung an frühere Erfahrungen das Zusammengehen wohl noch überlegen.

Die Potsdamer. Eine Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle lehnte die Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten Sitzung ab. Veranlassung dazu gab eine von den städtischen Behörden in Königsberg i. Pr. eingegangene Petition gegen die geplante Zollerhöhung, deren zweckmäßige Verbreitung angeregt wurde. In der Versammlung wurde von dem Stadtverordneten Hof-Sattlermeister Bernhard ausgeführt, daß man sich bei Verhandlung der Petition auf einen ungesetzlichen Boden begebe. Die Sache wurde dann durch Kenntnisnahme erledigt.

In Potsdam ist es, von höfischen Rücksichten ganz abgesehen, schon deshalb nicht möglich, gegen den Brotwucher aufzutreten, weil von der Stadt selber an den Thoren eine sehr drückende Steuer auf Fleisch erhoben wird.

Eine bedenkliche Reklame für die jüdischen Schlächter soll in unsrer gut königstreuen und antisemitischen Nachbarstadt Potsdam fortan geübt werden. Die dortige Stadtverordneten-Versammlung hat nämlich beschlossen, daß alles nach jüdischem Ritus geschlachtete Fleisch fortan durch eine Tafel mit der Aufschrift: „Geschächtetes Fleisch" kenntlich gemacht werden soll, gleichviel, wo es verkauft wird. Da es von jüdischen Schlächtern heißt — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt — daß sie immer auf besseres Schlachtvieh halten, so dürfte der erwähnte Beschluß eine geschäftliche Benachteiligung der in diesem Punkt oft nicht besonders ehrgeizigen christlichen Schlächter zu Folge haben.

Vermischtes.

Hochwasser wird aus dem ganzen westlichen Deutschland gemeldet. Bei Köln stand der Rhein 5,40 Meter hoch, bei Coblenz 4,87 Meter. — Die Lahn ist über ihre Ufer getreten und überschwemmte einige Niederungen der Umgegend vor Gießen, so daß der Verkehr stellenweise behindert war; jetzt ist das Wasser wieder im Fallen begriffen. — Kinzig und Main sind über ihre Ufer getreten. Durch das Uebertreten der Kinzig wurden zahlreiche Verkehrsstörungen hervorgerufen. — Auch die Oberweser ist überall im Steigen. Pegelstände am Montag: In Höxter 5,05, in Hameln 4,32, in Minden 4,03, in Nienburg 4,72 und in Baden 3,38 Meter.

Die Pest in Südafrika. Aus Kapstadt wird gemeldet: Die Pest breitet sich immer mehr aus. Gestern und heute sind elf neue Fälle zur Kenntnis gelangt. Unter den Erkrankten befindet sich eine europäische Frau. Ferner wurden die Leichen von fünf Farbigen gefunden. — Ebenfalls ist folgende Nachricht aus Sidney bedenklich: Ein Krankheitsfall mit tödlichem Ausgang, welcher an Bord eines von Südafrika zur Einschiffung neuer australischer Truppen hier eingetroffenen Dampfers vorkam, ist als Pestfall festgestellt worden.

Erziehung zur Pünktlichkeit. Eine Schullehrerin in Mexiko hat jüngst ein eigenartiges System zur Belohnung für pünktliche Schüler ersonnen, ein System, das für die junge Dame ziemlich unangenehme Folgen — hätte haben können. Um die Schulkinder zur Pünktlichkeit anzufeuern, versprach die bildhübsche, lebenslustige Lehrerin dem Schüler oder der Schülerin, die morgens zuerst in der Schule sein würden, einen Kuß von ihren rosigen Lippen. Die Schule wird von „älteren" Knaben und Mädchen besucht. Während aber die Mädchen das freundliche Anerbieten der Lehrerin ziemlich kühl aufnahmen, waren die älteren Knaben urplötzlich Feuer und Flamme für die Schule. Am nächsten Morgen standen zwei 16jährige Knaben schon zwei Stunden, bevor der Unterricht begann, an der Schulthür und warteten geduldig, bis die liebreizende Lehrerin erschien. Als sie endlich kam, entspann sich zwischen den beiden „Jünglingen" ein Kampf um den Pünktlichkeitspreis. Die Lehrerin machte dem Streit ein Ende, indem sie gütig allen beiden die Lippen zum Kusse bot. Scenen dieser Art wiederholten sich von nun an jeden Morgen, nur beteiligten sich von jetzt an sämtliche Knaben, die älter als zwölf Jahre waren, an dem „Wettbewerb" um den Mund der Lehrerin. Die beiden Sechzehnjährigen waren aber nicht aus dem Felde zu schlagen, da sie gewöhnlich schon bei Tagesanbruch vor der Schulthür Posten standen. Das erbitterte schließlich die „jüngere Generation" derart, daß sie den Pünktlichkeitspreis der Lehrerin preisgab und den Eltern Mitteilung von dem neuen pädagogischen System machte. Es entstand darob im Lande eine gewaltige Aufregung, denn die gänzlich unmodernen Eltern waren der Ansicht, daß sich die Preisküsserei weder mit den Lehren Fröbels, noch mit denen Pestalozzis in Einklang bringen lasse. Der Schuldirektor des Bezirks erteilte der Lehrerin eine scharfe Rüge vor versammelter Schule und zwang sie zunächst, die Kußpreise abzuschaffen. Wenn jedoch die Eltern der geküßten und nicht geküßten Knaben von einem Strafantrage absehen, will er diesmal noch ein Auge zudrücken und die diensteifrige Lehrerin behalten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 22. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine phantastische Rechnung. — Die socialistische Krise in Frankreich: Der Fall Millerand und die socialistischen Parteien. Von Rosa Luxemburg. — Die politische Lage in Holland. Von W. H. Vliegen. — Ein gewerbehygienischer Entwurf in Oestreich. Von Dr. Siegfried Rosenfeld. — Amtlich veröffentlichte Haushaltungsbudgets bayrischer Arbeiter. Von Dionys Zinner. — Feuilleton: Zur Philosophie des Karneval. Eine Studie, lesbar zu allen Zeiten des Jahrs. Von H. Lfr.

Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Begründet von Dr. Georg Hirth und Dr. Max Seidel. Herausgegeben von Dr. Karl Theodor Eheberg und Dr. Anton Dyroff. München, J. Schweitzers Verlag (Arthur Sellier). Die soeben erschienene Nr. 2 des 34. Jahrgangs hat folgenden Inhalt: Wahlzwang durch Geldstrafe für unentschuldigte Wahlenthaltung von Dr. Zimmermann, Braunschweig. Verleger und Autor nach dem Verlagsrechtsentwurf von Dr. Mayer, Würzburg. Zur Entwicklung des deutschen Marine-Etats von W. Thrän, Potsdam. Die Todeserklärung Verschollener nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch von B. Lehmann, Eberswalde. Miscellen.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.